

»Die 10er Jahre –  
viel passiert?«



# OFFENE JUGEND ARBEIT



Praxis  
Konzepte  
Jugendpolitik



Bundesarbeitsgemeinschaft  
Offene Kinder- und  
Jugendeinrichtungen e.V.

[www.offene-jugendarbeit.net](http://www.offene-jugendarbeit.net)

# INHALT

- 3 ZUR EINFÜHRUNG**
- 5 VOLKER REIF, MARTIN BACHHOFER**  
**OKJA in Baden-Württemberg – Entwicklung, Struktur, Herausforderungen**
- 14 MARCUS FINK, LENA SCHUSTER**  
**Die OKJA – ein wichtiger Bildungsakteur im Landkreis München.** Leistungsbeschreibung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) im Rahmen der Jugendhilfeplanung
- 20 LUKAS HANKE**  
**Abenteuerspielplätze und Kinderbauernhöfe in Berlin**
- 26 THEO KOCH**  
**Das Ringen um Freiräume**
- 34 ANKE MIEBACH-STIENS**  
**Ein Blick nach Sachsen: Jugend ermöglichen – Jugendgerecht(er) werden!** Entwicklungen der Offenen Jugendarbeit in Sachsen – von Aufbrüchen und Verwerfungen
- 46 CHRISTOPHER ROCH**  
**Stand der Dinge: Augenringe!?**  
Die Entwicklung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen aus Sicht ihrer zentralen Interessenvertretung
- 49 TANJA ANLAUF, JONAS BRÜCKER, ANDREA HEINZ**  
**Entwicklung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in NRW – ein Zehnjahresrückblick am Beispiel des Kinder- und Jugendzentrums GOT Elsaßstraße (Caritasverband für die Stadt Köln e. V.)**
- 61 MORITZ SCHWERTHELM, VOLKER ROHDE (BAG OKJE E. V.)**  
**Entwicklungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit auf Bundesebene der letzten zehn Jahre**

**Titelfoto:**  
JUZ Geislautern (Fotograf: Andy Narr)





## Zur Einführung

Für diese Ausgabe der Offenen Jugendarbeit haben wir Kolleginnen und Kollegen eingeladen, die Entwicklungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in den vergangenen Jahren in ihrem Bundesland, ihrer Region oder ihrer Einrichtung zu reflektieren. Natürlich ist damit ein weites Feld abgesteckt. Denkbar waren Fragen nach Ausbau, Abbau, Stagnation der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, rechtliche, finanzielle und personelle Rahmenbedingungen oder nach Entwicklungen hinsichtlich der überregionalen Infrastruktur. Welche politischen und pädagogischen Fragestellungen standen im Mittelpunkt? Mit welchen Entwicklungen bei Kindern und Jugendlichen war die Offene Kinder- und Jugendarbeit konfrontiert, wie hat sie darauf konzeptionell und praktisch reagiert? Natürlich kann in einem Zeitschriftenaufsatz niemand auf das ganze Spektrum dieser Fragen eine umfassende Antwort geben. Die Kolleginnen und Kollegen wurden daher gebeten, die aus ihrer Sicht wesentlichen Aspekte aufzugreifen.

### Zu den Beiträgen

**Volker Reif** und **Martin Bachhofer** legen den Schwerpunkt auf die finanzielle und personelle Entwicklung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in der örtlichen Praxis in Baden-Württemberg. Ihr Resümee der letzten Dekade fällt ernüchternd aus angesichts der Feststellung, „dass Baden-Württemberg bundesweit weiterhin zu den Schlusslichtern bei den Ausgaben und der personellen Infrastruktur in der Jugendarbeit zählt.“ Auch für die nahe Zukunft warnen sie: „Die große

Unbekannte ist die Frage, wie die Städte und Gemeinden mit den finanziellen Einbrüchen in der Folge der Corona-Krise umgehen. Hier wappnen sich die Träger bereits für harte Diskussionen und es ist zu befürchten, dass dadurch der Abwärtstrend der Offenen Kinder- und Jugendarbeit für Baden-Württemberg verstärkt wird.“

2017 wurde im Landkreis München die Neustrukturierung der Jugendhilfeplanung vom Jugendhilfeausschuss beschlossen. Ein Pilotprojekt dieses Prozesses war die Leistungsbeschreibung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. **Marcus Fink** und **Lena Schuster** berichten, wie ein gemeinsames und grundlegendes Verständnis der OKJA geschaffen wurde, das nun als Basis für das Handeln gilt.

Mit der Situation der Abenteuerspielplätze und Kinderbauernhöfe in Berlin beschäftigt sich **Lukas Hanke**. Er verweist auf die besondere Problematik einer Kinder- und Jugendarbeit, die vorwiegend unter freiem Himmel stattfindet: die Berechnung der Einrichtungsgröße, die letztendlich auch als Finanzierungsgrundlage hinzugezogen wird, richtet sich seit Jahren nach beheizbarer, überdachter Fläche der Einrichtungen. Ironischerweise führt der Klimawandel zum Lichtblick am Horizont: „Mit zunehmender Präsenz von Klima- und Umweltschutz in Gesellschaft und Politik, ergeben sich auch auf einmal ganz neue Fördermöglichkeiten für Projekte der Umweltbildung oder einer Bepflanzung der Einrichtung.“

Im Saarland dreht sich alles um das Feld der selbstverwalteten Jugendzentren und Jugendtreffs. Aus der Perspektive des Verban-

des saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung e.V. beleuchtet **Theo Koch** die vergangene Dekade. Für die Zukunft nach der Pandemie erwägt er zwei Szenarien: „In einer pessimistischen Version bleibt zu befürchten, dass Potentiale des ehrenamtlichen Engagements in der Selbstverwaltung verloren gegangen sind und die Zentren wie auch die Jugendkulturszene diese Zäsur noch lange beschäftigen wird. Eine optimistischere Version hofft auf einen neuen Stellenwert und eine generelle Aufwertung sozialen Miteinanders, kollektiver Betätigung und eine neue Lust an aktiver gemeinsamer Freizeitgestaltung.“

**Anke Miebach-Stiens** liefert mit ihrem Beitrag einen „Ein-Blick nach Sachsen“. Beginnend mit dem Aufbau Offener Kinder- und Jugendarbeit nach der Wende, erläutert sie umfassend die Entwicklung in den Bereichen Recht, Finanzen, Personal, Vernetzung, Inhalte und Standards. Die Autorin zeichnet damit eine Geschichte „von Aufbrüchen und Verwerfungen“ mit dem Fazit: Einiges ist geschafft und einiges bleibt zu tun!

**Christopher Roch** dürfte einigen Neid wecken, denn er bezeichnet die Entwicklung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen seit der Umsetzung des schwarz-gelben Koalitionsvertrages als „Traum“. Zentrale Anliegen der AGOT-NRW seien berücksichtigt worden, und trotz einiger Skepsis bleibt er bezüglich weiterer Entwick-

lungen optimistisch: „Vor allem die Stärkung von Netzwerken innerhalb der Kommune über den eigenen Arbeitsbereich hinaus kann deutlich dazu beitragen, auch noch ‚nach‘ Corona Freiräume für Kinder und Jugendliche anbieten zu können.“

**Tanja Anlauf, Jonas Bücker und Andrea Heinz** übertragen die politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen und Debatten der letzten zehn Jahre auf die konkrete Praxis der Kinder- und Jugendarbeit vor Ort. Das Kölner Kinder- und Jugendzentrums GOT Elsaßstraße wird dabei zum Mikrokosmos, in dem sich alles widerspiegelt: Pluralisierung und Individualisierung, Flucht und Klimaschutz, Digitalisierung und soziale Ungerechtigkeit, Schule und Umwelt, Vielfalt und Demokratie – immer hautnah am Puls der Kinder und Jugendlichen.

Für die BAG OKJE e.V. analysieren **Moritz Schwerthelm** und **Volker Rohde** (BAG OKJE e.V.) die Entwicklungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit auf Bundesebene. Während die Rahmenbedingungen in den letzten zehn Jahren nicht immer erfreulich waren, stimmen andere Aspekte durchaus optimistisch: „Zur Unterstützung der Interessen vor Ort in den Kommunen und Landkreisen und der besseren Sichtbarmachung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit wird seit Mitte des Jahrzehnts auf der Bundesebene eine positive Entwicklung sichtbar.“

# OKJA in Baden-Württemberg – Entwicklung, Struktur, Herausforderungen

Die seit dem 15. Kinder- und Jugendbericht landes- und vor allem bundesweite breite fachliche wie politische Anerkennung der Potentiale der Jugendarbeit spiegelt sich nicht in der finanziellen und personellen Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit in der örtlichen Praxis in Baden-Württemberg wider.

## Förderung der Jugendarbeit seit 2013

Trotz flankierender fachlicher und wissenschaftlicher Argumentation hinsichtlich der gesellschaftlichen Bedeutung von Infrastrukturangeboten der Jugendarbeit für die Zukunftsfähigkeit der Städte und vor allem Gemeinden im ländlichen Raum und trotz politischem Rückhalt bei den kommunalen Landesverbänden und der Landesregierung, muss sich das Arbeitsfeld der Jugendarbeit auf der entscheidenden kommunalpolitischen Ebene mehr denn je im fiskalisch umkämpften Feld der Kinder- und Jugendhilfe behaupten. Trotz einer guten und beständigen Infrastruktur in vielen Stadt- und Landkreisen gehört Baden-Württemberg im bundesweiten Vergleich zu den Ländern, die am wenigsten in die hauptamtlichen Strukturen außerschulischer Bildungsangebote investieren. Diese Situation hat sich in den letzten zehn Jahren nicht grundlegend verändert. Sieht man von der fachpraktischen Wertschätzung ab und schaut auf die finanzielle Wirklichkeit vor Ort ist festzustellen, dass Baden-Württemberg bundesweit weiterhin

zu den Schlusslichtern bei den Ausgaben und der personellen Infrastruktur in der Jugendarbeit zählt. Bei kontinuierlich steigenden Ausgaben hat sich Baden-Württemberg im bundesweiten Ländervergleich dabei vom vorletzten auf den viertletzten Platz „vorgearbeitet“. Gleichzeitig hat sich die Negativ-Differenz zwischen Baden-Württemberg und dem Bundesdurchschnitt in den Pro-Kopf-Ausgaben für Leistungen der Jugendarbeit seit 2013 auf nun 40 Euro erhöht.

In der landesweiten Sicht auf die Ausgabenentwicklungen in den einzelnen Arbeitsfeldern der Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit wird erkennbar, dass in den letzten Jahren vor allem einzelne Landesförderprogramme die Ausbaudynamiken einzelner Arbeitsfelder beeinflussen. Entgegen der Mobilen Jugendarbeit (11.000 Euro Landesförderung pro Vollkraftstelle) und vor allem der Schulsozialarbeit (16.700 Euro Landesförderung pro Vollkraftstelle) gab und gibt es für den Ausbau der Offenen Kinder- und Jugendarbeit keine finanziellen Förderprogramme.

Politische Beschlüsse der Landesebene im Bereich der Jugendarbeit finden sich in zwei wesentlichen Ansätzen:

1. Neben den nicht unerheblichen Eigenmitteln der Jugendverbände beziehungsweise deren Erwachsenenorganisationen für den Jugendbereich zählt der Landesjugendplan zu einer der wichtigsten Finanzierungsquellen für die Jugendverbandsarbeit. Davon profitiert die Offene Kinder- und

Jugendarbeit nicht direkt. Das Land fördert vier überverbandliche Bildungsstätten sowie die Akademie der Jugendarbeit Baden-Württemberg e.V., welche Qualifizierungsangebote auch für die OKJA vorhalten. Letztere wird in gemeinsamer Trägerschaft des Landesjugendrings und der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstädten Baden-Württemberg (AGJF) betrieben. Die im Landesjugendplan vorgesehene Förderung von Einzelmaßnahmen wie Jugenderholung, oder sogenannte „praktische Maßnahmen“ fließt auch in Maßnahmen der OKJA, soweit sie von freien Trägern angeboten werden. Nicht förderfähig sind dabei reine Personalkosten. Die Hauptquelle der Finanzierung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sind die Eigenmittel der Städte und Gemeinden.

2. Das Land hat zwischen 2013 und 2021 im Rahmen von zwei Förderplänen seine Unterstützung erheblich ausgebaut: Über den Zukunftsplan Jugend zwischen 2013 und 2016 und den darauffolgenden „Masterplan Jugend“ wurden insgesamt 24,4 Mio. € zusätzlich bereitgestellt. Neben einigen Projekten bekam die OKJA darüber zwei zusätzliche Fachstellen auf der Landesebene finanziert – teilweise jedoch ein Ausgleich für zuvor erfolgten Abbau.

Wie schon in den vorangegangenen Vereinbarungen zwischen Land und Landespartnern (vgl. Bündnis für Jugend) garantiert das Land darüber hinaus den Verzicht auf Haushaltsrestriktionen und die Übertragbarkeit der Haushaltsmittel.<sup>1</sup>

Das KVJS-Landesjugendamt gewährt seinerseits ergänzende Mittel zur Förderung von überregionalen Maßnahmen der Jugendarbeit und der Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jugendarbeit, die sowohl für Verbandliche als auch für Offene Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung stehen und über den Landesjugendring abgewickelt werden. Der Landesjugendring

erhält, wie auch die AGJF, darüber hinaus einen Zuschuss des KVJS-Landesjugendamts für Aktivitäten seiner Geschäftsstelle.

Die im Vergleich zu den anderen Leistungen nur geringen, wenn auch kontinuierlich steigenden Ausgaben in Baden-Württemberg für Angebote und Dienste der Kinder- und Jugendarbeit um 13 Prozent seit 2013 auf 197.181.883 Euro spiegeln – neben leichten Personalzuwächsen bis zum Jahr 2015/16 – größtenteils die tariflichen Steigerungen bzw. den Anstieg der Verbraucherpreise in diesem Zeitraum wider und lassen sich nicht auf ein entsprechend steigendes Engagement in diesem Jugendhilfefeld zurückführen.

Der in § 79 SGB VII formulierte „angemessene Anteil“ an Ausgaben für die Jugendarbeit hat sich in Baden-Württemberg dabei kontinuierlich verringert und im Vergleich zu 2008 auf aktuell 3,32 Prozent quasi halbiert. Über 90 Prozent der Ausgaben für die Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit werden dabei von der kommunalen Ebene aufgebracht. Damit wird auch klar, dass die Frage der Angemessenheit trotz gesetzlicher Vorgaben keine Rolle mehr spielt.

Nach Jahren des beständigen Anstieges an Personal und Einrichtungen mit hauptamtlichem Personal in der Jugendarbeit stagniert nun auch in Baden-Württemberg seit 2017 die quantitative Entwicklung in diesem Feld. Die Entwicklungslinien, die sich aus den vorliegenden Daten zur Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit auf kommunaler Ebene seit 2006 ergeben, zeigen zwar einen kontinuierlichen Ausbau der Ressourcen bis zum Jahr 2015, schließen sich für die Jugendarbeit nun aber erstmals dem bundesweiten Trend der Stagnation beziehungsweise – bezogen auf die Landkreise – des Rückgangs an Einrichtungen und Personal an. Die stabile Personalausstattung im Landesschnitt ist dabei lediglich auf die Zuwächse an haupt-

amtlichem Personal der Jugendarbeit in den Stadtkreisen zurückzuführen.

Der Ausbau in den einzelnen Leistungssegmenten hat sich in den letzten Jahren dabei in unterschiedlichem Maße vollzogen und weist eine hohe Streubreite über die 44 Stadt- und Landkreise auf. Der Eckwert (Fachkräfte pro 1000 junge Menschen zwischen sechs und unter 18 Jahren) der Schulsozialarbeit übersteigt inzwischen den der Offenen Kinder- und Jugendarbeit deutlich. Er ist dabei in den letzten Jahren deutlich und kontinuierlich gestiegen, während der Eckwert der Jugendarbeit nahezu auf gleichbleibendem Niveau verharrt.

Bei der Analyse der Daten zum Ausbau der einzelnen Arbeitsfelder der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit in Baden-Württemberg wird eine doppelte Disparität sichtbar: Zum einen inhaltlich beim Ausbau einzelner Jugendhilfeleistungen, zum anderen geografisch in den einzelnen Stadt- und Landkreisen. Der große Stellenzuwachs im Arbeitsfeld der Schulsozialarbeit ist einerseits erfreulich, wirft aber andererseits Fragen nach Nebenwirkungen auf. Zunächst kam es mit Beginn der Einführung der Landesförderung „Jugendsozialarbeit an öffentlichen Schulen“ im Jahr 2013 nicht zu den von manchen befürchteten landesweiten Verschiebungen von Fachkräften der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in die Schulsozialarbeit. Allerdings zeigen die Befunde zur Infrastruktur der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit in Baden-Württemberg<sup>2</sup>, dass die prozentualen Anteile an Vollzeitstellen in der freizeit- und gemeinwesenbezogenen Offenen Jugendarbeit sinken, während die prozentualen Anteile an Vollzeitstellen im institutionellen Rahmen der Schule als Schulsozialarbeit oder als Ganztagsbildung angesiedelten Angebote steigen. Ebenfalls ist in einzelnen Landkreisen – im Gegensatz zu 2013 – nun doch

erstmals festzustellen, dass der Umfang an Vollzeitstellen in der Schulsozialarbeit dort im selben Umfang ansteigt, wie er in der Jugendarbeit zurückgeht. Damit nehmen die Verantwortlichen auf allen Ebenen eine Schwerpunktsetzung hin zu vorstrukturierten Angeboten im institutionellen Rahmen vor. Die Potenziale der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Selbstwirksamkeit zu entdecken und zu entwickeln, selbstbestimmt zu agieren und sich darin auszuprobieren, verlieren an Bedeutung – nicht für die Kinder und Jugendlichen, deren Bedarfe sich nicht grundsätzlich verändern –, sondern für die kommunalpolitisch Verantwortlichen. Hier besteht Handlungsbedarf.

In begrenztem Umfang ergeben sich Synergieeffekte durch die Möglichkeit, an Ganztagsgrundschulen Lehrerstunden für die Durchführung außerunterrichtlicher Angebote in Geld umzuwandeln, um damit außerschulische Angebote zu finanzieren. Hier kann Jugendarbeit zu einer Bereicherung der Ganztagschule beitragen und zugleich junge Menschen für die Mitgliedschaft in einem Jugendverband, Verein oder den Besuch eines Jugendhauses gewinnen. Die Problematiken, die sich aus den unterschiedlichen Bildungsverständnissen und den grundverschiedenen institutionellen Rahmungen ergeben, sind bekannt. So versteht Jugendarbeit ihre Mitwirkung in Ganztagschulen nicht als Betreuungs-, sondern als spezifische Bildungsleistung, bei der es um Persönlichkeitsbildung und lebensweltorientierte Alltagsbildung geht. Dies macht sie durch den Begriff „Ganztagsbildung“ deutlich.

Dabei wird Stellenwert und Notwendigkeit der Jugendsozialarbeit und der Schulsozialarbeit keineswegs in Frage gestellt, die Arbeitsfelder dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Jugendarbeit droht jedoch gegenüber klassischen Betreuungs-

angeboten im Rahmen der Ganztagschule sowie den Angeboten der Schulsozialarbeit ins Hintertreffen zu geraten und es besteht die Gefahr, dass durch diese Entwicklung Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten der Jugendarbeit zurückgedrängt werden. Darüber hinaus gerät vor allem die selbstorganisierte Jugendarbeit durch einen Mangel an Unterstützungsstrukturen unter Druck.

## **Selbstorganisierte Jugendarbeit**

Im Kern entsprechen die von Jugendlichen selbstorganisierten Angebote der Jugendarbeit der reinsten Form der in § 11 Abs.1 SGB VIII genannten Anforderungen der Jugendarbeit. Nicht umsonst gehören Stichworte wie Selbstorganisation, Partizipation und Verantwortungsübernahme unter Gleichaltrigen zu den zentralen Leitbegriffen des Feldes. Sie decken zahlreiche entwicklungsbedingte Bedarfe von Jugendlichen ab und bieten Möglichkeiten für selbstbestimmte und konsumunabhängige Freizeit- und Geselligkeitsformen. Gleichzeitig sind sie «Freiräume» neben Schule und Familie für Identitätsfindung, Selbsterfahrung und Fremdreflexion, Rollenerfahrung und Rollenaneignung. In ihnen gestalten und erproben die jungen Menschen den Auf- und Ausbau eines eigenen sozialen Netzes mit selbstbestimmten Regeln, Normen und Ordnungsleitlinien (Gruppenmoral) und erhalten einen selbsterworbenen Status als Einrichtung innerhalb des Gemeinwesens.

In Baden-Württemberg gibt es nach aktuellem Befund 1.263 selbstorganisierte, von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ehrenamtlich betriebene Einrichtungen der Jugendarbeit. Dies übersteigt die Anzahl der Einrichtungen mit hauptamtlichen Fachkräften von aktuell 1.058 deutlich. Die Zahlen der letzten Jahre zeugen dabei von einer hohen Beständigkeit und Kontinuität

in diesem Feld trotz der sich abzeichnenden demografischen Einbrüche im für diesen Bereich relevanten Alterssegment der 18- bis unter 25-Jährigen. Im Schwerpunkt verorten sich die Einrichtungen in ländlich geprägten Landkreisen. 446 Einrichtungen – insbesondere im ländlichen Raum – fallen dabei unter die Kategorie von losen Gruppen Treffs in Hütten, Buden und Bauwagen auf Privatgrundstücken und können dem Grunde nach lediglich als Momentaufnahme gewertet werden, da die Bauwagenkultur erfahrungsgemäß großen Schwankungen ausgesetzt ist. In einzelnen Landkreisen gibt es etablierte Unterstützungskonzepte für diese Angebotsform.

817 Einrichtungen können als etablierte Einrichtungen gewertet werden, da diese in kommunalen Gebäuden beziehungsweise auf kommunalen Grundstücken verortet sind und dies mehrheitlich mit Nutzungsvereinbarungen zwischen Kommune und Jugendlichen oder deren Eltern einhergeht. 267 Einrichtungen (knapp über 20 Prozent) sind zusätzlich zu den oben genannten Kategorien als eingetragener Verein konstituiert und weisen entsprechend die verbindlichsten Strukturen auf. 364 Einrichtungen (knapp 30 Prozent) haben feste Öffnungszeiten. Bei der Analyse der einzelnen Kategorien fällt wenig überraschend auf, dass der prozentuale Anteil der Einrichtungen mit festen Öffnungszeiten in der jeweiligen Kategorie mit dem Grad der Verbindlichkeit zunimmt.

## **Kommunale Unterstützung**

Die Landkreise tragen nach dem SGB VIII die Gesamtverantwortung für die Erfüllung der Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe und damit auch für die Kinder- und Jugendarbeit. Die praktische Umsetzung in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden wird von



diesen im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge in eigener Trägerschaft oder durch die Beauftragung eines freien Trägers gemäß der Gemeindeordnung übernommen. Zur Wahrnehmung der Gesamtverantwortung zählt nicht nur finanzielle Förderung, sondern auch Koordination, Planung, konzeptionelle Weiterentwicklung, fachliche Beratung, Qualifizierung und Fortbildung, Förderung der Jugendbeteiligung, Informationen und andere Serviceleistungen und nicht zuletzt auch die Durchführung eigener Projekte und Aktionen. Die Wahrnehmung dieser Aufgaben kann vom Jugendamt als zuständige Behörde nicht nebenher erledigt werden, es bedarf hierzu entsprechender Fachkräfte im Jugendamt. Diese Aufgabe übernehmen die Kreisjugendreferate, die in 42 der 44 Stadt- und Landkreise vorgehalten werden. Aufgabe der Kreisjugendreferate – insbesondere in den Landkreisen – ist es, Gemeinden beim Finden sowie der oben genannten Weiterentwicklung ihrer individuellen Handlungsstrategien zu begleiten und zu unterstützen.

Die Befunde in Baden-Württemberg zur quantitativen Infrastruktur von Angeboten der Jugendarbeit verdeutlichen in diesem Kontext, dass – im Gegensatz zu den 70er- und 80er-Jahren – Fördermittel der Landkreise für Einrichtungen/Personal in der Jugendarbeit für die kreisangehörigen Kommunen keinen Einfluss auf die Anzahl an Fachkräften und Einrichtungen in den Kreisen hat. Die Personalausstattung in den jeweiligen Kreisjugendreferaten und somit deren Unterstützung und Begleitung, auch im Rahmen von Sozialraumanalysen und Konzeptionsentwicklungen, lassen im Gegenzug einen weitaus höheren Stellenwert bei der quantitativen und qualitativen Infrastrukturentwicklung gemeindeeigener Angebote vermuten, als es eine reine Kreisförderung von einigen tausend Euro pro

Vollkraftstellen vermag; zumal diese Förderung über die Kreisumlage letztendlich von den Kommunen mitfinanziert wird. Weit aus entscheidender für den quantitativen Ausbau der letzten Jahre in den einzelnen Arbeitsfeldern auf kommunaler Ebene sind Finanzmittel, die von „außen“ (Bundes- wie vor allem Landesfördermittel) in die kommunale Ebene fließen.

173 kreisangehörige Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg (das sind gut 15% aller Städte und Gemeinden) verfügen über ein kommunales Jugendreferat mit analogem Portfolio auf kommunaler Ebene (Gemeinde-/Stadtjugendreferat) im Umfang von insgesamt 185,58 Vollkraftstellen. Nach Zuwächsen an Gemeinden und Vollzeitkräften im Jahre 2015 ist auch in diesem Feld eine Stagnation beziehungsweise ein leichter Rückgang seit 2015 um vier Vollzeitkräfte zu verzeichnen. In fünf Landkreisen gibt es überhaupt keine hauptamtlichen Strukturen in der Kommunalen Jugendarbeit.

## **Demografische Entwicklungen**

Insbesondere die demografische Entwicklung der nächsten Jahre zeigt einen zusätzlichen Investitionsbedarf in die Felder Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit auf. Nach der aktuellen Bevölkerungsvorausrechnung kann davon ausgegangen werden, dass die Population der unter 21-Jährigen insgesamt bis mindestens 2030 stabil bleibt. Der Rückgang im Alterssegment der 15- bis unter 21-Jährigen wird durch die entsprechenden Steigerungen im Alterssegment der unter Zehnjährigen entsprechend kompensiert. Zudem haben vor allem im Feld der Jugendarbeit die Faktoren Originalität, Attraktivität sowie die zielgruppenadäquate Ausrichtung der Angebote und Leistungen eine weitaus höhere Relevanz für deren Reichweite und Inanspruchnahme im Gemeinwesen als

demografische Faktoren. Die demografischen Veränderungen gestalten sich in den einzelnen Stadt- und Landkreisen höchst unterschiedlich. Eine feste Bindung und positive Entwicklungserfahrungen in der Kommune erhöhen die Wahrscheinlichkeit, einen möglichst großen Anteil der Jugendlichen auch beim Übergang in das Erwachsenen- und Familienalter für den Verbleib in der, beziehungsweise Rückkehr zur Kommune zu gewinnen. Damit wird die Jugendarbeit ein unverzichtbarer infrastruktureller Baustein einer familienfreundlichen und zukunftsfähigen Kommune im Wettbewerb um junge Familien.

Weitaus größere Auswirkungen sind durch die enormen Bevölkerungsrückgänge in den nächsten zehn Jahren im Alterssegment der 18- bis unter 27-Jährigen für ehrenamtlich getragene Angebotsformen und somit für die Angebotsvielfalt in der Jugendarbeit zu erwarten. Für die Offene Kinder- und Jugendarbeit betrifft das vorwiegend die selbstorganisierten Einrichtungen und Angebote. Aufgrund der meist langjährigen ehrenamtlichen Tätigkeit sind diese 18- bis unter 27-Jährigen vor allem für kulturelle Angebote in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit eine wichtige Gruppe. Das betrifft besonders auch die Nachwuchsförderung und Akquise, in der verbandlichen Jugendarbeit auch die Aus- und Fortbildung. Allein in der aktuellen amtlichen Statistik zu den Angeboten der öffentlich geförderten Jugendarbeit stellt dieses Alterssegment den bei weitem größten Anteil an ehrenamtlich tätigen Personen (über 42.000) in der Jugendarbeit in Baden-Württemberg. Genau in diesem Alterssegment ist zwischen 2020 und 2030 in allen Stadt- und Landkreisen mit Rückgängen im größtenteils zweistelligen Prozentbereich zu rechnen. Landesweit verliert Baden-Württemberg in den nächsten zehn Jahren

dabei annähernd 140.000 junge Menschen (rund 12 Prozent) in diesem Alterssegment. Das stellt insbesondere die Verbandliche und Selbstorganisierte Jugendarbeit in den nächsten zehn Jahren vor immense Herausforderungen. Da diese Dynamik auch trotz der positiven Zuwanderung aus dem Ausland unausweichlich wird, bedarf es sehr rasch planerischer Weichenstellungen. Allein der Verlust einer Ehrenamtlichen oder eines Ehrenamtlichen kann hier den Wegfall eines ganzen Angebotsbausteins im infrastrukturellen Gefüge der Jugendarbeit eines Gemeinwesens bedeuten. Das bedeutet auch: es bedarf für entsprechende Planungs- und Gestaltungsprozesse ausreichender Ressourcen in der Kinder- und Jugendförderung.

### **Drei Beispiele: gelungene Gestaltung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und eine zusammenwachsende Community.**

Neben den landesweiten Entwicklungslinien, die nicht eben ermutigend sind, gibt es immer wieder sehr positive Einzelbeispiele, auf die sich Träger und Einrichtungen in ihrer kommunalpolitischen Argumentation berufen können. So hat die Stadt Biberach im Jahr 2017 ein komplett neues Jugendhaus eröffnet, getragen von einem breiten Beteiligungsprozess, der sehr viel Raum für Kinder und Jugendliche geboten hat, ihre Vorstellungen einzubringen. Nach einem teils etwas anstrengenden Überzeugungsprozess ließen sich Gemeinderat und Stadtverwaltung schließlich auf den Prozess ein. Entstanden ist eine sowohl architektonisch wie auch konzeptionell bemerkenswerte Einrichtung, getragen von Jugend aktiv e.V., einem freien Träger.

Auch die Stadt Leonberg hat sich 2014 mit einem freien Träger auf den Weg ge-

macht und die bestehende Jugendbaracke abgerissen und mit enormem ehrenamtlichen Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen – organisiert über den Jugendhaus Leonberg e.V. – einen Neubau realisiert. Auch hier: viel Beteiligung und ab 2015 eine sehr ansprechende, zukunftsfähige Einrichtung mit großer kommunalpolitischer Unterstützung.

Die Stadt Friedrichshafen betreibt eines der – aus baulicher Sicht – größten Jugendhäuser in Baden-Württemberg. Diese Einrichtung wurde 2016/2017 mit einem Millionenetat renoviert und ausgebaut, sodass eine moderne, vielfältige Einrichtung daraus hervorgegangen ist, die heute neben der Offenen Kinder- und Jugendarbeit auch sehr viel kulturelle Kinder- und Jugendarbeit, Jugendinformation und Beratung sowie auch Standort von Mobiler Jugendarbeit ist.

Möglich waren diese Projekte deshalb, weil die Träger und Einrichtungen weit im Vorfeld kommunalpolitisch aktiv waren, unzählige Gespräche geführt und Aktionen gestartet haben, die ihre Wirkung auf die kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger getan haben.

Insgesamt beobachten wir in Baden-Württemberg eine zusammenwachsende Community in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Das zeigen verschiedene Indikatoren: die Zahlen der Teilnehmenden an Veranstaltungen und Fort- und Weiterbildungen für die Fachkräfte, die zunehmenden regionalen Arbeitskreise und Zusammenschlüsse, die zunehmende Organisation über den Fachverband und im vergangenen „Pandemiejahr“ die phänomenale Beteiligung an Online-Erfahrungsaustauschtreffen, die die AGJF Baden-Württemberg organisiert hat. Dieser rege Austausch lässt hoffen, dass dadurch zunehmend Argumentationen von den Trägern und Einrichtungen übernommen

werden, die kommunalpolitisch wirksam werden.

## Weitere Themen für die nächste Zukunft

Neben den einschneidenden Veränderungen im Bereich der ehrenamtlich getragenen Angebote der Kinder- und Jugendarbeit – welches durch die aktuelle Pandemie nochmals deutlich verschärft wurde –, prägen und prägen insbesondere die Themen außerschulische Jugendbildung, Migration / Integration, Partizipation und digitale soziale Arbeit die Debatten im Feld.

Nachdem die Bildungsdebatte nahezu in allen Einrichtungen Einzug gefunden hat und das Thema Migration / Integration nach Abflauen der Migrations- und Zuwanderungsbewegungen nach 2015 und den Folgejahren ihren diskursiven Zenit überschritten hat, ist vor allem das Thema Beteiligung durch die Verankerung einer Verpflichtung dazu in der Gemeindeordnung in Baden-Württemberg in den Jahren 2013 sowie 2015 ein zentrales Thema.

Nicht erst, aber spätestens seit den pandemiebedingten Einschränkungen des Präsenzbetriebes von Einrichtungen und Diensten der Jugendarbeit rückt das Thema Digitalisierung / Jugendarbeit in sozialen Netzwerken bzw. in virtuellen Lebenswelten in den Fokus. Vorrangige Fragestellungen beziehen sich hierbei auf die klassische Beziehungsarbeit, Handlungsstrategien im Umgang sowie dem professionellen und konzeptionellen Vorgehen in sozialen Netzwerken bzw. digitalen Lebenswelten junger Menschen.

## Herausforderungen

Die große Unbekannte ist die Frage, wie die Städte und Gemeinden mit den finanziellen

Einbrüchen in der Folge der Corona-Krise umgehen. Hier wappnen sich die Träger bereits für harte Diskussionen und es ist zu befürchten, dass dadurch der Abwärtstrend der Offenen Kinder- und Jugendarbeit für Baden-Württemberg verstärkt wird. Es wird sehr darauf ankommen, dass das nur ein kurzfristiger Trend ist. Eine zunehmend wichtige Rolle spielen dabei die kommunalen Landesverbände, die – obschon sie natürlich die Interessen ihrer Mitglieder verfolgen müssen – in der Krise sehr gut verstanden haben, welchen Stellenwert die Kinder- und Jugendarbeit für „ihre“ Kinder und Jugendlichen hat. Dafür ein professionelles Rückgrat zu erhalten oder zu schaffen, dürfte eine wichtige Weichenstellung sein, um eine breite Bildung sowie gesellschaftliche Integration der nachwachsenden Generation zu gewährleisten und damit auch Prozesse der Ausgrenzung von benachteiligten jungen Menschen entgegenzuwirken.

Konzeptionelle Ansatzpunkte vor allem im ländlichen Raum bieten Konzepte des Jugendarbeitsleasing zum Aufbau und zur Verstetigung kommunaler Jugendreferate in den Gemeinden, gemeindeübergreifende Ansätze oder auch neue „entsülte“ Konzepte.<sup>3</sup>

Mit Blick auf die Zunahme junger Menschen in prekären Lebenssituationen gilt es,

dieser Zielgruppe mit spezifischen niederschwelligen Unterstützungsangeboten wie der Mobilen Jugendarbeit und den Jugendmigrationsdiensten adäquat zu begegnen. Das entlastet die OKJA für ihre Aufgaben im Bildungsbereich.

Insbesondere die Potentiale von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und entsprechender Zusammenschlüsse von Migrantenselbstorganisationen sollten für zukünftige Strategien zur Stärkung und zum Erhalt von Verbands- und Ehrenamtsstrukturen intensiver genutzt und eingebunden werden.

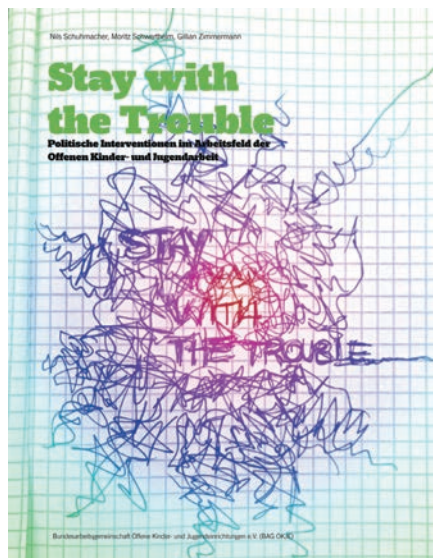
#### AUTOREN

**Volker Reif**, Dipl. Sozialpädagoge, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Kommunalverband für Jugend und Soziales – Landesjugendamt Baden-Württemberg. Arbeitsschwerpunkte überörtliche Jugendhilfeplanung und -berichterstattung zu den Themenfeldern Kinder- und Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit

**Martin Bachhofer**, Dipl. Päd., Geschäftsführer der AGJF seit 2005, Vorstand der BAG Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen

## Anmerkungen/Quellen

- 1 <https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/soziales/kinder-und-jugendliche/masterplan-jugend/>
- 2 REIF, V. (2019): **Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit auf kommunaler Ebene in Baden-Württemberg**. Stuttgart
- 3 VGL. REIF, V. (2019): **Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit auf kommunaler Ebene in Baden-Württemberg**. Stuttgart, S. 204



**Nils Schuhmacher  
Moritz Schwerthelm  
Gillian Zimmermann**

## **Stay with the Trouble** Politische Interventionen im Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Hrsg. von der Bundesarbeitsgemeinschaft  
Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e. V.

Verlag Burkhard Fehrlen  
Tübingen 2021

ISBN 978-3-925882-50-0 (Print)  
ISBN 978-3-925882-51-7 (E-Book als PDF)

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit ist – wie andere Felder der politischen Bildung und Demokratieförderung – seit ihrem Bestehen immer wieder konfrontiert mit politischen Interventionen; sei es im Jugendhilfeausschuss, im Stadtrat, in der medialen Öffentlichkeit oder auch in Form physischer Übergriffe.

Seit einigen Jahren entsteht durch die wachsende Präsenz einer äußersten Rechten eine neue Situation mit einer potenziell bedrohlicheren Intensität bis weit in die politischen Gremien hinein. Es mehren sich Berichte aus der Praxis über Angriffe, »Extremismus«-Vorwürfe und Neutralitätseinforderungen, die den Handlungsspielraum der Jugendarbeit einschränken. Dichtere Befunde zu diesen Entwicklungen und ihren Dynamiken lagen jedoch bislang nicht vor.

**Diese Publikation stellt die Ergebnisse einer bundesweiten Studie zu Infragestellungen, Einflussnahmen und Angriffen im Arbeitsfeld dar.** Dazu wurden knapp 300 Fälle unter verschiedenen Fragestellungen analysiert: Wer sind die Betroffenen? Welche Konzepte und Inhalte werden infragegestellt? Was sind Anlässe von Interventionen? Welche Auswirkungen haben sie? Und wie gehen die Betroffenen damit um?

Deutlich wird: Politische Interventionen haben viele Gesichter und es liegen ihnen unterschiedliche Zielsetzungen zugrunde. Ein großer Teil von ihnen zielt jedoch auf den Kern der Kinder- und Jugendarbeit ab, erschwert demokratisches Handeln sowie Positionierungen gegen Rassismus und Rechtsextremismus und für Menschenrechte. Damit werden letztlich auch die Handlungsräume von jungen Menschen selbst eingeschränkt.

**Die Studie zeigt zugleich, wie Betroffene erfolgreich mit diesen Interventionen umgehen und leitet hieraus Handlungsempfehlungen für Akteure der politischen Kinder- und Jugendbildung, für behördliche und politische Akteure sowie die Zivilgesellschaft insgesamt ab.**

**84 Seiten, A4, mit 13 farbigen Abbildungen, Druckfassung 6,- € (zzgl. Porto), E-Book (PDF) 3,- €**

**Bestellungen über:**

**den Buchhandel, die BAG OKJE: [oja@bag-okje.de](mailto:oja@bag-okje.de), den Verlag: [www.tbt-verlag.de](http://www.tbt-verlag.de)**

## **Die OKJA – ein wichtiger Bildungsakteur im Landkreis München.** Leistungsbeschreibung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) im Rahmen der Jugendhilfeplanung

Mit der Leistungsbeschreibung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zeigt der Kreisjugendring München-Land in Zusammenarbeit mit dem Landkreis München die Bedeutung der außerschulischen Bildung für junge Menschen auf.

2017 wurde im Landkreis München die Neustrukturierung der Jugendhilfeplanung vom Jugendhilfeausschuss beschlossen. Ein Pilotprojekt dieses Prozesses ist die Leistungsbeschreibung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA). In circa eineinhalb Jahren wurde in Federführung durch die kommunale Jugendpflege des Landkreises München und in Abstimmung mit der Jugendhilfeplanung, sowie unter großer Beteiligung aller relevanten Akteur\*innen vor Ort, u. a. mit Kindern, Jugendlichen, ehemaligen Besucher\*innen und Politiker\*innen, ein gemeinsames und grundlegendes Verständnis der Offenen Kinder- und Jugendarbeit für den Landkreis München geschaffen.

Die Inhalte der Leistungsbeschreibung, in Form von Erläuterungen zu Auftrag, Prinzipien sowie der Auseinandersetzung mit der Zielgruppe und den Angebots- bzw. Einrichtungsformen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, verdeutlicht den wichtigen Bedeutungsgehalt der außerschulischen Bildung für den Landkreis München. Die OKJA bietet laut LENA SCHUSTER, kommunale Jugendpflegerin für den Landkreis München,

jungen Menschen die Möglichkeit, ihre eigenen Räume und Freizeiten zu gestalten, Gemeinschaft zu erleben und auf ihrem Weg zum Erwachsensein begleitet und unterstützt zu werden. Mit den Prinzipien der Offenheit und Wertschätzung, Freiwilligkeit und Selbstbestimmung sowie Mitbestimmung und Beteiligung eröffnet die Offene Kinder- und Jugendarbeit – zum Beispiel in Jugendzentren – Lern- und Experimentierräume für ein Erleben des gesellschaftlichen Miteinanders und der Bildung zum Selbst.

Mit der Leistungsbeschreibung und ihren vielfältigen Perspektiven auf die Offene Kinder- und Jugendarbeit erhält die Form der außerschulischen Bildung eine neue Wertigkeit im Landkreis München. Primäre Zielsetzung war es hier, die OKJA als einen Bildungsakteur in all seinen Facetten zu betrachten und so ein ganzheitliches Bildungsverständnis aufzuzeigen, welches den jungen Menschen mit seinen Stärken, Fähigkeiten und seiner Selbstwirksamkeit in den Mittelpunkt rückt, um eigene Interessen und Leidenschaften entdecken zu können und einer Anpassung und steigenden Fremdbestimmung entgegenzuwirken. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit kann in ihrem Wirken junge Menschen auf die Herausforderungen der sich wandelnden Gesellschaft vorbereiten. Mit Blick auf Kinder und Jugendliche und ihre Zukunft müssen

unterschiedliche Formen der Bildungsarbeit Hand in Hand zusammenarbeiten und Freiräume als Bildungsräume gesehen werden.

## Der Entstehungsprozess einer etwas anderen Leistungsbeschreibung – „OKJA like!“

Der Landkreis München hat 29 sehr unterschiedliche Gemeinden und Städte. Jugendliche sind vielfältig und die Offene Kinder- und Jugendarbeit an sich ist Vielfalt pur. Es war wichtig, dass die OKJA beschrieben, aber nicht eingengt wird, sondern die Offenheit und Vielfalt der OKJA gewährt bleibt. Die Leistungsbeschreibung bildet ein gemeinsames Verständnis der OKJA für den Landkreis München ab. So wurde der Kern der OKJA herausgearbeitet und dadurch ein gemeinsamer Nenner für alle Akteure gefunden. Sie soll das professionelle Handeln aller beteiligten Akteure anregen und zusätzlich noch eine Grundlage zum Diskutieren und Reflektieren bieten.

Im Entstehungsprozess wurde klar, dass es wichtiger ist, gute Fragen zu stellen, anstatt zu versuchen, schlaue allgemeingültige Antworten zu liefern. So entstand die Idee, Impuls- und Reflexionsfragen mit in die Leistungsbeschreibung aufzunehmen, diese wurden zu einem zentralen Baustein. Die Leistungsbeschreibung wurde so zu einer Reflexionshilfe und somit mehr als eine Beschreibung des gemeinsamen Verständnisses des Arbeitsfeldes. Mit Impuls- und Reflexionsfragen und dem damit entstandenen neuen Ansatz einer Leistungsbeschrei-

bung soll deutlich werden, dass erst durch geführte Dialoge eine bedarfsgerechte, tragfähige, innovative und in die Zukunft gerichtete OKJA ermöglicht werden kann.

Diese Haltung wurde auch im Prozess der Entstehung deutlich. So wurden als Erste, ganz „OKJA like“, die Besucher\*innen der Einrichtungen befragt. Schnell wurde klar, dass eine Befragung nicht ausreicht, und so ist das Projektteam mit XXL Papphäusern losgezogen und hat Dialoge geführt. Sie traten nicht nur mit weiteren Jugendlichen in einen Austausch über die OKJA, sondern auch mit allen fünf Trägervertreter\*innen im Landkreis München, dem Jugendamtsleiter und Fachbereichsleitungen, den Bürgermeister\*innen

**Leistungsbeschreibung**  
Offene Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis München

Bereitet im kleinen Stil aufs  
Leben vor

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit bietet Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Möglichkeit ihre eigenen Räume und Freizeiten zu gestalten, Gemeinschaft zu erleben und auf ihrem Weg zum Erwachsenensein begleitet und unterstützt zu werden.

Landkreis München  
JO JO JO KREISGEMEINSCHAFT MÜNCHENLAND

und Gemeindevertreter\*innen, mit der Zielgruppe Kinder und (was ein besonderes Augenmerk war) mit den ehemaligen Besucher\*innen (inklusive dem Landrat des Landkreises München, CHRISTOPH GÖBEL).

Die OKJA sollte aus ganz unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet werden. Möglichst viele, die etwas mit der OKJA zu tun haben, sollten am Prozess beteiligt sein. Es entstanden zwölf OKJA Papphäuser, die in den Austauschformaten von den oben genannten Akteuren gestaltet wurden. Immer mit der Frage, was OKJA ist, kann und wie sie gestaltet sein soll. Diese Papphäuser wurden sehr kreativ und vielfältig bearbeitet und so entstanden wahre Quellen der Inspiration für den weiteren Prozess.

Die Steuerung im Prozess hatte ein Redaktionsteam. Hier wurden zusammen mit pädagogischen Fach- und Führungskräften

die Inhalte der Leistungsbeschreibung diskutiert und erarbeitet.

Die Dialoge und erstellten OKJA Papphäuser sind als Denkanstöße in die Redaktionsteams mit eingeflossen, wurden zusammengefasst und sind in der Leistungsbeschreibung abgebildet.

Deshalb schaut sie auch so aus, wie sie aussieht.

Die Lebendigkeit des Prozesses sollte auch in der Leistungsbeschreibung sichtbar werden. Ziel war es, die Offene Kinder- und Jugendarbeit so großartig darzustellen, wie sie ist, mit all ihren Anforderungen, die sie an die pädagogischen Fachkräfte stellt. Neben der Grundlage für die qualitativ hochwertige Umsetzung der OKJA, bietet die Leistungsbeschreibung auch einen guten Einblick in die Möglichkeiten und das Potenzial der OKJA als Bildungsakteur in einem ganzheitlichen Bildungsverständnis. Denn dies ist, was in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit erfahren und erlebt wird:



- Räume, in denen junge Menschen eigenverantwortliches und selbstbestimmtes Handeln erleben;
- Aushandlungsprozesse, in denen Demokratie und Mitverantwortung durch Beteiligung stattfindet;
- Freiräume, in denen junge Menschen ihre eigenen Stärken entdecken dürfen;
- Werte, die ihnen durch die Prinzipien der OKJA täglich vermittelt werden
- und, nicht zu vergessen, die Freude, die durch selbstbestimmtes Handeln entsteht.

All das ist nun in eine schriftliche Form gegossen und dient mit einem gemeinsamen Verständnis aller Akteure der OKJA als Basis für das Handeln in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis München. Nach einem einleitenden Vorwort finden sich

### Impuls- und Reflexionsfragen

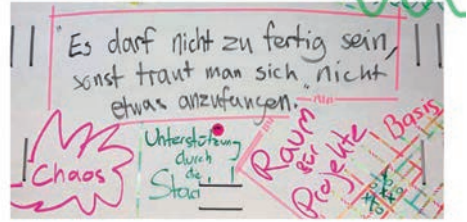
- Setzt sich die Einrichtung pädagogische Schwerpunkte?
- Wie sind schon vorhandene pädagogische Schwerpunkte entstanden?
- Wodurch wird der pädagogische Schwerpunkt sichtbar?
- Welche Chancen und Risiken liegen in einer Fokussierung auf pädagogischen Schwerpunkten?
- Wie flexibel und dynamisch können Einrichtungen der OKJA auf die Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen reagieren?



der Leistungsbeschreibung folgende Unterpunkte:

- Die Lebenswelt von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Landkreis München
- Der Auftrag von Offener Kinder- und Jugendarbeit
- Das Verständnis der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis München
- Die Arbeitsprinzipien der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
- Die Zielgruppe der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
- Die Angebots- und Einrichtungsformen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
- Setzung pädagogischer Schwerpunkte in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
- Die Infrastruktur der Einrichtungen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
- Pädagogische Fachkräfte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
- Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Zu den Gliederungspunkten sind jeweils wie oben beschrieben Impuls- und Reflexionsfragen integriert, die eine vertiefte Befassung mit den einzelnen Abschnitten anregen sollen.



## Impuls- und Reflexionsfragen

- Der Landkreis München, was macht ihn besonders? Was macht ihn aus? Stand heute und in der Zukunft?
- Was bedeutet es für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in der heutigen Gesellschaft aufzuwachsen, insbesondere im Landkreis München?
- Welche Übergänge sind von den jungen Menschen zu gestalten, welche Entwicklungsaufgaben sind zu meistern?
- Welche Bedürfnisse, Interessen, Erwartungen und Herausforderungen haben die jungen Menschen im Landkreis München?

Weiter finden sich Zitate (s. u.) aus den Beteiligungsformaten, die bei der Erstellung der Leistungsbeschreibung gesammelt wurden. Diese Zitate spiegeln auf wunderbare Weise sowohl den Bedarf an Kinder- und Jugendarbeit aus der Sicht der unterschiedlichen Beteiligten, als auch das eigene Selbstverständnis im Arbeitsfeld.

*„Die Zeit im Jugendhaus bereitet uns im kleinen Stil aufs Leben vor.“*  
(Zitat eines Jugendlichen)

*„Offene Kinder- und Jugendarbeit findet nur da statt, wo Kinder und Jugendliche beteiligt werden.“* (Zitat einer Fachkraft)

*„Mir ist wichtig, dass wenn ich unbedingt etwas brauche, wie reden oder Hilfe in der Schule, dass sie sofort da sind, wenn man sie braucht“* (Zitat eines jugendlichen Besuchers)

*„Wir können hier so sein, wie wir sind.“*  
(Zitat eines jugendlichen Besuchers)

*„Es war mehr als ein zweites zu Hause, es war unser Haus.“*

*„Freundschaften fürs Leben wurden geknüpft.“*

*„Eine Offenheit gegenüber anderen ist entstanden.“*

*„Ich habe gelernt, zu meinen Taten zu stehen.“*

*„Wir haben politische Bildung live erlebt.“*

*„Werte wurden uns vermittelt.“*

*„Teamwork, sich gegenseitig helfen und Konflikte aushandeln haben wir hier gelernt.“*

(Zitate von ehemaligen Besucherinnen und Besuchern)

Die Leistungsbeschreibung „Offene Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis München“ steht unter [www.kjr-ml.de](http://www.kjr-ml.de) kostenlos zum Download zur Verfügung.

### Über den Kreisjugendring München-Land

Der Kreisjugendring München-Land (KJR) ist eine Gliederung des Bayerischen Jugendrings, KdöR, und freier Träger der Jugendhilfe. Als eine der größten Jugendorganisationen in Bayern vertritt er die Interessen von Kindern und Jugendlichen. Im KJR sind 32 Jugendverbände und Jugendinitiativen aus dem Landkreis München organisiert. Durch vielfältige Bildungs- und Freizeitangebote fördert der KJR die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen und das soziale Miteinander. Dafür beschäftigt er rund 550 hauptberuflich Mitarbeitende in über 120 Einrichtungen sowie viele ehrenamtlich Ak-

tive. In der Überregionalen Bildungsarbeit organisiert der KJR das Bildungszentrum Burg Schwaneck, das Ferien- und Bildungszentrum Siegsdorf sowie das Heiner Janik Haus, Jugendbegegnungsstätte am Tower in Oberschleißheim. In der Regionalen Jugendarbeit hat der KJR München-Land Trägerschaften und Kooperationen in den Bereichen Offene und Mobile Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit an Schulen, Gebundene und offene Ganztagschule, Nachmittagsbetreuung und in Einrichtungen der Jungen Integration.

#### AUTOR\*INNEN

##### **Marcus Fink**

Geschäftsführer KJR München-Land

##### **Lena Schuster**

Kommunale Jugendpflegerin Landkreis München (KJR München-Land)

# Die neuesten Trends aus der Offenen Jugendarbeit. Mit einem Abonnement unserer Fachzeitschrift.



Erscheint viermal im Jahr  
zum Preis von 15,- €.

Das Abo ist erhältlich bei:

**Bundesarbeitsgemeinschaft  
Offene Kinder- und  
Jugendeinrichtungen e.V.**

– BAG OKJE –

Lehderstraße 117

13086 Berlin

Tel.: 030-32599 202

Fax: 030-32599 298

**Mail: [oja@bag-okje.de](mailto:oja@bag-okje.de)**

**[www.offene-jugendarbeit.net](http://www.offene-jugendarbeit.net)**

## Abenteuerspielplätze und Kinderbauernhöfe in Berlin

Bereits im Jahr 1967 wurde der erste Abenteuerspielplatz und 1981 der erste Kinderbauernhof in Berlin gegründet. Seitdem gab es eine Vielzahl an Gründungen, aber leider auch immer wieder Schließungen von Einrichtungen. Der Landesverband der Abenteuerspielplätze und Kinderbauernhöfe in Berlin (AKiB) wurde 1994 aus einem lockeren Arbeitskreis freier Träger pädagogisch betreuter Spielplätze heraus gegründet. Diese trafen sich seit Mitte der 80er Jahre, um Erfahrungen auszutauschen, sich gegenseitig zu unterstützen und das Arbeitsfeld in der Öffentlichkeit stärker bekannt zu machen. Heute zählen rund 29 Abenteuerspielplätze und Kinderbauernhöfe aus unterschiedlichen Bezirken Berlins zu den Mitgliedseinrichtungen des AKiB. Verschiedene Themen und Veränderungen haben sich in den letzten Jahren für die Arbeit auf den Plätzen aufgetan oder waren aufgrund der pädagogischen Leitlinien von solchen pädagogisch betreuten Spielplätzen in besonderer Weise relevant. Der folgende Bericht stellt keine abschließende Erzählung über alle wichtigen Veränderungen dar, vielmehr wurden einige Beispiele ausgewählt, die sich in Gesprächen mit Beschäftigten in den Einrichtungen aufgetan haben.

### Was sind Abenteuerspielplätze und Kinderbauernhöfe und woher kommt diese Form der Jugendarbeit?

Für ein besseres Verständnis der strukturellen Veränderungen in dem Berufsfeld der

pädagogisch betreuten Spielplätze bedarf es zunächst einer kurzen Einführung über den Hintergrund und die konzeptionelle Ausrichtung dieser Form der Offenen Kinder- und Jugendarbeit.

Die Idee der Abenteuerspielplätze entstand in Dänemark bereits in den 1930er Jahren. Ein Landschaftsarchitekt stellte fest, dass Kinder sich nicht etwa auf den extra für sie gebauten, nett möblierten Spielplätzen aufhielten, sondern lieber auf den Brachen und verwilderten Freiflächen in der Umgebung spielten. Er forderte deshalb die Einrichtung sogenannter „Skrammellegepladsen“ (deutsch: Gerümpelspielplätze) und gründete den ersten Platz dieser Art in Kopenhagen. Von hier aus entwickelten sich Bauspielplätze und schließlich auch die ersten Abenteuerspielplätze in Dänemark und den Arbeitersiedlungen Englands. 1967 wurde dann der erste Abenteuerspielplatz im Märkischen Viertel in Berlin gegründet. Parallel dazu entstanden in und um Stuttgart die ersten Kinderbauernhöfe und Jugendfarmen. Ursprünglich entwickelt aus den tatsächlichen Interessen der Kinder und Jugendlichen in der Nachbarschaft, waren sie besonders ökologischen Prinzipien verpflichtet.

Trotz der unterschiedlichen Ursprünge vereinen Abenteuerspielplätze und Kinderbauernhöfe in ihrer heutigen Form viele strukturelle und konzeptionelle Eigenschaften und werden unter dem Begriff der pädagogisch betreuten Spielplätze zusammenfassend aufgeführt.

Die Hauptzielgruppe liegt meist bei Kindern und Jugendlichen zwischen sechs und



Auch im Winter findet die Arbeit unter freiem Himmel statt

vierzehn Jahren. Kennzeichnend sind die großen Außenbereiche der Einrichtungen. Strukturreich gestaltet mit Hecken, kleinen Hügeln, Freiflächen oder unterschiedlichsten Baukonstruktionen von und für Kinder, wird hier zum Toben, Verstecken und Spielen eingeladen und Rückzugsorte fernab von Erwachsenen können gefunden werden.

Ein wichtiger Aspekt sind praktische Angebote, die zum Tun mit den eigenen Händen einladen. Sei es im Hüttenbaubereich, bei der Pflege der Tiere, bei Angeboten rund um ursprüngliches Handwerk wie Schmieden, Korbflechten oder Töpfern, Kinder kommen hier in Kontakt mit Naturmaterialien, können sich selbst ausprobieren und ihrer Kreativität freien Lauf lassen. Auf einem Kinderbauernhof findet sich zudem ein besonderer Fokus auf dem Tier- und Gartenbereich. Kreisläufe, angefangen bei Nah-

rungsmittelproduktion bis hin zu Geburt und Tod der Hoftiere werden hier erlebbar und bilden zentrale Elemente in der pädagogischen Arbeit auf den Plätzen. Soziales Lernen kann hier insbesondere bei Kontakt und Vertrauensgewinnung zwischen Kindern und Tieren oder auch beim Spielen mit den Gleichaltrigen gefördert werden.

Bei der Arbeit mit den Tieren steht ein respektvoller Umgang der Menschen mit den Tieren im Vordergrund, bei dem sowohl Mensch als auch Tier auf ihre Kosten kommen. In Tierpflegegruppen oder PferdeAGs können Kinder den Tieren näherkommen. Wie auf einem „richtigen“ Bauernhof stehen auf einem Kinderbauernhof täglich eine Vielzahl an Stallarbeiten an, bei denen Kinder und Jugendliche zur Mithilfe eingeladen sind.

## Grüne Freiflächen für Kinder in der Großstadt

Die Frage nach freien Flächen für Kinder, auf denen sie sich frei entfalten und nach Herzenslust spielen können, hat in den letzten zehn Jahren in Berlin keineswegs an Bedeutung verloren.

In den Jahren nach dem Mauerfall gab es in Berlin noch viele Brachen, wilde Flächen und ungenutzte Areale und einige Gründungen von pädagogisch betreuten Spielplätzen fallen in diese Zeit. Doch wie in vermutlich den meisten deutschen Städten erleben wir in Berlin eine zunehmende Bebauung und das Verschwinden von ehemals brachliegenden Grundstücken. In den öffentlichen Parks tummeln sich Erwachsene und die öffentlichen Kinderspielplätze werden sehr

stark von jüngeren Kindern mit ihren Eltern frequentiert. Flächen, auf denen Kinder im Grundschulalter sich außerhalb ihrer Schulzeit frei entfalten und auch mal unter sich sein können, verschwinden immer mehr aus dem Stadtbild. Pädagogisch betreute Spielplätze und Naturerfahrungsräume bieten für Kinder eine Möglichkeit zum Ausgleich und Rückzug zwischen all dem Beton, der sie in ihren oftmals stark urbanisierten Kiezen umgibt.

Doch auch gerade in Zeiten des Klimawandels kommt den Plätzen eine besondere Bedeutung zu, sagt MARTYN SORGE von Spielkultur Berlin – Buch e.V. und im Vorstand des Bundesverbands Bund der Jugendfarmen und Aktivspielplätze. Als grüne Flächen inmitten der Stadt trügen die Plätze positiv zum Stadtklima bei. Die strukturreichen Au-



Von Kinder gebaute Hütten mitten in der Stadt

ßenareale bieten Kindern und Jugendlichen zudem eine Vielzahl an Möglichkeiten, mit Natur in Kontakt zu kommen und natürliche Elemente mit allen Sinnen erleben zu können: „Es geht uns darum, Kinder rauszubringen und mit den Händen etwas zu machen.“

Mit zunehmender Präsenz von Klima- und Umweltschutz in Gesellschaft und Politik, ergeben sich auch auf einmal ganz neue Fördermöglichkeiten für Projekte der Umweltbildung oder einer Bepflanzung der Einrichtung. So werden zum Beispiel über die Umwelt- und Naturschutzämter der Bezirke hin und wieder Förderungen für „grüne Projekte“ für Pflanzen oder zur Gestaltung eines Naturerfahrungsraumes vergeben.

## **Abenteuerspielplätze und Kinderbauernhöfe in den Köpfen der Politik**

Die Konzepte der Einrichtungen eröffnen die Möglichkeiten zu einer Vielzahl an pädagogischen Angeboten, welche die Jugendfreizeitangebote in einem Sozialraum ergänzen und bereichern können. Mit der Ausrichtung auf fast ausschließlich Angebote unter freiem Himmel und der Arbeit mit Tieren auf Kinderbauernhöfen, gehen auch einige spezielle Anforderungen an Personal und Strukturen in den Einrichtungen einher.

Die Gründung des Landesverbands der Abenteuerspielplätze und Kinderbauernhöfe resultierte damals auch aus einem zentralen Anliegen: das Berufsfeld mit seinen speziellen Ansprüchen und Möglichkeiten in der Öffentlichkeit besser bekannt zu machen und sich im jugendpolitischen Diskurs dafür einzusetzen. Fragt man STEPHAN METZNER, seit mehreren Jahren im Vorstand des AKiB, hat sich diesbezüglich in den letzten Jahren einiges getan. Aus einer aktiven Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit des Landesverbands und verschiedener Einrichtungen ist hervor-

gegangen, dass das Berufsfeld mittlerweile verstärkt in dem Sprech und in den Köpfen der Entscheidungsträger\*innen in Senat und Verwaltung präsent ist und auch im jugendpolitischen Diskurs in Berlin immer mehr Berücksichtigung findet. „Mittlerweile ist ein Bewusstsein da, dass es da besondere Freizeitangebote gibt“, findet STEPHAN METZNER.

An der 2019 erschienenen vierten Auflage des „Handbuch Qualitätsmanagement der Berliner Jugendfreizeiteinrichtungen“ konnten mehrere Abenteuerspielplätze und Kinderbauernhöfe, vernetzt über den AKiB, mitarbeiten. In der aktuellen Ausgabe des Qualitätshandbuchs wurde unter anderem der Themenschwerpunkt „Umwelt, Technik, Handwerk, Ökologie“ erstmals in einem eigenen Kapitel mit aufgenommen. Hier konnten die Einrichtungen ihre Erfahrungen aus der praktischen Arbeit auf den Plätzen sinngemäß einfließen lassen. So konnten die pädagogisch betreuten Spielplätze noch einmal in besonderer Weise auf ihre Arbeit vor einer Fachöffentlichkeit aufmerksam machen.

Ein wichtiger Punkt, der sich in den letzten Jahren leider noch nicht verändert hat und sich weder in der neuen Ausgabe des „Handbuch Qualitätsmanagement der Berliner Jugendfreizeiteinrichtungen“ noch in der aktuellen Vorlage des seit 2019 geltenden „Jugendförder- und Beteiligungs-gesetz“ wiederfindet, ist die in Berlin übliche Berechnung der Mindeststandards der personellen und sächlichen Ausstattung von Jugendfreizeiteinrichtungen. Die Berechnung der Einrichtungsgröße, die letztendlich auch als Finanzierungsgrundlage hinzugezogen wird, richtet sich seit Jahren nach beheizbarer, überdachter Fläche der Einrichtungen. Die Größe wird hierbei mit einem Platz pro 2,5 m<sup>2</sup> beheizbare Fläche angegeben. Feste Gebäude mit einer „überdachten, beheizbaren Fläche“ finden sich zwar durchaus

mittlerweile auf den meisten Plätzen, die konzeptionelle Ausrichtung der Abenteuer-spielplätze und Kinderbauernhöfe orientiert sich aber nach wie vor an der Arbeit unter freiem Himmel.

Kindern und Jugendlichen soll in einer immer stärker urbanisierten und dichter bebauten Umgebung möglichst viel freie Fläche zur Verfügung gestellt werden, die sie sich zu eigen machen können und ihre Umwelt nach ihren Vorstellungen formen und verändern können. Auf Kinderbauernhöfen kommt zudem noch die Notwendigkeit von ausreichend großen Ställen und Gehegen für eine artgerechte Tierhaltung hinzu. Große Gebäude für Indoor-Angebote sucht man hier meist vergeblich und oft dienen die Gebäude als Büroraum oder sind auch mal mit einer Küche ausgestattet. Ein



Projekte rund um Altes Handwerk wie Schmieden, finden sich auf den meisten Plätzen

Abenteuerspielplatz mit 2000 m<sup>2</sup> Außenfläche, aber nur einem kleinen 13m<sup>2</sup> Bauwagen als Büroraum, kann so nur schwerlich auf eine ausreichende Finanzierung hoffen. „Diese Eigenheit der Plätze steht diametral zu 2,5 m<sup>2</sup> überdachter, beheizbarer Fläche“. Ein Vorschlag wäre, dass sich in Zukunft die Berechnung der pädagogischen Nutzfläche an der tatsächlich genutzten pädagogischen Fläche orientiert, unabhängig davon, ob diese überdacht und beheizt oder unter freiem Himmel ist.

## Neue Möglichkeiten für überdachte Flächen?

Als im Jahr 2011 das Konjunkturpaket 2 eingeführt wurde, kam es im Zuge dessen auf einmal zu einer starken Subventionierung öffentlicher Gebäude. „Damals war es auch Thema auf unserem Platz, die Gebäudeflächen zu erweitern“, erinnert sich Andreas Knöbel, Leiter des Kinderbauernhofs ufa-Fabrik im Berliner Bezirk Tempelhof-Schöneberg. Das Angebot sei damals natürlich verlockend gewesen, dennoch hätten sich die Beschäftigten des Kinderbauernhofs dagegen entschieden. Mit der Lage der ufa-Fabrik mitten in Berlin geht leider auch eine eher geringe Platzgröße einher. Wenn man von den Ställen und der Werkstatt einmal absieht, bleiben vielleicht noch ca. 25m<sup>2</sup> überdachte, beheizbare Fläche. Ein neues Gebäude hätte eine sehr starke Ausrichtung auf Indoor-Angebote bedeutet und sie wären nicht mehr nur ein ergänzendes Angebot zu den Projekten unter freiem Himmel gewesen, für welche dann der Platz gefehlt hätte. An den alten „Baracken“ wurde also festgehalten und auch weiterhin das Outdoor-Angebot in den Vordergrund gestellt. Gerade auf Plätzen mit größeren Tieren wie Schafen, Ziegen oder auch Ponys und Pferden ist jeder Quadratmeter kostbar, um den Tieren ein artgerechtes



Leben zu ermöglichen und den Kindern viel Platz für Bewegung und freies Spielen zur Verfügung zu stellen. Gerade jetzt in Zeiten der Corona-Pandemie sei man froh, damals konzeptionell an der Arbeit unter freiem Himmel beigehalten zu haben, sagt Knöbel. Dies merke man nicht zuletzt an dem Lob und der tollen Rückmeldung der Eltern und Anwohner\*innen.

Auf Abenteuerspielplätzen und Kinderbauernhöfen berlinweit merkt man den Bedarf an Angeboten für Kinder unter freiem Himmel. Die im Verhältnis großflächigen Außenareale der Einrichtungen bieten Platz, um den Kindern und Jugendlichen einen sicheren Aufenthalt in Pandemiezeiten zu gewähren und ihnen einen Raum zum Spielen, Spaß haben und zur Freizeitgestaltung mit Gleichaltrigen anzubieten, den sie in diesen Zeiten so dringend brauchen. Die Möglichkeiten zum „pandemiegerechten“ Spielen auf pädagogisch betreuten Spielplätzen wurden nicht zuletzt von Entscheidungsträger\*innen erkannt und fanden Rücksicht in der Infektionsschutzmaßnahmenverordnung des Landes Berlin. Laut der Verordnung dürfen in Einrichtungen, die konzeptionell auf Angebote unter freiem Himmel ausgelegt sind, Kleingruppenangebote für maximal zehn Teilnehmer\*innen je 250m<sup>2</sup> Freifläche stattfinden. Explizit wurden unter diesem Punkt Abenteuerspielplätze und Kinderbauernhöfe aufgeführt (vgl. SenBJF 2021, S.2). Dieser Beschluss zeigt, dass die Möglichkeiten und Chancen der Arbeit auf pädagogisch betreuten Spielplätzen zumindest manchmal bei

wichtigen Entscheidungen Berücksichtigung finden und bestätigt noch einmal, dass die jahrelange Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit nicht umsonst war.

Unabhängig von den Krisen und gesellschaftlichen Entwicklungen lässt sich sagen, dass die Lust am Spielen, Toben und der unabhängigen Freizeitgestaltung bei den Kindern nicht weniger geworden, sondern nach wie vor sehr präsent ist. Während der gesellschaftliche Druck und die Anforderungen an die Kinder nicht abnehmen, ist es wichtig, ihnen Freiräume und Entfaltungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, wie sie die Kinder unter anderem auf pädagogisch betreuten Spielplätzen finden können. Um auch weiterhin eine qualitativ hochwertige Arbeit leisten und flexibel auf alle Anforderungen und Krisen reagieren zu können, ist es auch in Zukunft mitunter vielleicht am wichtigsten, aktiv für eine starke Präsenz in der öffentlichen Wahrnehmung zu kämpfen und immer wieder auf die Besonderheiten hinzuweisen, die mit der konzeptionellen Ausrichtung dieser Angebotsform der Offenen Kinder- und Jugendarbeit einhergehen.

#### AUTOR

**Lukas Hanke** ist Sozialarbeiter (B.A.) und Wildnispädagoge. Er arbeitete bereits als Student auf der Jugendfarm Moritzhof und dem Abenteuerspielplatz Kolle 37 und ist seit diesem Jahr Geschäftsführer für den Landesverband der Abenteuerspielplätze und Kinderbauernhöfe in Berlin (AKiB).

## Literatur

SENATSVERWALTUNG FÜR BILDUNG, JUGEND UND FAMILIE (2021): **Umsetzung von Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie für Angebote der Hilfen zur Erziehung, anderer Jugendhil-**

**feleistungen und für Angebote der Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit und der Jugendsozialarbeit.** Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Berlin. S. 2

## Das Ringen um Freiräume

Der Artikel bietet einen Rückblick auf Entwicklungen im Feld der selbstverwalteten Jugendzentren und Jugendtreffs des Saarlandes aus der Perspektive des Verbandes saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung e.V.

Was war nochmal los vor zehn Jahren in der Szene der selbstverwalteten Jugendzentren und Jugendtreffs im Saarland? Ein Blick in das Archiv des Dachverbandes der Jugendzentren, juz-united, gibt einige Hinweise zur damaligen Situation: „Es gibt Jugendclubs, die boomen nach einer Phase der Stagnation mit einer solchen Wucht, dass die Wände bröckeln und es gibt die Clubs mit einer langen, hochaktiven Geschichte, die in tiefe Agonie versunken sind. Da gibt es Regionen, in denen die Jugendtreffs zentrale und lebendige Orte der Jugend sind, mit Leuten, die engagiert sind bis zur Hyperaktivität und die ganze Gegend rocken und es gibt Ecken im Saarland, da scheint Jugend eine ausgestorbene Spezies zu sein“.

So uneindeutig stellt sich die Situation der selbstverwalteten Jugendzentren und Jugendtreffs des Saarlandes in der Verbandszeitung aus dem Jahr 2011 dar. Aus der Statistik des Dachverbandes lässt sich zum damaligen Zeitpunkt ablesen, dass nach Jahren unermüdlichen Wachstums in der Jugendtreffszene Anfang der 2010er ein „Flatten the curve“ angesagt war. Einige Einrichtungen kamen neu hinzu, andere wurden geschlossen (meist aufgrund neuer Verordnungen zum Brandschutz) aber die Zahl von ca. 130 Einrichtungen sollte für das kommende Jahrzehnt Bestand haben. Vorbei schien zu diesem Zeitpunkt aber auch

eine Geschichte selbstverwalteter Jugendzentren als Orte subkultureller Gegenmilieus gegen herrschende Ordnungsvorstellungen. Mit dem Abriss des legendären AJZ Homburg, einem Geburtsort der Punk- und Hardcorezene im südwestdeutschen Raum, wurde auch ein Symbol jugendlicher Autonomieansprüche beerdigt.

Diese Schlaglichter illustrieren die Ausgangsposition zu dem zu beschreibenden Jahrzehnt der selbstorganisierten offenen Jugendarbeit im Saarland. In dem doch recht überschaubaren kleinen Bundesland können unterschiedliche Entwicklungen in sowohl ländlichen Gebieten wie in kleinstädtischen Strukturen aber auch durch den Strukturwandel sich negativ entwickelnden Sozialräume beschrieben werden. Diese Entwicklungen geben auch Auskunft darüber, wie sich die Rahmenbedingungen des Aufwachsens für Jugendliche verändern und welche Antworten die Offene Jugendarbeit darauf gibt. Letztere ist dabei im Spannungsverhältnis zwischen der Unterstützung von eigensinnigen Aneignungspraxen von Jugendlichen und dem Bemühen von Jugendpolitik, Jugendarbeit zur reibungslosen Integration von Jugend zu instrumentalisieren, reflexiv immer wieder neu zu beschreiben. Dieses Spannungsfeld kennzeichnet auch die Projektarbeit des Verbandes. Mangels ausreichender institutioneller Förderung wird über Modellprojekte der größte Teil der Verbandsangebote bewältigt. Hierbei werden Themen aktueller Jugendarbeitsdiskurse für die Unterstützungspraxis im Feld selbstorganisierter Jugendtreffs nutzbar gemacht. Projektkonzept

te sind dabei aber auch den Projektlogiken der Fördergeber verpflichtet.

In den letzten zehn Jahren wurden dabei zwei Themenstränge zentral bearbeitet. Erstens wurde, gefördert über das XENOS-Programm des Bundes, das Thema Diversität in selbstverwalteten Jugendtreffs in den Blick genommen und zweitens wurde das Thema Demokratiebildung über das Förderprogramm „Demokratie leben!“ in einem fünfjährigen Modellprojekt bearbeitet. Mit der Auswertung der Projektergebnisse beider Projekte lassen sich allgemeine Aussagen zu Veränderungen in den Lebenswelten von Jugendlichen, den Umgang dieser Veränderungen durch die Jugendlichen selbst sowie die Hilfestellung, die Jugendarbeit dabei leisten kann, diskutieren.

## Selbstverwaltung in belasteten Sozialräumen

Ausgangspunkt der Projektentwicklung im Bereich diversitätsorientierter Jugendarbeit im XENOS-Projekt «Offen für Vielfalt» waren Entwicklungen in der Jugendtreffszene, die sich auf veränderte Belastungen von Sozialräumen zurückführen lassen. Infolge waren die Fachkräfte des Verbandes zunehmend damit beschäftigt, Jugendtreffs vor Schließungen aufgrund zunehmender Konflikte bei abnehmender Engagementbereitschaft der Nutzer:innengruppen zu bewahren. Vor diesem Hintergrund wurde ein Projekt durchgeführt, das es ermöglichte, durch Sozialraumanalysen und der darauf aufbauenden Anpassung von Unterstützungspraktiken auf eine Stabilisierung der Treffangebote hinzuwirken und methodische Ansätze für eine diversitätsbewusste Praxis zu entwickeln. Gerahmt wurde die Projektarbeit durch die generelle Annahme einer zunehmenden gesellschaftlichen Heterogenität mit sozialräumlichen Segregationsphänomenen. Dabei



Juz Geislautern

wurde bei der Zielgruppenbeschreibung eine Sicht bevorzugt, die eine Etikettierung und damit verbundene (Selbst-) Stigmatisierung unterläuft und materielle Verhältnisse als Diskriminierungsursachen in den Vordergrund rückt.

Bei den Sozialraumanalysen und den Befragungen der Nutzer:innengruppen wurde in den Sozialräumen, in denen die Selbstverwaltung der Treffs bereits prekär war, kenntlich, wie negativ sich diese Sozialräume veränderten und welchen Einfluss dies auf die Nutzer:innengruppen der Einrichtungen hat. Diese ließen sich mehrheitlich sozialökonomisch benachteiligten Milieus zuordnen. Darauf aufbauend wurde eine Unterstützungspraxis entwickelt, die gezielter auch jene Jugendlichen empowert, die mit sozialem Engagement bisher nicht in Berührung kamen. Das Potential des Ansatzes zeigte sich einerseits in der aktivie-

renden Begleitung von Jugendgruppen, die sich mit ihren Aktivitäten im Gemeinwesen präsentierten. Dies ging mit Anerkennungs- und Stärkeerfahrungen einher. Andererseits konnten in den pädagogisch initiierten Settings, die für Jugendliche in prekären Lebenslagen Verantwortungsübernahme bei den Organisationsaufgaben in den Treffs vorsahen, enorme soziale Lernerfahrungen beobachtet werden.

Die Einrichtungen pendelten im Projektverlauf zwischen Phasen intensiver Aktivierung und Phasen eigenverantwortlicher Öffnung. Die Erfahrung von Selbstwirksamkeit durch gelingende Schritte der aktiven Beteiligung ermöglichte die Zunahme von Selbstvertrauen und eine deutliche Stärkung von Kompetenzen wie Dialogfähigkeit, Gemeinsinnorientierung, Konfliktlösungsfähigkeit, Teamfähigkeit gerade bei Jugendlichen, die in anderen Bildungsfeldern eher demütigende Erfahrungen des Scheiterns machen. Die selbstorganisierte Offene Jugendarbeit erwies sich für die beteiligten Jugendlichen als ein Feld, in dem enorme Aktivitätspotentiale geweckt werden können und zeigte, dass dies ein wichtiger gesellschaftlicher Bereich zur Erfahrung von Selbstwirksamkeit, Anerkennung und sozialem Lernen im Gruppenkontext für Jugendliche ist, die ansonsten eher negativ im öffentlichen Raum wahrgenommen werden.

Aus diesen Projekterfahrungen resultierten einerseits eine Erweiterung des Methodensets zur Förderung von Selbstorganisationspotentialen bei benachteiligten Jugendszenen und andererseits eine Ausdifferenzierung der Einrichtungsformen insgesamt. Wurde bisher unterschieden zwischen den gut integrierten Jugendtreffs in relativ homogenen ländlichen Gemeinden und den selbstverwalteten Jugend(kultur)zentren in den Kleinstädten mit heterogener Besucherstruktur, kam nun eine neue

Kategorie hinzu: Jugendtreffs in belasteten Sozialräumen, die dauerhaft einer intensiveren pädagogischen Begleitung bedürfen, wozu entsprechende Ressourcen von der öffentlichen Hand eingefordert und letztlich auch bewilligt wurden. Etabliert wurde damit auch ein Arbeitsfeld auf Verbandsebene, das deutliche Nähe zu eher «betreuenden» Arbeitsweisen im Feld der OJA zeigt, von denen man sich bisher abgrenzte. Die formale Organisationsstruktur dieser Einrichtungen ist zwar immer noch der eingetragene Verein, die Organisationsaufgaben werden aber durch Verbandsfachkräfte gewährleistet.

Diese Ausweitung des Aufgabenspektrums des Verbandes bis hin zu Tätigkeiten, die man der Jugendsozialarbeit zuordnet, korrespondiert mit grundsätzlichen Verschiebungen innerhalb der OJA insgesamt. Vor dem Hintergrund fortschreitender sozialer Spaltungstendenzen und dem steigenden Risiko, von Armut bzw. sozialer Exklusion betroffen zu sein, kommt der Jugendarbeit seit Jahrzehnten eine zunehmende Aufgabenzuschreibung zur Absicherung notwendiger Lebensbewältigungsstrategien der Jugendlichen zu. Das Dilemma, zwischen diesen Zuschreibungen und der Kernidee der Selbstorganisation von Jugendinteressen umgehen zu müssen, wurde mit dem Projekt Spannungsgeladener und die Herausforderung, dies reflexiv zu bearbeiten, deutlich anspruchsvoller.

Das Projekt brachte aber auch noch weitere Verschiebungen innerhalb der Jugendtreffszenen zum Vorschein. Die Auswertung der Entwicklungen der einzelnen Jugendzentren und Jugendtreffs bezüglich der Selbstorganisationspotentialen ließ zudem darauf schließen, dass die veränderten Bedingungen des Aufwachsens (verdichtete Freizeit, gesellschaftliche Polarisierung, Mediatisierung, Demografie) eine Herausforderung für die Weiterentwicklung einer

auf dem sozialen Engagement von Jugendlichen basierenden Infrastruktur offener Jugendarbeit insgesamt darstellen. Die genannten Veränderungen beeinflussen das soziale Engagement Jugendlicher zunächst negativ und sind Hintergrund der gestiegenen Unterstützungsanforderungen der Treffs. Bestätigt wurde diese Wahrnehmung mit dem Erscheinen des 15. Kinder- und Jugendberichts, der genau diese Phänomene als markanteste Veränderung der Jugendphase herausarbeitet. Mit dem Titel «Jugend ermöglichen» wird in den Vordergrund gerückt, dass Jugendliche zunehmend unter Druck geraten angesichts verdichteter Phasen in Bildungsinstitutionen und dem kontinuierlichen Zwang zur Selbstoptimierung. Gefordert werden verstärkt Freiräume gegen den Optimierungs- und Verwertungsdruck, Freiräume, wie sie die selbstverwalteten Treffs in prototypischer Form darstellen. Als deren Interessenvertretung konnte der Dachverband zeigen, dass gesellschaftliche Veränderungen, die das soziale Engagement von Jugendlichen negativ beeinflussen, durch eine sich weiterentwickelnde Fach-

praxis aufgefangen werden können. Durch die Projektarbeit konnte in dieser Phase die Jugendtreffszene stabilisiert werden. In anderen Regionen, in denen eine solche parteiische Unterstützungsstruktur fehlt, erscheint es wahrscheinlich, dass viele Einrichtungen einfach aus der Landkarte selbstorganisierter offener Jugendarbeit verschwinden.

## Demokratie lernen durch Selbstorganisation

Eine weitere Dynamisierung der Verbandsaktivitäten erfolgte durch das Bundesprogramm «Demokratie leben!», das uns in einem Modellprojekt erlaubte, die selbstverwalteten Treffs als ideale Orte der Demokratiebildung herauszustellen. Der Ausgangspunkt der Projektidee lag in der Annahme, dass die selbstorganisierte offene Jugendarbeit als idealtypischer Ort der Demokratiebildung ausgewiesen werden kann, da hier zentrale Prinzipien demokratischer Organisation praktiziert werden. In selbstverwalteten Jugendzentren und Ju-



Alltag im Juz St. Ingbert

gendtreffs können junge Menschen in der zentralen Phase ihrer Identitätsentwicklung Erfahrungen von Wirkmächtigkeit in einem demokratisch verfassten, gemeinschaftlich organisierten Erfahrungsraum machen, der zudem im kommunalpolitischen Feld als Jugend-Interessenvertretung mit Politik interagiert. Damit werden Muster kommunaler demokratischer Verfasstheit mit den Alltagsbezügen Jugendlicher verknüpft und damit ein Transfer zwischen Engagementerfahrungen und Politikfeldlogik ermöglicht.

Aufbauend auf dieser Identifizierung von selbstorganisierten Jugendeinrichtungen als Lernorte demokratischer Orientierungen wurden die konkreten Projektzielsetzungen und Projektmaßnahmen entwickelt. Erstens wurden die Einrichtungen systematisch hinsichtlich ihrer demokratiebildenden Potenziale erforscht und dabei die Gelingensfaktoren ebenso wie die hemmenden Faktoren für das demokratische Engagement Jugendlicher herausgearbeitet. Zweitens wurden die Zugänge und Zugangsbarrieren zu den Bildungsressourcen der Treffs untersucht und mit der Erarbeitung von Bildungsmodulen, die auf die Stärkung demokratischer Binnenstrukturen abzielen, die demokratischen Bildungspotentiale gestärkt. Und drittens wurde auch darauf hingearbeitet, dass die Einrichtungsform Selbstverwalteter Jugendtreff als zentraler Ort der Aktivierung demokratischen Engagements im (fach-)öffentlichen Raum stärker anerkannt und unterstützt wird und eine stärkere Verbreitung findet.

Zu Beginn der Projektlaufzeit 2015 kam spontan ein weiterer Projektbaustein hinzu. Mit dem Zuzug junger Geflüchteter auch in die ländlichen Regionen des Landes wurde das Konzept der «Internationalen Treffs» entwickelt. Im Projektverlauf waren insgesamt 13 selbstverwaltete Jugendclubs und -zentren in diesem Feld aktiv, die entweder

punktuell oder kontinuierlich in Kooperation mit dem Verband Angebote für junge Geflüchtete organisierten. Dabei zeigte sich, dass die konzeptionellen Grundlagen selbstverwalteter Treffs – Offenheit, Freiwilligkeit, Selbstorganisation, Empowerment – ideale Strukturvoraussetzungen für ein inklusives Miteinander gewähren.

Die Projektarbeit im Bereich der Internationalen Treffs wurde in dieser Zeitschrift (2/2016) und die Arbeit im Bereich der Demokratiebildung im Heft 1/2018 bereits ausführlich vorgestellt und soll hier nicht weiter ausgeführt werden. Nur so viel: Die Projektauswertung im Bereich der Demokratiebildung konnte insbesondere durch die Auswertung von Interviews mit (ehemals) Aktiven die ganze Bandbreite des demokratischen Erfahrungsraums Jugendtreff zum Vorschein bringen und in der retrospektiven Sicht zeigte sich auch die Biografie-Relevanz des Engagements.

In der Projektauswertung zeigten sich auch die Besonderheiten des Bildungsortes. Die Strukturlogik eines selbstverwalteten Jugendtreffs erzwingt: Organisiere dich selbst in gleichberechtigter Gemeinschaft mit Anderen! Diese Herausforderungen der Struktur bewirken durch ihren offenen Charakter ohne (Erwachsenen-) Vorgaben eine Dynamik der Selbstermächtigung in der Interaktion mit Anderen. Vom ersten Schritt des Engagements, zum Beispiel der Beteiligung am Putzdienst, bis zu der Organisation eines Konzertes wird Selbstwirksamkeit in einem sich steigernden Erfahrungssetting erlebt. Solidarische Vernetzung in der Gruppe und gleichberechtigte Interessensaushandlung sind dabei die Voraussetzung. In diesen Prozessen werden Verhaltensmuster erlernt, die als demokratische Kompetenzen gedeutet werden können, insbesondere, wenn der Jugendtreff als Interessenvertretung mit der kommunalen Politik interagiert.

Erfahrungen der Selbstwirksamkeit, erfolgreicher Interessenaushandlung und politischer Handlungsmacht sind folglich in der Phase des Engagements im Jugendclub besonders nachhaltig und prägend für das Selbstbild als politische Bürger:innen im Erwachsenenalter: «Wenn es um Politik geht, ist ein Jugendzentrum auch ein Ort, wo einen aufwecken kann, für ganz viele Dinge, die es da noch so gibt. Das JUZ war wesentlicher Bestandteil meiner Politisierung. Dieses Wachrütteln und einfach das Interesse wecken für politische Belange und gesellschaftliche Entwicklungen. Wir machen ja nun auch Politik als Jugendzentrum, wir stehen ja im Ort ein für junge Menschen. Und den Blick dann darüber hinaus zu richten, der Schritt ist nicht weit. Für mich war das ein ganz wesentlicher Faktor, der dazu geführt hat, mich auch politisch zu bilden und meine politische Einstellung herauskristalisieren konnte, was so meine Ansichten sind, wie sich Gesellschaft entwickeln kann und sollte», so Paul (22) über sein Engagement im Jugendzentrum.

Diese Beschreibung zieht sich durch fast alle Interviews. Es zeigt sich: Aus dem Engagement im Jugendtreff kommt man nicht unbeschadet heraus. Heraus kommen politische Subjekte, die sich selbstbewusst in das politische Geschehen einbringen. Damit sind die selbstverwalteten Treffs Orte der Demokratiebildung, die für sich eine gewisse Exklusivität beanspruchen können.

Diese Projektergebnisse finden Eingang in eine ohnehin intensivere Debatte über die Offene Jugendarbeit und ihren Beitrag zur Demokratiebildung. Für die Fachkräfte ist dieser Beitrag evident, in der Jugendpolitik scheint er dagegen noch nicht richtig angekommen. Dabei ist angesichts der politischen Verwerfungen naheliegend, dass eine demokratische Gesellschaft die Bildungsorte konkret ausweist und vorhält, in denen De-

mokratielernen stattfinden kann. Und da Schule aufgrund struktureller Machthierarchien und Familie aufgrund des intergenerationalen Machtgefälles Demokratiebildung eher nicht ermöglichen, stellt dies ein Alleinstellungsmerkmal der Jugendarbeit dar. Deren Strukturcharakteristika sind einfach zwingende Voraussetzung für politisches Lernen.

Diese Projekterkenntnisse galt es nun in die (Fach-)Öffentlichkeit zu kommunizieren. Mit einer Präsentation im Koffer reisten wir durch die Republik, präsentierten unsere Ergebnisse auf Fachveranstaltungen und Runden Tischen. Insbesondere unsere Mitarbeit in den bundesweiten Netzwerkstrukturen wie der Bundesarbeitsgemeinschaft offene Kinder- und Jugendarbeit (BAG OKJE) und dem Kooperationsverbund ermöglichte, uns in den Fachdiskursen zunächst überhaupt einmal sichtbar zu machen. Bisher ist das Thema der Selbstverwaltung in der Offenen Jugendarbeit kaum präsent. Umso mehr konnten wir als Projekterfolg verbuchen, dass wir für einen Beitrag im Handbuch Offene Jugendarbeit angefragt wurden. Dies erforderte auch einen Blick über den Teller- rand des Saarlandes hinaus und wir konnten feststellen, dass die selbstverwalteten Treffs zwar nicht im Fachdiskurs, in der Realität aber in etlichen Regionen durchaus zum Kernbestand der Jugendarbeit zählen. Ein weiteres Highlight wurde uns durch die AGJ gewährt. Unsere Einreichung der Projektergebnisse wurde mit dem Jugendhilfepreis bedacht.

Insgesamt erwies sich für den Verband die Projektarbeit im Bereich der Demokratiebildung als äußerst fruchtbar und mit dem Rückenwind durch die Bescheinigung, zentrale Orte der Demokratiebildung zu repräsentieren, wurden weitere Verhandlungen mit öffentlichen Stellen zur Verstetigung der Projektarbeit geführt.

Doch dieser Höhenflug wurde durch die Pandemie abrupt gestoppt. Die Versuche mit digitalen Formaten zeigten nur begrenzte Wirkung. Zwar konnte mehrheitlich der Kontakt zu den aktiven Vorstandsteams gehalten werden, aber gerade die Einrichtungen, bei denen ein Generationswechsel anstand, bedürfen in der anstehenden Öffnungsphase einer intensiveren Begleitung und Reaktivierung.

Wie die Jugendlichen diese Phase erleben, brachte eine Online-Befragung Anfang März 2021 zum Vorschein, die auch uns konkret vor Augen führte, wie Jugendliche unter den pandemiebedingten Einschränkungen leiden. Innerhalb einer Woche beteiligten sich 170 Jugendliche an der Umfrage, die ein erschreckendes Bild der Lebenssituation Jugendlicher zeichnet. Zitate aus der Befragung: „Ich bin dank den Corona Maßnahmen von meinen Freunden als auch von meiner Familie isoliert. Mein einziger sozialer Kontakt ist mein Hund“. „Ich fühle mich sozial isoliert und einsam, da mir der Kontakt mit mehreren Freunden verboten ist.“ „Jeder Tag fühlt sich ähnlich bis gleich an“. „Mir geht es schlecht. Ich fühle mich leer und absolut nicht mehr glücklich. Hab schon lange nicht mehr gelacht.“ Die Befragung unterstreicht damit in erschütternder Weise, was wissenschaftliche Studien über die prekäre Lebenssituation von Jugendlichen herausfanden, nach der ein Drittel der Jugendlichen mittlerweile psychische Auffälligkeiten zeigt. Zukunftsängste und Depressionen nehmen aufgrund der Restriktionen ein beängstigendes Ausmaß an.

Wie die Jugendlichen diese Phase des Stillstands und der sozialen Isolation weiter verarbeiten, scheint ziemlich offen. Aus den Vorstandsteams kommen sowohl Signale, dass alle in den Startlöchern für den Aufbruch stehen, in manchen Einrichtungen herrscht aber einfach auch Funkstille. Es

scheint entscheidend, in welcher Phase der für die Selbstverwaltung typischen Verlaufszyklen zwischen den Generationenübergängen das Jugendzentrum oder der Jugendtreff von der Pandemie getroffen wurde. Bereits eingespielte Teams auf der Höhe ihres Engagements werden die Krise deutlich besser verkraften, als solche Standorte, an denen eine ganz frische Clique in ihren Aneignungs- und Rollenfindungsprozessen gestört wurde oder eine ältere Gruppe in den letzten eineinhalb Jahren ihre Nachfolge hätte klären müssen.

## Und wie weiter?

Aktuell ist nach zehn Jahren die Eigenständige Jugendpolitik im Saarland angekommen und der Landtag des Saarlandes hat zu einer Anhörung eingeladen. Ein Novum in der Jugendpolitik des Landes! Auch die Milliardenhilfe im sogenannten «Aufholprogramm» der Bundesfamilienministerin, die die Leiden der Jugendlichen nach über einem Jahr Restriktionen abmildern sollen, signalisieren zumindest die Einsicht in die Bedürfnisse einer Bevölkerungsgruppe, die in der Krise besonders gelitten hat. Und auch das Umweltministerium des Landes signalisiert verstärkte Investitionen in die Jugendinfrastruktur im ländlichen Raum. Die Zeiten riechen also nach Aufbruch, aber noch sind die nachhaltigen Folgen der Pandemie nicht sicher abzuschätzen – weder auf der individuellen, entwicklungspsychologischen Ebene der Nutzer:innen, noch auf einer szenuebergreifenden infrastrukturellen Ebene.

In einer pessimistischen Version bleibt zu befürchten, dass Potentiale des ehrenamtlichen Engagements in der Selbstverwaltung verloren gegangen sind und die Zentren wie auch die Jugendkulturszene diese Zäsur noch lange beschäftigen wird. Eine optimistischere Version hofft auf einen neuen Stel-



lenwert und eine generelle Aufwertung sozialen Miteinanders, kollektiver Betätigung und eine neue Lust an aktiver gemeinsamer Freizeitgestaltung.

Für den Verband war das vergangene Jahrzehnt, auch bedingt durch die dargestellte Modellprojektarbeit, ein weiteres Jahrzehnt der Professionalisierung. Das Team ist gerade in diesem Jahrzehnt stark angewachsen und der Verband hat sein Profil als Fachorganisation deutlich stärken können. Dies geht zulasten der Ehrenamtsstruktur im Verbandsvorstand, ist eingebettet in die Widersprüchlichkeiten der Professionalisierung und erfordert eine vertiefte Reflexion, die hier nur angedeutet werden kann. Dem generellen Spannungsverhältnis, in dem sich Jugendarbeit zwischen dem Auftrag zur Sozialintegration der Jugend einerseits und der Anwaltschaft für den Eigensinn von Jugend andererseits bewegt, kann man nicht entgehen. Bereits auf der Mikroebene der Unterstützungspraxis wird dieses Spannungsfeld offensichtlich. Die Fachkräfte werden von der kommunalen Politik als Garanten eines «geregelten» Betriebes der Einrichtungen wahrgenommen und eben dafür finanziell gefördert. In diesem Spielfeld haben die fachlichen Argumente für das Recht auf eigensinnige, unangepasste Verhaltensweisen Jugendlicher wenig Gewicht. Die Dominanz ordnungspolitischer Vorstellungen ist evident, da kann auch die UN-Kinderrechtskonvention (die auf dieser Ebene kaum jemand kennt) nichts ändern. Gefordert wird seit längerer Zeit eine Repolitisierung der Jugendarbeit, um in der politischen Gemengelage die fachliche Sicht effektiver zur Geltung bringen zu können. Dem ist nur zuzustimmen. Ein Element sind dabei solidarische Fachnetzwerke, wie sie auf Bundesebene entstehen und auf lokaler Ebene oft fehlen. Die Stärke zum Durchhalten kann nur in einem Empowern der eigenen

Fachlichkeit gelingen. Dazu braucht es auch die Anregung, bei der Praxisreflexion den Kopf immer mal wieder über den eigenen Praxistopf hinaus in das «Reich der Freiheit» zu stecken. Dabei kann auch ein Rückblick in die Anfänge der Jugendzentrumsbewegung nützlich sein.

Der Verband hat eine fast fünfzigjährige Geschichte des Ringens um Freiräume für Jugendliche hinter sich. Seither wirkt man dahin, dass verstanden wird, wie zentral die Bereitstellung von Räumen, die nur den jugendlichen Interessen vorbehalten sind, zur Bewältigung der Entwicklungsaufgaben des Jugendalters ist. Gefordert wird, die Dialektik von Freiräumen zu akzeptieren, die darin besteht, dass sie die Wucht, mit der sie als Experimentier-, Aneignungs- und Entwicklungsräume im Identitätsbildungsprozess fungieren können, daraus beziehen, dass sie eben nicht von außen reglementiert, verregelt und vordefiniert sind oder von Fachkräften belagert, die wohlwollend das «Phineo» Wirkungsmanagement durchbuchstabieren wollen. Wie ein solcher Freiraum beim ersten Mal wahrgenommen werden kann, hat in der letzten Ausgabe der Hamburger Fachzeitschrift «Forum» die ehemalige Besucherin des zu Beginn erwähnten AJZ Homburg, KENDRA WILLIAMS, beschrieben: «Es roch nach abgestandenem Bier, kaltem Rauch und Kellermief. Für mich duftete es nach Freiheit ... Was ich jedoch noch heute gut nachfühlen kann, war meine Überraschung: Die Tatsache, dass ein komplettes Haus, egal wie marode es auch war, alleine uns Jugendlichen zur Verfügung stehen sollte – und zwar ohne jegliches Einmischen der Erwachsenen. Ich konnte mein Glück kaum fassen! Hier galten die Regeln der normalen Welt nicht. In diesem Haus wohnte die Unkonventionalität, und ich durfte mit einziehen!»

So sollten sich die Räume der Jugend (-arbeit) anfühlen.

## Ein-Blick nach Sachsen: Jugend ermöglichen – Jugendgerecht(er) werden! Entwicklungen der Offenen Jugendarbeit in Sachsen – von Aufbrüchen und Verwerfungen

Dem Rückblick auf die Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit in Sachsen innerhalb der letzten Dekade muss ein kurzer Ausflug in die Historie seit Beginn der 1990er Jahre vorangestellt werden: Mit Inkrafttreten des Kinder- und Jugendhilfegesetzes bereits am 3.10.1990 in den sogenannten neuen Bundesländern begann eine rasante Aufbau- und Entwicklungsphase. Die Herausbildung von Strukturen und Angeboten erfolgte vornehmlich parallel. Sowohl Landes- und Jugendämter als auch freie Träger entwickelten sich zeitgleich nach den Maßgaben dieses neuen Gesetzes und bildeten eine – aus heutiger Sicht selbstverständliche – Jugendhilfelandchaft aus. Hier wurden gleichermaßen enorme Entwicklungsleistungen umgesetzt, die das KJHG mit Leben füllten.

Freie Träger entstanden zumeist in der Rechtsform als eingetragene Vereine. Neben viel Enthusiasmus und Aufbauwillen wurden, zunächst im Ehrenamt beginnend, dann auch sukzessive hauptamtliche Strukturen geschaffen. Insbesondere das AFT-Programm „Aufbau freier Träger“ in den 1990er Jahren trug dazu bei, dass eine recht bunte Trägervielfalt entstehen konnte. Der Bund unterstütz-

te so mit fünfzig Millionen D-Mark im Jahr 1992 den Aufbau von Jugendarbeit auf der Grundlage des Einigungsvertrags vom 15. Juni 1990, wonach gemäß Artikel 32 der „Auf- und Ausbau einer freien Wohlfahrtspflege und einer freien Jugendhilfe in ... FNL + Berlin Ost ... im Rahmen der grundgesetzlichen Zuständigkeiten“<sup>1</sup> erfolgen sollte.

Im Handlungsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) waren es zumeist (Jugend-)Initiativen und nachbarschaftliche Zusammenschlüsse, die Angebote und Orte Offener Kinder- und Jugendarbeit und Einrichtungen aufbauten. Manche gründeten sich bereits 1990 als Vereine oder in den Folgejahren und wurden zu freien Trägern der Jugendhilfe. Dazu wurden leerstehende Häuser, Fabriketagen oder Geschäftsräume mit ganz unterschiedlicher Eignung umgebaut. Kommunen funktionierten ehemalige DDR-Betriebsjugendclubs oder Pionierhäuser für die Kinder- und Jugendarbeit um. Erst später wechselten in manchen Städten bzw. Landkreisen solche bestehenden Einrichtungen im Verlauf der Jahre die Trägerschaft; des Öfteren übernahmen freie Träger ehemals kommunale Jugendeinrich-



tungen. In manchen Kommunen wurden in den 2000er Jahren öffentliche Jugendeinrichtungen ausgeschrieben für den Weiterbetrieb in freier Trägerschaft.

Das Personal bestand in großen Teilen zunächst aus Beschäftigten über den 2. Arbeitsmarkt (dazu zählten ABMs, SAM-Maßnahmen gemäß dem Landesprogramm Sozialer Arbeitsmarkt, §249h-Maßnahmen nach dem Arbeitsförderungs-gesetz usw.). Über Projektfördermittel wurden zudem nach und nach hauptamtliche Personalstellen geschaffen. Allerdings nicht in gleicher Anzahl, so dass die Teams der Einrichtungen mit dem Auslaufen der über den 2. Arbeitsmarkt realisierten Fördermaßnahmen einschrumpften. Zumeist werden heutige hauptamtlich verantwortete Kinder- und Jugendeinrichtungen von zwei- bis dreiköpfigen Kleinstteams (oft auch in Teilzeitbeschäftigung bei zumeist nicht mehr als 2,0 VzÄo.E.) oder lediglich mit einer Personalstelle untersetzt.

Die Stelleninhaber\*innen waren in den Anfangsjahren Quereinsteiger\*innen aus artfremden Berufen, die über berufsbegleitende Qualifizierungen und neuartige Studiengänge, die an einigen Fach-, Hochschulen und Universitäten im Freistaat auch für Praktiker\*innen angeboten wurden, den Abschluss als Fachkraft für Soziale Arbeit oder Diplom-Sozialpädagoge/Sozialarbeiterin erwarben. Beispielhaft wurde in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Görlitz und der AGJF Sachsen ein berufsbegleitendes Curriculum für den Studiengang Soziale Arbeit<sup>2</sup> ab 1993 entwickelt und umgesetzt. Auch heute werden noch berufsbegleitende Studiengänge an mehreren Hochschulen in Sachsen vorgehalten, die von Studierwilligen sehr rege nachgefragt werden.

In recht kurzer Zeit wurden so Trägerstrukturen aufgebaut, Leistungen und Angebote herausgebildet und ein immenser Pro-

fessionalisierungsschub im Arbeitsbereich geleistet, der bis heute anhält.

Die benannten Schlaglichter zeugen von einer enormen Aufbauarbeit beginnend in den 1990er Jahren, die sich bis etwa 2006 recht gut entwickelte. Dennoch waren zu diesem Zeitpunkt nicht alle Baustellen beseitigt. Die Personaldecke war recht dünn, die Förderung erfolgte jährlich, was Unsicherheiten bei den Trägern und befristete Arbeitsverhältnisse bei den Beschäftigten zur Folge hatte; Stellenbesetzungen waren daher fluide. Die in das Arbeitsfeld hineinragenden Beschäftigungsprogramme über den 2. Arbeitsmarkt liefen nach und nach aus.

Angebote und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit waren nicht überall gleichermaßen vorhanden und ausgestattet, die Förderung unterlag auch früher schon dem Haushaltsvorbehalt und wurde als Projektfinanzierung in den Förderrichtlinien der Kommunen verankert. Die Fehlinterpretation, dass es sich bei diesen nach SGB VIII um sog. „freiwilligen Leistungen“ handle, existierte bereits damals. Zudem waren die damals publizierten demographischen Prognosen zur hochgradig schwindenden Anzahl junger Menschen in Kommunen und Landkreisen Begründungslinie für so manche Kürzungsmaßnahme.

Auch der Freistaat förderte die überörtlichen freien Träger gemäß §§11–14 SGB VIII mit Ausnahme einiger weniger Jahre, wo dies auf der Grundlage von Zuwendungsverträgen erfolgte, bis heute projektfinanziert; zumeist mit jährlichen, maximal zweijährigen Zuwendungsbescheiden, angelehnt an die Doppelhaushalte.

So kann es nicht verwundern, dass das Arbeitsfeld – wie auch andere Leistungen nach §§11–14 SGB VIII - auch vor zehn Jahren (um 2010/2011) noch nicht in die Fläche hin gleichermaßen entwickelt war. Zu diesem Zeitpunkt erfuhren jedoch – verursacht durch

eine massive Kürzung der Landesmittel im damaligen Doppelhaushalt – die Kinder- und Jugendarbeit und damit auch die Offenen Angebote nach §11 SGB VIII vor Ort gravierende Einschnitte in der Fläche, die bis heute nachwirken.

## **Zur Spezifik der rechtlichen, finanziellen und personellen Rahmenbedingungen in Sachsen**

Natürlich gilt in Sachsen das SGB VIII wie in den anderen Bundesländern auch. Gemäß §15 Landesrechtsvorbehalt<sup>3</sup> regelt Näheres das Landesrecht. Die entwickelten Strukturen der Jugendhilfe sind in einem Sächsischen Landesjugendhilfegesetz<sup>4</sup>, das zuletzt 2008 neugefasst wurde, geregelt. In Sachsen sind zwei Oberste Landesjugendbehörden zuständig: „Das Staatsministerium für Kultus ist zuständig für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege nach § 1 Abs. 1 Sächs-KitaG, das Staatsministerium für Soziales ist zuständig in allen übrigen Angelegenheiten der Kinder- und Jugendhilfe.“<sup>5</sup> Das Landesjugendamt gehört zum Sozialministeriums, „Abteilung 4 Jugend, Familie und Teilhabe“<sup>6</sup>, jedoch führt „Jede oberste Landesjugendbehörde ... im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Fachaufsicht über das Landesjugendamt.“<sup>7</sup> Das Landesjugendamt besteht aus der Verwaltung und dem Landesjugendhilfeausschuss.<sup>8</sup> Das Landesjugendamt nimmt die Aufgaben des Überörtlichen öffentlichen Trägers, des Freistaat Sachsen wahr, und ist somit verantwortlich für die Erfüllung des §85 SGB VIII. Der Kommunale Sozialverband Sachsen (KSV) ist zuständig für den Vollzug von Richtlinien der obersten Landesjugendbehörden nach §§82 und von Richtlinien des Bundes zur Förderung im Bereich der internationalen Jugendarbeit nach §83 SGB VIII.<sup>9</sup>

§§20/21 des Landesjugendhilfegesetzes regeln die Umsetzung der Jugendhilfeplanung:

„Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe und das Landesjugendamt haben im Rahmen ihrer Planungsverantwortung nach §§ 79, 80 SGB VIII den Bestand an Einrichtungen und Diensten festzustellen und den Bedarf unter Berücksichtigung der Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen und der Personensorgeberechtigten und unter Beachtung der Anforderung des Landesentwicklungsplanes ... zu ermitteln.“<sup>10</sup> Die Bedarfe junger Menschen werden im Rahmen der Jugendhilfeplanungen in den 13 Gebietskörperschaften Sachsens regelmäßig und mehr oder minder intensiv von Beteiligungsprozessen flankiert identifiziert und entsprechend in Maßnahme- oder Teilfachplänen fortgeschrieben, die insbesondere die Leistungsangebote nach §§11-14 und ggf. auch §16 SGB VIII enthalten.

Auf Landesebene sind drei einschlägige Förderinstrumente zu benennen, die die Ausgestaltung der Kinder- und Jugendhilfe im Freistaat Sachsen in den Handlungsfeldern nach §§11-14 SGB VIII beeinflussen: So regelt die Förderrichtlinie Überörtlicher Bedarf die Grundlegenden und Bildungsleistungen im Rahmen einer anteiligen Projektfinanzierung. Zu den Bildungsleistungen gehören solche für Mitarbeiter\*innen und Multiplikator\*innen sowie die Außerschulische Jugendbildung. Diese richten sich fachlich-inhaltlich an der Überörtlichen Jugendhilfeplanung mit ihren Bildungszielen und Arbeitsschwerpunkten aus. Zudem werden die Internationale Jugendarbeit und internationale Projekte mit Fachkräften der Jugendhilfe gefördert. Antragsberechtigt sind überörtliche freie Träger der Jugendhilfe, wie die AGJF Sachsen, „die durch rechtlich selbstständige Mitgliedsstrukturen oder Untergliederungen mit eigenem Organisationsstatut untersetzt und auf Landesebene tätig sind.“<sup>11</sup>

Die Förderrichtlinie Weiterentwicklung setzt Impulse für fachliche und jugendpo-

litische Weiterentwicklungen in Form von überörtlichen (Modell-)Projekten, die in die Landkreise und kreisfreien Städte strahlen. Ebenso werden darüber praxisbezogene Forschungsvorhaben und Vorhaben mit regionalem Bezug und zu bestimmten thematischen Schwerpunkten gefördert. Antragsberechtigt als „Zuwendungsempfänger sind anerkannte Träger der freien Jugendhilfe und örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe“<sup>12</sup> auf der Grundlage von Kooperationsvereinbarungen mit dem Landesjugendamt bzw. im Rahmen von „Auswahlverfahren des Landesjugendamtes nach den vom Landesjugendhilfeausschuss verabschiedeten Grundsätzen“.<sup>13</sup>

Die Umsetzung von Kinder- und Jugendarbeit vor Ort wird von Landesseite durch die sog. Förderrichtlinie Jugendpauschale unterstützt, deren Ausreichung an die Jugendämter der 13 Gebietskörperschaften erfolgt. Die Jugendpauschale ist eine Pro-Kopf-Pauschale für U-27-Jährige: „Die jeweilige Höhe der Zuwendung errechnet sich aus einer Grundpauschale multipliziert mit der Zahl der am 31. Dezember des Vorjahres der Antragstellung in der antragstellenden Kommune wohnenden jungen Menschen.“<sup>14</sup> Daraus werden „Zuwendungen ... gewährt für Angebote und Leistungen der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit, des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes, der Jugendgerichtshilfe sowie für Familienbildung und familienunterstützende Beratung, soweit sie in der Planungsverantwortung des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe liegen.“<sup>15</sup> Diese sog. Grundpauschale wurde jedoch nicht bedarfsorientiert pro Kopf ermittelt; vielmehr ist sie in ihrer Höhe ein mit politischem Willen in den Haushaltsverhandlungen erzeugter Festbetrag. Mit der Jugendpauschale unterstützt der Freistaat gemäß Förderrichtlinie „die örtlichen

Träger der öffentlichen Jugendhilfe bei der Stabilisierung und dem bedarfsgerechten Ausbau örtlicher Angebote der Jugendhilfe. Damit sollen die kommunale Verantwortung für Leistungen der Jugendhilfe gestärkt, die örtliche Jugendhilfeplanung unterstützt und insbesondere präventive Angebote der Jugendhilfe, die die Selbsthilfepotentiale von jungen Menschen und Familien aktivieren und die unterschiedlichen Lebenslagen, Interessen und Bedürfnisse ... angemessen berücksichtigen, gefördert werden.“<sup>16</sup> Dazu müssen die Landkreise und kreisfreien Städte mindestens Mittel in gleicher Höhe aus der eigenen Kasse einbringen, um die Landesmittel adäquat zu erhalten. In verschiedenen Gebietskörperschaften ist dieser Eigenanteil bei weitem deutlich höher als der vom Freistaat mitfinanzierte Anteil der Jugendpauschale. Davon ungeachtet ist jedoch eine etwaige Landeskürzung immer auch eine Einladung, die Mittel für die Arbeitsbereiche auch auf örtlicher Ebene zu prüfen, ggf. abzusenken oder sie müssen entsprechend kommunal mit entsprechenden Mehrkosten geschultert werden.

In den Jahren 2010/2011 wurde, einhergehend mit massiven Kürzungen im sozialen Bereich durch die damalige Landesregierung, auch die sog. Jugendpauschale von 14,30 Euro mit einem Schlag im laufenden Jahr auf 10,40 Euro pro Kopf abgesenkt. Zwar wurde nach massiven Protesten und mit einigen Jahren Verzögerung wieder eine moderate Anhebung beschlossen. Die aktuelle Förderung liegt seit 2015 nun bei eingefrorenen 12,40 Euro/pro Kopf und stagniert entsprechend. Die Höhe blieb auch für die Jahre 2019/2020<sup>17</sup> unverändert und liegt damit immer noch deutlich hinter der Förderung von vor dem Jahr 2010. Dies war immer wieder auch Gegenstand von Positionierungen und Forderungen nach einer deutlichen Anhebung der Pauschale. Denn ebenso wie

andernorts wurden in den zurückliegenden Jahren die Anforderungen und Aufgabenstellungen auch für die Leistungsbereiche nach §§11-14 SGB VIII immer umfangreicher.

Der Landesverband AGJF Sachsen hatte dazu bereits formuliert: „Entsprechend muss die Förderung durch die Landesrichtlinie FRL Jugendpauschale zunächst klar definiert sowie auskömmlicher und entsprechend dem zu erzielenden Leistungsumfang berechnet werden. Die Mittelvergabe und die fachlich-inhaltliche Verwendung müssen durch das Land stärker als bisher gesteuert werden... Die Jugendpauschale muss die grundständige Erbringung von lokal wirksamen Leistungsangeboten der Kinder- und Jugendarbeit in der Fläche ermöglichen, was mit einer Novellierung der Förderrichtlinie und der adäquaten Anhebung der Förderhöhe einhergehen muss.“<sup>18</sup>

Auch in den aktuellen Haushaltsverhandlungen 2021/22 ist die überfällige Anhebung der Jugendpauschale daher ein Thema und wird wohl nun auch greifbar(er), wenn der Doppelhaushalt Ende Mai 2021 beschlossen wird. Im aktuellen Koalitionsvertrag 2019–24 haben sich die Koalitionsparteien dahingehend positiv geäußert: „Wir bekennen uns zu einer starken Trägerlandschaft im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. Die Jugendpauschale entwickeln wir weiter und werden sie schrittweise erhöhen, insbesondere mit Blick auf die Strukturen im ländlichen Raum.“<sup>19</sup>

Nachdem vor zwei Jahren die Mittelbewirtschaftung zur Sächsischen Aufbaubank im Zuge der Umsetzung der Kommunalpauschalenverordnung<sup>20</sup> wechselte, minderte sich zudem die Einflussnahme und Steuerungsmöglichkeit auf Landesebene. Hier bedarf es aktuell einer Nachjustierung.

Die beschriebenen Entwicklungen machen deutlich, dass die Kinder- und Jugendarbeit in Sachsen mit einigen Herausforderungen

konfrontiert ist: Seitens des Landesjugendhilfeausschuss wurde daher eine Bestandaufnahme im Jahr 2018 initiiert und ein „Situationspapier §11 SGB VIII“ verabschiedet, dem eine Befragung der Jugendämter vorausging. Darin heißt es einerseits: „Mehr als 92 % der Jugendämter schätzen ein, dass das Handlungsfeld der Jugendarbeit für das Aufwachsen von jungen Menschen in den Landkreisen und kreisfreien Städten gegenwärtig einen wichtigen Auftrag hat. Damit wird deutlich, dass Jugendarbeit als Sozialisationsinstanz aus Sicht der öffentlichen Jugendhilfe auf der örtlichen Ebene als bedeutsam eingeschätzt wird.“<sup>21</sup>

Das Papier bekräftigt zudem die Aussagen des 15. Kinder- und Jugendbericht bezüglich der einzigartigen Charakteristik der Jugendarbeit: Ein originäres Alleinstellungsmerkmal der Kinder- und Jugendarbeit sei es, „[...] ihrem Selbstverständnis zufolge jungen Menschen vielfältige Möglichkeitsräume zur Qualifizierung, Selbstpositionierung und Verselbstständigung [zu eröffnen]. Ihre Stärke im institutionellen Gefüge des Aufwachsens liegt darin, dass sie in einer Pluralität von Trägern die Heterogenität von Jugend und damit die unterschiedlichen Lebensformen Jugendlicher berücksichtigen und durch Freiwilligkeit, Selbstorganisation und Partizipation neben der obligatorischen Schule wichtige zusätzliche Impulse setzen kann.“<sup>22</sup>

Gleichzeitig macht die vorliegende Statistik in Sachsen die Folgen der oben beschriebenen gravierenden Kürzungen der Landesmittel, aber auch die veränderten Priorisierungen, z. B. unter dem Eindruck des KiTa-Ausbaus und der HzE-Aufwüchse in den letzten Jahren, innerhalb der Leistungen der Jugendhilfe insgesamt deutlich. Im JHA-Papier heißt es: „Die Anzahl der Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit insgesamt ist nach Steigerungen zwischen

2002 und 2006 in den letzten zehn Jahren insgesamt rückläufig (von 1.500 auf 1.220). Im gleichen Zeitraum hat die Anzahl der tätigen Personen (Personen, nicht VzÄ) fast linear abgenommen (von 2.630 auf 2.080)<sup>23</sup>

Ein gleiches Bild zeigt sich mit Blick auf den Bereich der OKJA: Auch die „Anzahl der Jugendzentren, Jugendfreizeitheime und Häuser der offenen Tür mit hauptamtlichem Personal ist seit 2006 rückläufig (von 620 auf 430). Auch die Jugendräume/Jugendheime ohne hauptamtliches Personal sind in ihrer Anzahl zwischen 2006 und 2016 rückläufig (von 614 auf 550). Zuvor, in den Jahren 2002 bis 2006, hatte es einen Anstieg dieser Einrichtungform gegeben.“<sup>24</sup>

Weiter heißt es im Papier: „Die Anzahl der tätigen Personen in den ausgewählten Feldern hat sich zwischen 2002 und 2016 nahezu halbiert (von 2.158 auf 1.188). Der größte Anteil entfällt dabei auf Jugendzentren, Jugendfreizeitheime und Häuser der offenen Tür (von 1.848 auf 961).“<sup>25</sup>

Auch wenn demografische Veränderungen in Sachsen wirken und z. B. „die Anzahl der Menschen unter 20 Jahren ... zurückgegangen“ ist<sup>26</sup>, korrespondieren die beschriebenen rückläufigen Einrichtungs- und Personalzahlen damit nicht: „Der bevölkerungsbasierte Vergleichswert „tätige Personen je 10.000 der 6–21jährigen“ sank zwischen 2002 und 2014 von 32,97 auf 26,28 mit einem Maximalwert von 34,33 im Jahr 2010.“<sup>27</sup> Das heißt, dass jungen Menschen bis heute deutlich weniger Einrichtungen/Angebote und hauptamtliche Ansprechpersonen sowie selbstverwaltete Jugendräume nach §11 SGB VIII im Vergleich zu den Jahren vor 2010 (Zeitpunkt der benannten Landes Kürzung) zur Verfügung stehen. Insbesondere im ländlichen Raum sind im Vergleich zu den kreisfreien Städten „weiße Flecken“ in der Angebotsstruktur aufzufinden, wie u. a. auch die Landkreisporträts<sup>28</sup>

im Corax-Fachmagazin für die Kinder- und Jugendarbeit aufzeigten, die in 2016–2018 erstellt wurden und regional Einblick in die demografische und Einwohnerentwicklung geben und die Ausgaben der Kinder- und Jugendhilfe abbilden. Diese benennen u. a. auch die im Landkreis bzw. der kreisfreien Stadt jeweils vorgehaltenen Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, die dazugehörigen Personalstellen und die Herausforderungen vor Ort.

## **Kinder- und Jugendarbeit über- und regional vernetzt**

Innerhalb Sachsens besteht ein gewachsenes Netzwerk zwischen freien landesweit agierenden Trägern im „Forum Jugendarbeit“. Hier wirken Träger der Jugend-, Jugendverbands- und Jugendsozialarbeit sowie des Jugendschutzes zusammen. Neben kollegial-fachlichem Austausch und der Erbringung in den jeweiligen Zuständigkeiten von Bildungsleistungen für die Arbeitsbereiche §§11–14 SGB VIII, entstehen auch gemeinsame jugendpolitische Verlautbarungen. Kürzlich formulierten fünfzehn landesweite Träger gemeinsam ein Positionspapier, in dem sie Stellung zum vorliegenden Haushaltsentwurf nehmen und die Aufstockung der Jugendpauschale fordern.<sup>29</sup> Das Forum Jugendarbeit initiierte auch den Videoclip „Wozu braucht der Freistaat Sachsen Jugendarbeit?“<sup>30</sup>, der landesweit und regional Beachtung fand.

Zudem erfolgt bei fachlichen Gemeinsamkeiten auch der Schulterschluss zwischen zwei oder mehreren Trägern. Beispielhaft positionierten sich der Kinder- und Jugending Sachsen und die AGJF Sachsen aktuell mehrfach gemeinsam, als es um die Wiederöffnung von Jugend- und Jugendverbandsarbeit<sup>31</sup> ging und führten in der Vergangenheit auch Kooperationsvorhaben ge-

meinsam durch, so ein mehrjähriges Projekt zur Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes mit den Schwerpunkten Beteiligung, Beschwerde und Prävention.<sup>32</sup>

Gemeinsam positionierten sich die Träger Sächsische Landjugend e. V., LAK Mobile Jugendarbeit Sachsen e. V., Kulturbüro Sachsen e. V. und AGJF Sachsen in 2017 und erneut in 2021 mit der Veröffentlichung der „Policy Paper“<sup>33</sup>. Im kürzlich veröffentlichten Papier wird benannt: „Jugendarbeit ist wichtiger Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft. Sie kann in Teilen die Auswirkungen der Pandemie auf junge Menschen bearbeiten und diese darin begleiten. Dieses Policy Paper rückt junge Menschen in den Blick, die allein gelassen werden und denen illiberale/ undemokratische Angebote gemacht werden. Wir rufen Praktiker:innen der Jugendarbeit und Verantwortungsträger:innen auf, mit uns gemeinsam demokratische Räume zu stärken und humanistische Antworten zu geben.“<sup>34</sup>

Ebenso ist die Kinder- und Jugendarbeit regional in Facharbeitskreisen und Arbeitsgruppen nach §11 SGB VIII vernetzt. Aus diesen heraus sind beispielsweise örtliche Fachstandards für die Jugendarbeit entwickelt wurden. Zudem beteiligten sich die Akteure auch an der überörtlichen Vernetzung in Arbeitsgruppen, wie beispielsweise im Entstehungsprozess der sächsischen Fachstandards. So entstand die in 2016 begründete „Facharbeitsgruppe Jugendarbeit stärken“<sup>35</sup>, die heterogen aus verschiedenen Ebenen der Jugendhilfelandtschaft besetzt ist. Ein ebenso überregionaler Zusammenschluss stellt die trägerübergreifende „Arbeitsgruppe Eigenständige Jugendpolitik“<sup>36</sup> dar, die übergreifend den fachlichen Diskussionsprozess zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik (EJP) in Sachsen führt.

Kürzlich arbeiteten verschiedene Träger, konkret Sächsische Landjugend e.V., das Kulturbüro Sachsen e.V., der Landesarbeitskreis Mobile Jugendarbeit Sachsen e.V., das Netzwerk für Kinder- und Jugendarbeit Bischofswerda e.V. und die JUST Jugendstiftung Sachsen, aus dieser Arbeitsgruppe EJP gemeinsam am Sichtbarmachen selbstverwalteter Jugendarbeit und brachten die Broschüre „#dasmachenwirselbst – Broschüre zu selbstverwalteten Jugendräumen“ heraus.

Ebenso bemerkenswert ist die Zusammenarbeit in der Redaktionsarbeit des Fachmagazins Corax. Gemäß der Überörtlichen Jugendhilfeplanung „... bekennt sich der Freistaat Sachsen zum bewährten, fach- und trägerübergreifenden Medium, der Fachzeitschrift „Corax“. Die Zeitschrift ist ein wichtiges Instrument, welches fachliche Entwicklungen im gesamten Kanon der Kinder- und Jugendhilfe sowie angrenzender Bereiche beleuchtet und diskutiert. Gleichfalls werden bundesweite Tendenzen





im Feld der Sozialen Arbeit vor dem Hintergrund sächsischer Gegebenheiten reflektiert und analysiert, um einer Weiterentwicklung dienende Schlüsse für die Handlungsfelder zu ziehen. Eine aktive Mitwirkung sowie kooperative Verantwortungsübernahme der landesweiten freien Träger der Jugendhilfe (konkret durch aktive Mitwirkung von Bildungsreferent/-innen in der ehren-/nebenamtlichen Redaktionsgruppe) ist immanent wichtig, „um die Vielfalt der sächsischen Kinder- und Jugendarbeit und der angrenzenden Arbeitsfelder adäquat darzustellen.“<sup>37</sup>

Bundesweit sind die Träger in Sachsen mit ihren jeweiligen Bundesstrukturen und anderen Landesorganisationen verbunden, die AGJF Sachsen ist verzahnt mit dem Bundesverband BAG OKJE e.V. und unterhält schon seit einigen Jahren intensive Kontakte zu anderen Landesverbänden der OKJA.

## **Bestimmende Themen ebenso politisch wie pädagogisch**

Ausgehend von den beschriebenen Kürzungen waren die nachfolgenden Jahre bestimmt durch Erfordernisse der Krisenbewältigung. Die damit einhergehende Infragestellung von Kinder- und Jugendarbeit zeigte sich in den Kürzungen unter dem Eindruck der Finanz- und Wirtschaftskrise und in einer damit einhergehenden Ausdünnung der Angebote. Das Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendarbeit verlor im Vergleich zu den 1990er Jahren an Attraktivität für Fachkräfte. Die Rahmungen waren gekennzeichnet durch befristete Arbeitsverhältnisse, in Teilen unter Tarif bezahlten Stellen und prekärer Arbeitssituation. Eine Befragung aus 2010 bezüglich der Kürzungen zeigt dies: „Auf die Frage, welche Auswirkungen die ... Maßnahmen für die eigene Arbeit haben, gab die Mehrzahl der befragten Einrichtungen sowohl quali-

tative (78,9%) als auch quantitative (94,7%) Einschränkungen der inhaltlichen Arbeit an. ...Abschließend gingen fast alle Befragten (94,6 %) davon aus, dass es zu weiteren deutlich spürbaren finanziellen Einschnitten komme“,<sup>38</sup> was auch eintraf.

Kinder- und Jugendeinrichtungen, bspw. in Burkhardtsdorf im Erzgebirgskreis, wechselten in Folge von freier zurück in öffentliche Trägerschaft. Die nun dort tätigen Fachkräfte sind in den Angeboten in der Kommune flexibel sowohl in der OKJA, im Schulhort der ansässigen Grundschule und in der Schulsozialarbeit einsetzbar. Mancherorts wurden verschiedene Angebote aus den Leistungsbereichen nach §§11 – 14 SG VIII (Auflösung der Versäulung) zusammengelegt oder mit „Ganztagsangeboten“ einschließlich Hausaufgabenhilfe verzahnt, was unverzweckte und Offene Angebote verminderte. Auch kommunal wurden je nach Haushaltslage Kürzungen angedroht oder i.T. vollzogen, wie bspw. 2009 in Chemnitz, wo gleich mehrere Jugendeinrichtungen betroffen waren.<sup>39</sup> In manchen Regionen sind bis heute „weiße Flecken“ feststellbar oder der Wert von Jugendarbeit wird unterschätzt/ bezweifelt. Ein Beispiel aus 2018/19 in Geithain<sup>40</sup> zeigt dies, wo trotz festgestelltem Bedarf kein Angebot der Jugendarbeit existierte. Die im SGB VIII § 1 + § 11, Abs. 1 formulierte Festlegung („Jungen Menschen sind ... Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen“), ist demnach nicht überall real eingelöst.

Auch aktuell mehren sich die Befürchtungen, dass Jugendarbeit bei neuerlichen öffentlichen Sparmaßnahmen auch in der Post-Corona-Zeit wieder in den Fokus geraten könnte.

Fachlich allerdings wurden unterschiedlichste Themenfelder in den letzten Jahren intensiv bearbeitet, die die Arbeit der OKJA beeinflussten. Nachfolgend werden einige

beispielhaft benannt: So spielten der verbreitete Rauschmittelkonsum (v. a. Crystal) in spezifischen (grenznahen) Regionen, aber auch in urbanen Zentren eine Rolle, die Jungenarbeit wurde in Sachsen zunächst in einem Modellprojekt<sup>41</sup> und dann mit der Etablierung einer Landesarbeitsgemeinschaft<sup>42</sup> verstetigt. Weitere Fachthemen lagen im Bereich der Medienpädagogischen Arbeit<sup>43</sup>, in der Bewältigung der Auswirkungen der Hartz IV-Gesetzgebung auf Kinder, Jugendliche und junge Volljährige sowie, bedingt durch neue Rahmungen des BBKiSchG, eine verstärkte Befassung mit Kindeswohl und Kinderschutz.

Zudem gewannen Demokratiebildung<sup>44</sup> und die Rassismuskritische Auseinandersetzung<sup>45</sup> an Bedeutung, auch um gesellschaftliche Phänomene aufzugreifen, wie etwa ab 2014 die Notwendigkeit der Auseinandersetzung um Jugend und Pegida und mit der Beteiligung (auch) junger Menschen an rassistischen Dynamiken.<sup>46</sup> Ab 2015 erreichten neue Adressatengruppen die Kinder- und Jungenarbeit, die die Befassung mit den Themen Migration, Flucht und Asyl in Sachsen erforderte.<sup>47</sup> Hier waren fachliche Weiterentwicklungen bezüglich der adressatengerechten Öffnung der Einrichtungen<sup>48</sup> ebenso wie Positionierungen<sup>49</sup> erforderlich. Nicht zuletzt geraten Offene Einrichtungen ebenso wie Fachkräfte in den Fokus von „politischen Interventionen“<sup>50</sup>, die sich bis hin zu Infragestellungen und Angriffen äußern können. (Offene) Kinder- und Jungenarbeit wurde zunehmend als Ort politischer und demokratischer Bildung durch Programme und Projekte flankiert, allerdings fehlen vor Ort oft belastbare grundständige Strukturen und eine methodische Anpassung außerhalb schulischer Kontexte ist geboten. Eine fachliche Anforderung liegt in Sachsen auch in der Sensibilisierung und dem Auf- und Ausbau der Internationalen Jungenarbeit.<sup>51</sup>

Wo (Offene) Kinder- und Jungenarbeit in Sachsen strukturell verankert ist, wirkt sie in die Gemeinwesen und zeigt hochengagiert – wie jüngst unter dem Einfluss der Pandemie<sup>52</sup> –, dass sie leistungsfähig, kreativ und verantwortungsvoll arbeitet, Themen junger Menschen aufgreift und ihnen Raum gibt für eigenes Engagement und Teilhabe. Hier arbeiten Haupt- und Ehrenamtliche auch in Sachsen hoch engagiert, wie Praxisberichte<sup>53</sup> und Studien<sup>54</sup> gleichermaßen zeigen. Die Kinder- und Jungenarbeit bot insbesondere in Lockdown-Phasen den Adressat\*innen Anlaufpunkt, Ansprechpersonen und Halt.

Weitere (gesellschaftliche) Themen strahlen derzeit auf die Kinder- und Jungenarbeit aus und fordern eine Befassung, wie z. B. Gesundes Aufwachsen, Inklusion, Bildung für Nachhaltige Entwicklung, digitalisierte Lebenswelten u. v. m. Diese widerspiegeln sich auch in der Überörtlichen Jugendhilfeplanung in den dort formulierten Bildungszielen und Arbeitsschwerpunkten, die aktuell von 2021 bis 2025 gelten. Hier sind Landesverbände – wie AGJF Sachsen – gefordert, zur Professionalisierung der Fachkräfte und zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jungenarbeit beizutragen. Zudem schaffen Rahmungen wie die Sächsische Gemeinde- und Landkreisordnung §43a<sup>55</sup> Raum für und Anspruch auf mehr Beteiligung von jungen Menschen im Gemeinwesen, wie auch der aktuelle Sächsische Kinder- und Jugendbericht 2018<sup>56</sup> konstatierte. Ebenso wird die Novellierung des SGB VIII auf das Handlungsfeld auch in Sachsen wirken und neuerliche Herausforderungen für die (O)KJA mit sich bringen. Von aktueller Brisanz sind die Bewältigung der anhaltenden Pandemie und ihrer Auswirkungen auf junge Menschen. Der Landesjugendhilfeausschuss beschloss kürzlich eine Positionierung „Jugend- und Jugendverbandsarbeit brauchen gerade in Zeiten der Pandemie eine Perspektive“.<sup>57</sup>

## Diskussion um Standards für die Einrichtungen der OKJA

Lange Zeit gab es keine Fachstandards bzw. Fachempfehlungen für die Offene Kinder- und Jugendarbeit in Sachsen. In einigen Städten wurden kommunale Standards der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Federführung von freien Trägern entwickelt. In Chemnitz wurden im Jahr 2016 „Grundsätze und Leistungen der Offenen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen in Chemnitz“<sup>58</sup> erarbeitet. In Leipzig wurden kurze Zeit später in 2017 ebenso „Fachstandards für den Leistungsbereich Offene Kinder- und Jugendarbeit gemäß § 11 SGB VIII“<sup>59</sup> entwickelt. Die LAG SOJA im Landesjugendpfarramt entwickelte 2018 „Fachstandards der Sozialdiakonischen Kinder- und Jugendarbeit in Sachsen in den Handlungsfeldern Offen, Mobil, Schulbezogen und Schulsozialarbeit“<sup>60</sup>. Ebenso wurden Fachstandards für die Mobile Jugendarbeit/Streetwork<sup>61</sup>

formuliert. Die Rufe nach landesweiten Fachstandards für die OKJA wurden lauter.

In einem seit 2016 währenden umfangreichen, partizipativen Prozess haben Praktiker\*innen und Bildungsakteure von verschiedenen, öffentlichen und freien Trägern in Sachsen die Fachstandards für die Offene Kinder- und Jugendarbeit formuliert. Diese bilden Rahmungen, Empfehlungen und Forderungen für eine gelingende Kinder- und Jugendarbeit ab und wurden zum Jahreswechsel 2019/2020 verabschiedet.<sup>62</sup>

Die sog. „Orientierungshilfe zur außerschulischen Jugendbildung“<sup>63</sup> datiert bereits etwas älter aus 2002 und soll in der aktuellen Legislatur des Landesjugendhilfeausschusses auf den Prüfstand gebracht und überarbeitet werden, ebenso wie das „Eckpunkt Papier Eigenständige Jugendpolitik“<sup>64</sup>.

Damit gilt mit Blick auf Sachsen – es ist einiges geschaffen und es bleibt noch einiges zu tun, um im Flächenland Jugend zu ermöglichen und jugendgerecht(er) zu werden.

### AUTOR\*IN

#### Anke Miebach-Stiens,

Diplom-Sozialpädagogin und Master of Socialmanagement ist seit 2008 Geschäftsführerin der AGJF Sachsen. Der Landesverband AGJF Sachsen wurde 1990 gegründet und ist in den Bereichen Fortbildung und Beratung tätig, setzt modellhafte Projekte zu aktuellen Themen um und ist Herausgeberin des Corax-Fachmagazins. Als Dachverband vertritt die AGJF Sachsen 110 Mitgliedsorganisationen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Als Fortbildungsträger mit einem umfangreichen Bildungsportfolio trägt sie zur Qualitätsentwicklung und Professionalisierung der Kinder- und Jugendhilfe bei.



**Kontakt:** AGJF Sachsen [www.agjf-sachsen.de](http://www.agjf-sachsen.de) und <https://www.facebook.com/agjf.sachsen/>

## Anmerkungen

- 1 vgl. [https://www.gesetze-im-internet.de/einivtr/art\\_32.html](https://www.gesetze-im-internet.de/einivtr/art_32.html)
- 2 mehr dazu im AGJF-Newsletter, Ausgabe Mai 2020: Berufsbegleitende Ausbildung zum Diplom-Sozialarbeiter ab 1993 in Sachsen, <https://www.agjf-sachsen.de/newsletter.html>
- 3 vgl. [https://www.gesetze-im-internet.de/sgb\\_8/\\_15.html](https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_8/_15.html)
- 4 vgl. <https://www.revosax.sachsen.de/vorschrift/1897-LJHG>

- 5 ebd.
- 6 vgl. <https://www.sms.sachsen.de/download/SMS-Organigramm.pdf>
- 7 ebd.
- 8 vgl. <https://www.revosax.sachsen.de/vorschrift/1897-LJHG>
- 9 vgl. [http://www.gesetze-im-internet.de/sgb\\_8/\\_82.html](http://www.gesetze-im-internet.de/sgb_8/_82.html) und [http://www.gesetze-im-internet.de/sgb\\_8/\\_83.html](http://www.gesetze-im-internet.de/sgb_8/_83.html)
- 10 vgl. <https://www.revosax.sachsen.de/vorschrift/1897-LJHG>
- 11 vgl. <https://www.revosax.sachsen.de/vorschrift/18627-FRL-ueberoertlicher-Bedarf>
- 12 vgl. <https://www.revosax.sachsen.de/vorschrift/18629-FRL-Weiterentwicklung>
- 13 ebd.
- 14 vgl. <https://www.revosax.sachsen.de/vorschrift/18630-FRL-Jugendpauschale>
- 15 ebd.
- 16 ebd.
- 17 vgl. AGJF Sachsen, 2019: Stellungnahme der AGJF Sachsen zum Regierungsentwurf Haushaltsplan2019/2020, vgl. <https://www.agjf-sachsen.de/fachpositionen.html>
- 18 vgl. AGJF Sachsen, 2019: Jugend ermöglichen – Jugendgerecht(er) werden! Zehn Jugendpolitische Forderungen der AGJF Sachsen an die Sächsische Jugendpolitik, [www.agjf-sachsen.de](http://www.agjf-sachsen.de)
- 19 vgl. <https://www.staatsregierung.sachsen.de/regierungsprogramm-4730.html>
- 20 vgl. <https://www.revosax.sachsen.de/vorschrift/17988-Saechsische-Kommunalpauschalenverordnung>
- 21 LJHA Sachsen, 2018: Situation der Jugendarbeit gemäß § 11 SGB VIII im Freistaat Sachsen – eine Bestandsaufnahme, S. 14
- 22 BMFSFJ 2017: 15. Kinder- und Jugendbericht, S. 72
- 23 ebd. S.11
- 24 ebd. S.11
- 25 ebd. S.12
- 26 vgl. <https://www.sozialbericht.sachsen.de/bevoelkerungsentwicklung-4003.html>
- 27 ebd. S.13
- 28 vgl. <https://www.corax-magazin.de/landkreisportraits>
- 29 vgl. <https://www.agjf-sachsen.de/newsreader/landesweite-traeger-sprechen-sich-fuer-die-aufstockung-der-jugendpauschale-aus.html>
- 30 vgl. <https://youtu.be/o5-4woZg1wY>
- 31 vgl. <https://www.agjf-sachsen.de/newsreader/planbarkeit-und-perspektiven-dringlich-gemeinsames-statement-von-kjrs-und-agjf.html> und <https://www.agjf-sachsen.de/newsreader/nachgedacht-ueber-jugend-und-jugendverbandsarbeit-in-herausfordernden-zeiten.html>
- 32 vgl. <https://www.agjf-sachsen.de/qualitaet-beteiligt.html>
- 33 vgl. <https://www.tolerantes-sachsen.de/policy-paper-jugendarbeit-empowern-und-lokale-strukturen-staerken/>
- 34 vgl. [https://agjf-sachsen.de/files/Downloads-Dokumente/positionspapiere/Policy\\_Paper\\_Niemanden\\_allein\\_lassen.pdf?fbclid=IwAR3vonYqCuzhy1z\\_OhpkkWgJysjtwXq7tXdY49ZjUcIKJwW9jGQ6jBEgqsg](https://agjf-sachsen.de/files/Downloads-Dokumente/positionspapiere/Policy_Paper_Niemanden_allein_lassen.pdf?fbclid=IwAR3vonYqCuzhy1z_OhpkkWgJysjtwXq7tXdY49ZjUcIKJwW9jGQ6jBEgqsg)
- 35 vgl. <https://www.agjf-sachsen.de/facharbeitsgruppe-jugendarbeit-staerken.html>
- 36 vgl. <https://www.lassunsreden.info/#arbeitsgruppe>
- 37 vgl. [https://www.landesjugendamt.sachsen.de/download/Verwaltung/lja\\_JugendhilfeplanungFort-schreibung2021.pdf](https://www.landesjugendamt.sachsen.de/download/Verwaltung/lja_JugendhilfeplanungFort-schreibung2021.pdf)
- 38 Kliese, Sieble, Szymendersk, 2010: Sachsen kürzt. Auswirkungen der Sparmaßnahmen auf das Gemeinwesen, S. 4f. [https://hanka-kliese.de/wp-content/uploads/downloads/Broschuere\\_komplett\\_04.pdf](https://hanka-kliese.de/wp-content/uploads/downloads/Broschuere_komplett_04.pdf)

- 39 vgl. u. a. das Alternative Jugendzentrum <http://epme.blogspot.de/2009/11/16/ajz-chemnitz-bleibt/>
- 40 vgl. <https://www.agjf-sachsen.de/files/Bilder/projekte/mut/20190204%20Pressemitteilung%20Fachforum%20Geithain%20final.pdf>
- 41 vgl. <https://www.agjf-sachsen.de/modellprojekt-jungenarbeit/articles/modellprojekt-jungenarbeit.html>
- 42 vgl. <https://www.juma-sachsen.de/>
- 43 vgl. <https://www.agjf-sachsen.de/die-medienmacher/articles/die-medienmacher.html>
- 44 vgl. Ergebnisse des 16. Kinder- und Jugendbericht und <https://www.agjf-sachsen.de/neutralitaetsdebatte.html>
- 45 vgl. <https://www.agjf-sachsen.de/mut.html>
- 46 vgl. Ergebnisse des Sachsen-Monitor, <https://www.staatsregierung.sachsen.de/sachsen-monitor-5656.html>
- 47 vgl. <https://www.agjf-sachsen.de/momentaufnahmen/articles/momentaufnahmen.html> und <https://www.agjf-sachsen.de/demokratinnen-von-anfang-an.html> und <https://www.agjf-sachsen.de/connect.html>
- 48 vgl. <https://www.agjf-sachsen.de/files/Bilder/projekte/Demokratinnen/flyer-abschluss-demokratinnen-final-komprimiert.pdf>
- 49 vgl. Positionspapier „Jugend als Ort der Integration und Aushandlung“ unter <https://www.agjf-sachsen.de/positionen-der-agjf.html> und <https://www.agjf-sachsen.de/unterstuetzungsseite/articles/unterstuetzungsseite.html>
- 50 vgl. <https://www.offene-jugendarbeit.net/index.php/projekte/stay-with-the-trouble>
- 51 vgl. <https://uferlos.agjf-sachsen.de/>
- 52 vgl. <https://www.agjf-sachsen.de/das-digitale-jugendhaus.html>
- 53 vgl. <https://www.agjf-sachsen.de/forschungsvorhaben.html>
- 54 vgl. [https://www.haw-hamburg.de/fileadmin/Bilder-zentral/News-Presse-Veranstaltungen/2020/PDF/OKJA\\_in\\_Corona-Zeiten\\_\\_Erste\\_Forschungsergebnisse\\_1.07.2020\\_\\_finale\\_Fassung.pdf](https://www.haw-hamburg.de/fileadmin/Bilder-zentral/News-Presse-Veranstaltungen/2020/PDF/OKJA_in_Corona-Zeiten__Erste_Forschungsergebnisse_1.07.2020__finale_Fassung.pdf)
- 55 vgl. <https://www.revosax.sachsen.de/vorschrift/3264-Saechsische-Landkreisordnung#p43a>
- 56 vgl. <https://www.agjf-sachsen.de/newsreader/dokumentation-des-fachtages-zum-5-saechsischen-kinder-und-jugendbericht.html>, Fünfter Sächsischer Kinder- und Jugendbericht 2018 hatte Fokus auf Beteiligung und Eigenständige Jugendpolitik mit dem Titel Mitmachen/ Mitgestalten/Mittendrin.
- 57 vgl. <https://www.agjf-sachsen.de/newsreader/ljha-beschliesst-positionierung.html>
- 58 vgl. <https://www.agjf-sachsen.de/qualitaetsdiskurs.html>
- 59 vgl. [https://static.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.5\\_Dez5\\_Jugend\\_Soziales\\_Gesundheit\\_Schule/51\\_Amt\\_fuer\\_Jugend\\_Familie\\_und\\_Bildung/Veroeffentlichungen/Fachstandards-Offene-Jugendarbeit.pdf](https://static.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.5_Dez5_Jugend_Soziales_Gesundheit_Schule/51_Amt_fuer_Jugend_Familie_und_Bildung/Veroeffentlichungen/Fachstandards-Offene-Jugendarbeit.pdf)
- 60 vgl. [https://www.diakonie-sachsen.de/dokumente\\_fachstandar\\_jugendhilfe\\_de.pdf](https://www.diakonie-sachsen.de/dokumente_fachstandar_jugendhilfe_de.pdf)
- 61 vgl. <https://www.mja-sachsen.de/wp-content/uploads/2020/12/Fachstandards-LAK-MJA-A5-Web.pdf>
- 62 vgl. <https://www.agjf-sachsen.de/newsreader/papier-zu-okja-in-sachsen-2019-verabschiedet.html>
- 63 vgl. <https://www.landesjugendamt.sachsen.de/11325.html>
- 64 vgl. [https://www.landesjugendamt.sachsen.de/download/Verwaltung/lja\\_Eckpunktepapier\\_Eigenstaendige\\_Jugendpolitik.pdf](https://www.landesjugendamt.sachsen.de/download/Verwaltung/lja_Eckpunktepapier_Eigenstaendige_Jugendpolitik.pdf)

## Stand der Dinge: Augenringe!?

### Die Entwicklung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen aus Sicht ihrer zentralen Interessenvertretung

Wir beginnen nicht mit Adam und Eva, sondern mit der Wahlniederlage von Hannelore Kraft am 14. Mai 2017 und der Bildung der Koalition von CDU und FDP unter ARMIN LASCHET. Diese Ereignisse hatten es nämlich in sich: Mit der Umsetzung des schwarz-gelben Koalitionsvertrages für Nordrhein-Westfalen konnten in der 17. Legislaturperiode deutliche Verbesserungen für die Offene Kinder- und Jugendarbeit erreicht werden. Und mit deutlichen Verbesserungen sind in erster Linie folgende Maßnahmen gemeint:

1. Erhöhung der jährlichen Mittel von rund 100 Mio. Euro auf rund 120 Mio. Euro;
2. Dynamisierung des Kinder- und Jugendförderplans ab dem Haushaltsjahr 2019 (damit ist gemeint, dass die Mittel an die jährliche Tarifsteigerung und Verbraucherpreisentwicklung gekoppelt werden, sodass die Leistungsempfänger entsprechende Mehrkosten bedienen können);
3. Umstrukturierung der Förderbereiche zu Gunsten der Strukturförderung im Verhältnis zur Projektförderung.

Ein Traum –• denn damit wurden zentrale Anliegen der AGOT-NRW berücksichtigt (die AGOT-NRW ist die zentrale Interessenvertretung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in NRW).

Wie konnte das gelingen? Die Antwort in einem Satz: „Politischen Einfluss muss

man nehmen, verschenkt wird er nicht“ (ALTHAUS 2017: 253). Zudem dürften sich sicherlich auch der Regierungswechsel und der damit im Vorfeld verbundene Parteienwettbewerb positiv auf diese Entwicklungen ausgewirkt haben. Im Kern sind die verbesserten Rahmenbedingungen aber nicht vom Himmel gefallen. Darum gibt es hier eine Zusammenfassung der Strategie und Kultur der Lobbyarbeit der AGOT-NRW. Diese grundlegenden Prinzipien können und dürfen in jeder Stadt, Kommune, jedem Dorf, Land, Fachbereich angewendet werden. Weiterführende Infos sind in der Broschüre „Lobbyarbeit in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit“ zu finden (Bezug: [info@agot-nrw.de](mailto:info@agot-nrw.de)).

### Ressourcen bündeln, strukturieren und geschlossen handeln

Die AGOT-NRW setzt sich aus vier landeszentralen Trägern der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zusammen und bündelt damit die Interessen von rund 1.200 Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen. Mit Hilfe einer spezifischen Organisationsstruktur werden Themen, Positionen, Entwicklungen, Diskurse, Aktivitäten immer wieder neu verhandelt, verworfen, ausgearbeitet. Am Ende dieser Prozesse stehen gemeinsame Handlungen, von denen wir uns eine Stärkung der Offe-

nen Kinder- und Jugendarbeit versprechen. Bspw. führen wir regelmäßige Gespräche mit den jugendpolitischen Sprecher\_innen der demokratischen Landtagsfraktionen, den zuständigen Akteuren des Jugendministeriums, der Landesjugendämter etc.

## Kultiviert kommunizieren und rational selektieren

Positionen gegenüber politischen und administrativen Entscheidungsträger\_innen können nur dann wirksam vertreten werden, wenn ein Mindestmaß an sozialem Zusammenhalt und überzeugenden Problemlösungsvorschlägen vorliegt. Auf gut deutsch formuliert: um Lobbyarbeit zu betreiben, braucht es eine Kultur des Miteinanders. Man muss sich nicht heiraten, aber produktiv zusammenarbeiten. Zudem können nie alle Herausforderungen gleichzeitig und gleichermaßen bearbeitet werden, weil Zeit und Geld begrenzt sind. Das heißt: immer wieder

neu beobachten, sichten, ordnen (Informationsmanagement) sowie gewichten (Priorisierung), entscheiden und handeln.

## Das richtige Timing

Schließlich kommt es darauf an, wann ausgewählte Ergebnisse gegenüber politischen und administrativen Entscheidungsträger\_innen kommuniziert werden. Bedeutende Erfolge stellen sich nie über Nacht ein, sondern sind Ergebnis von langfristigem Denken und Handeln sowie Ausdauer. In unserem Fall gingen der Verbesserung des Kinder- und Jugendförderplans NRW jahrelange Termine, Gesprächsrunden, Sitzungen, Telefonate usw. voraus. Nach dem Motto „Steter Tropfen höhlt den Stein“, haben wir Positionen immer wieder vorgetragen, teilweise angepasst, teilweise verworfen; solange, bis es zum Durchbruch kam. Dieser Durchbruch ist eine spezifische Konstellation von Vorarbeit und zeitlichem Möglichkeitsraum (window of opportunity) gewesen: es ist letztlich der Regierungswechsel in Verbindung mit dem abgerungenen und eingelösten Versprechen von CDU und FDP gewesen, der die Verbesserungen herbeiführte.



## Ende gut – alles gut? Mitnichten!

Corona – ein Wort, eine Millionen Gedanken. Die Pandemie ist nicht nur für unser Arbeitsfeld eine Zäsur. Am hilfreichsten dürfte es sein, die Krise als Chance zu begreifen. Es kommt aktuell zu gravierenden Veränderungen der Arbeitsweise aufgrund von Lockdown, Hygienemaßnahmen und Co. Und es wird zu massiven Steuereinbrüchen kommen. Die wichtigste Frage: Was tun?

In ihrem ersten Zwischenbericht zum Forschungsprojekt „Neustart der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in NRW in der Corona-Zeit“ von Februar 2021 liefern ULRICH

DEINET und BENEDIKT STURZENHECKER zentrale Hinweise darauf, was funktioniert. Die für mich zentrale Handlungsmaxime (für alle, die es noch nicht getan haben): Digitale Räume, soziale Netzwerke und Handlungsmöglichkeiten massiv ausbauen (Deinet/Sturzenhecker: 22f., 29) und die eigenen Kompetenzen im Bereich der Digitalisierung stärken. Darüber hinaus sind kontaktlose oder – noch besser– eine Kombination von digitalen und analogen, kontaktlosen Angeboten die effektivsten Möglichkeiten, im Lockdown trotzdem die Zielgruppe zu erreichen. Pro Steinkuhl e.V. etwa macht es vor (Instagram #dieinikidsbleibenzuhause).

Für die Interessenvertretung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit vor Ort bedeutet Corona weiterhin, sich offensiv als Expert\_innen für die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen einzumischen. Es gilt daher nach wie vor,

➤ den Kontakt zu den zentralen Entscheidungsträger\_innen in Politik und Verwal-

- tung zu halten und zu suchen,
- politische Prozesse – insbesondere Haushaltsdebatten – genau wahrzunehmen sowie
- Kooperationen aufzubauen.

Vor allem die Stärkung von Netzwerken innerhalb der Kommune über den eigenen Arbeitsbereich hinaus kann deutlich dazu beitragen, auch noch „nach“ Corona Freiräume für Kinder und Jugendliche anbieten zu können.

---

#### AUTOR

**Christopher Roch** ist Coach, Partner und Papa. Er arbeitet als Bildungsreferent beim ABA Fachverband Offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen e.V. ([www.abafachverband.info](http://www.abafachverband.info)) und ist erster Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Offene Türen Nordrhein-Westfalen e.V. ([www.agot-nrw.de](http://www.agot-nrw.de)).

#### Quellen (zuletzt geprüft am 14. April 2021)

<https://agot-nrw.de/wp-content/uploads/2021/03/AGOT-Broschuere-lobbyarbeit-in-der-offenen-kjju-arbeit.pdf>

<https://www.ew.uni-hamburg.de/einrichtungen/>

[ew2/sozialpaedagogik/files/neustartzwischenberichterstertereil-9221.pdf](https://www.ew.uni-hamburg.de/einrichtungen/ew2/sozialpaedagogik/files/neustartzwischenberichterstertereil-9221.pdf)

[https://www.mkffi.nrw/sites/default/files/asset/document/eckpunkte\\_kjfp\\_neu\\_23.10.2017.pdf](https://www.mkffi.nrw/sites/default/files/asset/document/eckpunkte_kjfp_neu_23.10.2017.pdf)



# Entwicklung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in NRW – ein Zehnjahresrückblick am Beispiel des Kinder- und Jugendzentrums GOT Elsaßstraße (Caritasverband für die Stadt Köln e.V.)

Blicken wir zunächst auf die gesetzlichen Grundlagen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA), die auf dem Paragraf 11 des SGB VIII fußen, stellen wir fest, dass es keine grundlegenden Änderungen gab. Allerdings haben verschiedene gesellschaftliche Veränderungen die Angebotsstruktur der OKJA verändert und sie vor neue Herausforderungen gestellt. Im Folgenden sollen einige aus unserer Sicht für die Offene Kinder- und Jugendarbeit relevante Veränderungen der letzten zehn Jahre kurz skizziert werden.

## Gesellschaftliche Veränderungen, ihr Einfluss auf die OKJA und die Bedeutung für ihren Alltag

Die Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren verändert. Zahlreiche Ereignisse, Entwicklungen, Prozesse und Krisen stellen die Gesellschaft, den Einzelnen und die Politik vor teils große Herausforderungen. Hier liegen Risiken und Chancen, der sich auch die OKJA stellen muss. Am Beispiel einiger ausgewählter Entwicklungen, sollen eben diese Herausforderungen aus Sicht der OKJA betrachtet werden. Dabei



für Köln

bei handelt es sich um eine Auswahl, die sich ohne weiteres um zahlreiche

weitere Herausforderungen und Entwicklungen ergänzen ließe. Im weiteren Verlauf werden am Beispiel des Kinder- und Jugendzentrums GOT Elsaßstraße aus Köln einige Veränderungen näher dargestellt.



**Pluralisierung und Individualisierung** sind stark prägende Prozesse unserer heutigen Gesellschaft. Individuelle Wahlmöglichkeiten in den verschiedensten Lebensbereichen sind erhöht, Lebensläufe und Lebensformen differenzierter und vielfältiger. Unterschiedliche Familien- und Partnerschaftsformen, sowie Flexibilität in Schule, Ausbildung und beruflicher Tätigkeit sind nur beispielhaft genannte Felder, die auch jugendliche Lebenswelten biographisch komplexer werden lassen. Die durch Individualisierung und Pluralisierung erhöhten Entscheidungsfreiheiten sind häufig durch vorhandene soziale Ungleichheiten stark eingeschränkt. Oft entstehen zudem ein Entscheidungsdruck und eine Überforderung, dem Jugendliche und junge Erwachsene im Rahmen ihrer Identitätsbildung nicht immer gewachsen sind. Hier ansprechbar zu sein, junge Menschen zu beraten und zu unterstützen, sowie Angebote zu entwickeln, die Ungleichheiten abmildern können, prägen zunehmend auch die Aufgaben der Offenen Kinder- und Jugendarbeit.



Der Bereich **Schule und die Kooperation mit Offener Kinder- und Jugendarbeit** in NRW ist von Bedeutung, da es hier zu Veränderungen – auch bezogen auf die konkreten Kooperationsfelder der OKJA mit Schule - kam. Schule ist mehr und mehr zu einem Ganztags-Lebensraum geworden, Jugendeinrichtungen haben in ihrem Einzugsgebiet mittlerweile fast ausschließlich mit Ganztagssschulen zu tun. Schon vor zehn Jahren war die Anzahl der Ganztagssschulen bereits enorm gestiegen. Laut des statistischen Landesamtes „Information und Technik Nordrhein-Westfalen“, nahmen die Hälfte (51,5%) der 1,7 Millionen Schüler\*innen in der Primarstufe und der Sekundarstufe I der allgemeinbildenden Schulen in NRW im Schuljahr 2018/19 ein Ganztagsangebot an ihren Schulen in Anspruch. Zusätzlich beschäftigte die Verkürzung der Gymnasialzeit von neun (G9) auf acht Schuljahre (G8) seit den 2000er-Jahren immer wieder

die Gemüter der Kinder und Jugendlichen, der Eltern, sowie der gesamten Schulpolitik. Diese Situation ist bis heute unübersichtlich, in NRW kehren bis auf wenige Ausnahmen alle Gymnasien zurück zu G9 und weg vom „Turbo-Abi“. Insgesamt betrachtet gab es in den letzten zehn Jahren zahlreiche Veränderungen im schulischen Bereich, die das Lern- und Freizeitverhalten der Kinder und Jugendlichen geprägt hat und Auswirkungen auf die OKJA hatten. Aktuelle Untersuchungen zeigen unter anderem, dass mehr als 80% der Jugendeinrichtungen in NRW mit Schule kooperieren, nahezu jede Einrichtung verschiedene Hausaufgabenangebote vorhält und knapp 30% der Einrichtungen eine Übermittagsbetreuung und schulunterstützende Angebote durchführt (vgl. ICKING, MARIA und ULRICH DEINET, 2020).

Die **Digitalisierung** verändert unser Leben und unsere Arbeitswelt in rasantem Tempo. Vieles, was vor zehn Jahren noch nahezu undenkbar war, ist bereits heute selbstverständlich. Kinder und Jugendliche wachsen heute in einer digitalen Welt auf – soziale Medien, Gaming, digitale Kommunikation usw. sind vollständig in ihre Lebenswelten integriert. Neben Risiken und Gefahren oder der ständigen Verfüg- und Erreichbarkeit, die für Jugendliche eine Herausforderung bedeuten und mit Stress und sozialem Druck einhergehen kann, lernen Jugendliche heute ganz selbstverständlich, sich schnell anzupassen und selbständiger zu lernen.

Was die Digitalisierung für die Kinder- und Jugendarbeit bedeutet ist aktuell spannender denn je. Aktives Mitgestalten und Ausprobieren, interaktive und/oder hybride Angebote, medienpädagogische Projekte, aber auch die zunehmende Konfrontation Kinder und Jugendlicher mit Fake News, Hate Speech oder Sexting, zahlreiche Datenschutzfragen und rechtliche Grauzonen. Das

riesige Digitalisierungs-Thema beschäftigt die Offene Kinder- und Jugendarbeit heute in besonderem Maße. Konzepte werden entwickelt, Mitarbeitende geschult, Haltungen diskutiert, viele Angebote ausprobiert, um die pädagogische Arbeit auf innovative digitale Weise weiterzuentwickeln, sich in der digitalen Kommunikation auf Augenhöhe zu begeben und Kinder und Jugendliche in ihren digitalen Sozialräumen zu begegnen und sie dort abzuholen, wo sie sind, sowie die Kinder und Jugendlichen, deren Beteiligungsmöglichkeiten an der digitalen Welt eingeschränkt sind, zu unterstützen.

Dies verweist auf ein weiteres Thema, die **soziale Ungerechtigkeit**. Mehrere Studien und Untersuchungen belegen, dass diese weiterhin vorherrscht, die Kluft zwischen „arm und reich“ größer wird, ein gleichberechtigtes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen nicht gegeben ist und ihre Entwicklungsperspektiven demnach eingeschränkt sind. Auch in NRW hat – laut Sozialbericht NRW 2016 – die soziale Ungleichheit weiter zugenommen. Kinder und Jugendliche leben zu einem überdurchschnittlichen Anteil in Haushalten, die von relativer Einkommensarmut betroffen sind. Deutlich wird, dass Bildungserfolg immer noch in hohem Maße von der sozialen Herkunft abhängt und Kinder aus einkommenschwachen Familien überdurchschnittlich häufig eine Hauptschule besuchen.

Zusätzlich ist der Alltag vieler Kinder und Jugendlicher heute kommerzialisiert und sie sind Teil einer Welt, in welcher Konsum einen sehr hohen Stellenwert hat. Wirtschaft und Werbeindustrie haben die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen längst als Konsumenten entdeckt. Das ist nichts Neues und war auch vor zehn Jahren bereits so. Diese Entwicklung hat sich jedoch weiter verstärkt. Der Trend des Influencer- und Online-Marketings entwickelt sich rasant, ist nicht mehr wegzudenken

und hat einen enormen Einfluss auf Kinder und Jugendliche. Gut erkennbar ist dies beispielsweise auf Youtube. 2005 gegründet, gehört die Plattform vor allem bei jungen Menschen zu den meistbesuchten Websites. Die anfänglich oft „berühmten“ Amateurvideos werden zunehmend durch Webvideos gezielt zum Geldverdienen ersetzt. Die bekannteren YouTuber\*innen haben den Status neuer Medienstars erlangt: Sie werden auf der Straße erkannt, laufen über rote Teppiche, fungieren als Markenbotschafter\*innen für Unternehmen. Tausende von Jugendlichen laufen los, um genau diese Produkte zu kaufen (vgl. DÖHRING, NICOLA 2014). Bei Instagram durch neue shopping-Funktion bereits geschehen, werden auch Facebook und die bei Kindern sehr beliebte App TikTok vermutlich ihre Kommerzialisierung zeitnah vorantreiben.

Zunehmende Kommerzialisierung beeinflusst nahezu alle Lebensbereiche. Ob beim Thema Bildung oder Lernen, ist dies auch am Beispiel der Freizeitgestaltung erkennbar. In einer heutigen, durch die Zunahme von Wohlstand entwickelten Freizeit- und Vergnügungsgesellschaft haben auch Kinder und Jugendliche immer mehr Möglichkeiten, ihr Freizeitverhalten zu gestalten. Dies hängt wiederum stark von den sozioökonomischen Verhältnissen ihrer Familien ab, da viele Freizeitangebote, für die sich Kinder und Jugendliche heute interessieren, kostenpflichtig sind. Hier ist für die Offene Jugendarbeit in Zeiten von zunehmender Kommerzialisierung eine bedeutende Rolle erkennbar. Sie ist einer der wenigen Orte, an denen junge Menschen in einem geschützten kommerziellen Raum attraktive und kostenlose Möglichkeiten der selbstbestimmten Freizeitgestaltung, der Selbstwirksamkeit und Identitätsbildung erlangen können.

Das Interesse für **Klimaschutz und Umweltpolitik** bei Kindern und Jugendlichen

steigt. Laut der Studie „Zukunft? Jugend fragen!“ ist Klimapolitik das wichtigste gesellschaftliche Thema. Nachhaltige natur- und umweltpädagogische Angebote und Maßnahmen auch zum Bereich eines nachhaltigen Lebens werden vermutlich immer mehr Einzug in die Angebotsstruktur der OKJA erhalten.

Veränderung - und Mitverantwortung - für eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit brachte ab 2014 die ansteigende Zahl der **Kinder und Jugendlichen im Kontext von Flucht und Migration**, die nach Deutschland kamen. Neu zugezogene Kinder und Jugendliche, die zum Teil schwer traumatisiert waren, wurden Teil der Besucher\*innen-Struktur. Zugang zu Regelangeboten wurden eröffnet, Sprachbarrieren überwunden, Räume zur Begegnung geschaffen und mit vielfältigen Aktivitäten teilhaben, mitwirken, mitgestalten und mitbestimmen können. Vielleicht war die sogenannte „Flüchtlingswelle“ auch Motor für eine dringend nötige Weiterentwicklung der pädagogischen Methoden und Begrifflichkeiten. Einseitige Forderungen nach Integration und die bestehende gesellschaftliche Vielfalt, ausgerichtet an einer Vorstellung von Leitkultur, scheinen der bestehenden gesellschaftlichen Vielfalt in der OKJA nicht mehr gerecht zu werden. Die Vorstellung eines gesellschaftlichen Miteinanders im Sinne einer Anerkennung von Vielfalt, in der sich Angebote der Jugendarbeit nicht durch die problematisierende Beschreibung von Zielgruppen, sondern durch die Offenlegung von Verhältnissen begründen, deutet beispielsweise in diese Richtung.

**Anerkennung von Vielfalt** beinhaltet auch die Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt, weshalb auch **Gender-Thematiken** in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

in einen zwar nicht neuen, aber weiter gedachten Fokus gerückt sind. Die Angebote haben sich diversitätssensibler ausgerichtet, zudem sind vielfältige Sexualitäten und Geschlechter längst gelebte Normalität. Angebote der OKJA müssen Vorurteile enttabuisieren und Angebote so gestalten, dass sich trans\*, inter\* und nicht binäre, queere, lesbische, schwule, bi-, pan- und asexuelle junge Menschen genauso angesprochen fühlen wie heterosexuelle, cis- und endogeschlechtliche Kinder und Jugendliche. Auch Themen rund um Bodyismus, welcher die Diskriminierung von Menschen aufgrund vorherrschender Körper- und Schönheitsnormen meint, nehmen mittlerweile eine zentralere Rolle ein.

Natürlich stellte die **Corona-Pandemie** auch die offene Kinder- und Jugendarbeit vor große Herausforderungen. Die für die pädagogische Arbeit notwendige persönliche Interaktion mit den Kindern und Jugendlichen, die geprägt ist von Freiwilligkeit, Offenheit und Niedrigschwelligkeit, kann aktuell seit über einem Jahr nicht richtig durchgeführt werden. Die Inzidenzen steigen und sinken. Die Schulen schließen, öffnen, sind mal digital, mal hybrid oder im Wechselunterricht. Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sind mal ganz zu, mal ein bisschen auf, aber nur für wenige Besucher\*innen – dann wieder nur digital oder im 1:1 Kontakt. Kinder und Jugendliche tauchen politisch fast nur als Schülerinnen und Schüler auf, doch sie sind viel mehr als das. Sie sind junge Menschen, die momentan eine riesige Verantwortung tragen, die selbstorganisiert lernen sollen, die sich entscheiden müssen, welche Freund\*innen sie treffen und das auf Abstand. Orte, an denen sie sich gerne aufhalten, sind geschlossen, sie dürfen sich nicht in großen Gruppen mit Gleichaltrigen treffen, sondern sind seit über einem Jahr überwiegend zu Hause, dabei ist es genau jetzt ihre Aufgabe, sich von ihren Eltern

abzugrenzen. Wir können zurzeit nur erahnen, welche Folgen das für sie haben wird und welche Herausforderungen dadurch auf die Offene Jugendarbeit zukommen.

## **Neue Erwartungen an die Offene Kinder- und Jugendarbeit**

Durch all diese Veränderungen haben sich auch die Erwartungen an die Offene Kinder- und Jugendarbeit verändert. Die Ergebnisse erkennt man an der Praxis, den verschiedenen Angebotsformen und neuen Konzepten. Beispielfhaft sollen Einblicke aus dem Arbeitsalltag des Kinder- und Jugendzentrums GOT Elsaßstraße aus Köln in Trägerschaft des Caritasverbandes für die Stadt Köln e.V. aufzeigen, wie sich diese Veränderungen ausgewirkt haben.

In rund 2.200 Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen finden 195.000 Kinder und Jugendliche Unterstützung und Begleitung – das Kinder- und Jugendzentrum GOT (Ganz offene Tür) Elsaßstraße ist eine von ihnen und mit ihrem 67-jährigen Bestehen die zweitälteste Jugendeinrichtung in Köln. Für Kinder und Jugendliche zwischen sechs und 21 Jahren finden hier auf drei Etagen und einem Außengelände neben dem offenen Bereich zahlreiche pädagogische Angebote statt, die sich in den letzten zehn Jahren stark ausgeweitet und weiter professionalisiert haben. Durch die Veränderungen im Schulsystem haben sich auch die Öffnungszeiten verändert. Eine Öffnungszeit vor 16 Uhr bedeutet in der Regel gähnende Leere, Angebote werden verstärkt auch am Wochenende, z. B. Sonntagnachmittags, angeboten. Es gab zeitweise eine Übermittagsbetreuung, sowie Hausaufgabengruppen und schulische Unterstützungsangebote in den Nachmittags- und Abendstunden, wie Hausaufgabenhilfe und Nachhilfeangebote haben zugenommen.

Neben einer stabilen städtischen Regelfinanzierung gab es rückblickend auf die letzten Jahre immer wieder verschiedene „Töpfe“ und Möglichkeiten, zusätzliche finanzielle Projektmittel zu generieren. Beispielfhaft sind hier städtische Sondermittel für Kinder und Jugendliche aus Zuwanderungs- und Flüchtlingsfamilien, Mittel des Landschaftsverbandes Rheinland zur digitalen Modernisierung, Gelder des Sportamtes, Projektmittel der AGOT NRW e.V., Mittel aus der „Aktion neue Nachbarn“ des Erzbistums Kölns, sowie zahlreiche unterschiedliche Stiftungsmittel, z. B. durch Aktion Mensch, die Telekom-Stiftung, die Caritas-Stiftung und die Engels-Schuster-Stiftung zu nennen. Auf der einen Seite sind diese starken Ausweitungen, Vergrößerungen und die Steuerung mit einem sehr hohen administrativen Aufwand verbunden, viele Projekte sind befristet und jährlich neu zu beantragen. Um hier effektiver zu agieren, hat sich auch die Teamstruktur verändert – neben der Einrichtungsleitung ist zusätzlich eine Teamleitung in der GOT tätig. Auf der anderen Seite war es nur durch diese Ausweitung möglich, auf die steigenden Bedarfe und die neuen Entwicklungen bedarfsgerecht einzugehen und unsere Angebote weiterzuentwickeln.

In der GOT hat sich der Wirkungsbereich der Einrichtung vergrößert und verstärkt sozialräumlich ausgerichtet: Neben den Angeboten im Haus kamen 2015 Mobile Kinder- und Jugendangebote in der Nähe einer Unterkunft für Geflüchtete dazu. In der Unterkunft lebende Kinder und Jugendliche konnten so niederschwellig erreicht und an weitere Angebote der Jugendeinrichtung angebunden werden. Das Projekt endete, als die Unterkunft geschlossen wurde. Bis heute besuchen junge Menschen die Jugendeinrichtung, auch wenn sie mittlerweile in verschiedenen Stadtteilen Kölns leben.

Ein weiteres Projekt („Unser Platz“) im Rahmen Mobiler Kinder- und Jugendarbeit auf einem neben der Einrichtung gelegenen großen Spiel- und Sportplatz wurde gestartet, welches bis heute rund viermal wöchentlich stattfindet. Finanziert über Aktion Mensch und verschiedene andere Stiftungsmittel, können wir mit einem Team aus zwei Sozialarbeiter\*innen und Honorarkräften dazu beitragen, diesen Ort gemeinsam mit den Kindern, Jugendlichen und Anwohner\*innen neu zu beleben und zu gestalten. Kontakte zu Eltern, Anwohner\*innen und jungen Menschen, die unsere Einrichtung vorher nicht besuchten, sind entstanden und tragen deutlich zur Sichtbarkeit und Kooperation im Sozialraum bei. Bedeutend vor allem, da es in der dicht bebauten Köl-

ner Südstadt nur wenige frei zugängliche und kostenfreie Spiel- und Sportflächen gibt. Vor Jahren drohte der Platz zu „kippen“ aufgrund steigender Kriminalität. Durch pädagogische Angebote vor Ort, Nachbarschaftsfeste auf dem Platz, Graffiti-Projekte zur Verschönerung der Mauern, dem Bau von Hochbeeten zum ‚urban gardening‘ konnte der Platz als wichtiger Naherholungsraum für Kinder, Jugendliche und Anwohner\*innen „zurückerobert“ werden.

Die Zusammenarbeit mit der Katholischen Kirchengemeinde St. Severin wurde durch eine gemeinsame Personalstelle gestärkt, die schwerpunktmäßig für die Unterstützung der Jugendleiter\*innen-Runde der Gemeinde zuständig, aber an das pädagogische Team der GOT ange dockt ist.



Die Kooperation von Jugendeinrichtung und Gemeinde über eine gemeinsame Mitarbeitende als Schnittstelle trägt deutlich dazu bei, die Zusammenarbeit zu stärken, unterschiedliche Kinder und Jugendliche des Sozialraums näher zusammenzubringen und gemeinsame Projekte und Fahrten zu initiieren. Jugendleiter\*innen der Gemeinde und das Team der GOT führen ein gemeinsames Ferienprogramm durch, Stammbesucher\*innen der GOT, die vorher nichts mit der Gemeinde zu tun hatten, nehmen an verschiedenen Fahrten teil, Kinder aus der Gemeinde besuchen die GOT und andersrum. Waren die Besucher\*innen der GOT und die der Gemeinde vor der Kooperation größtenteils voneinander abgegrenzt, sind diese Grenzen heute erfreulicherweise deutlich aufgeweichter.

Somit ist das pädagogische Team, welches vor zehn Jahren aus zwei hauptamtlichen Mitarbeitenden und einer Handvoll Ergänzungskräfte bestand, auf zurzeit acht hauptamtliche Pädagog\*innen, drei geringfügig Beschäftigte und mehrere Honorarkräfte und Ehrenamtler\*innen angewachsen. Dies ist aber nicht allein aus der oben beschriebenen Ausweitung des sozialräumlichen Blicks der Jugendarbeit in der GOT entstanden, sondern auch aufgrund einer wachsenden Professionalisierung, neuer Ansätze und konzeptioneller Veränderungen.

Die Querschnittsaufgabe Geschlechtergerechtigkeit hat sich in den letzten Jahren ausdifferenziert und die pädagogische Arbeit in der GOT verändert. Waren die Mädchenarbeit und klassische Mädchentage schon vor zehn Jahren fest etabliert, sind mittlerweile auch Jungenarbeit und die Bereiche LSBTTIQ\* selbstverständliche Bestandteile der geschlechtsbezogenen Arbeit geworden. Durch jährlich zu beantragende Sondermittel der Stadt Köln sind personelle Ressourcen entstanden, die sich

im Rahmen des Projektes „Global Boys CGN“ gezielt der diversitätssensiblen Jungenarbeit in der GOT widmen. Daneben fanden verschiedene Projekte – unter anderem mit freiberuflichen Sexualpädagog\*innen statt, Wochenendfahrten mit gemischten Gruppen und Cross-Over-Ansatz oder ein intern organisierter Fachtag („AusgeGENDERT“) mit der FUMA – Fachstelle Gender und Diversität. Mehrere Mitarbeitende haben Zusatzausbildungen im Bereich Sexualpädagogik absolviert. Fokussiert wurde vor allem, dass geschlechtsbezogene Pädagogik keine Methode, sondern eine persönliche Haltung und Sichtweise beinhaltet. Die kritische Selbstreflexion der bestehenden Praxis und Team-Dynamiken nimmt in Teamsitzungen der GOT mittlerweile einen großen Stellenwert ein. Ob in – auch mal – geschlechtergetrennten Teamsitzungen, sowie im Rahmen von Teamsupervisionen können „blinde Flecken“ aufgedeckt und im gegenseitigen Austausch reflektiert werden, wodurch ein Reproduzieren von geschlechtstypisierenden Zuweisungen vermindert werden soll. War diese Auseinandersetzung mit der eigenen Haltung vor zehn Jahren - zumindest in der GOT – noch eher Theorie oder auf einzelne in dem Themenfeld beschäftigte Mitarbeitende begrenzt, setzt sich heute das gesamte Team methodisch und aktiv mit dem eigenen Berufsbild auseinander und hinterfragt dabei individuelle geschlechterbezogenen Normen, Werte und das Handeln im Alltag.

Auch das Thema des institutionellen Schutzkonzeptes zur Prävention sexueller Gewalt hat sich in den letzten Jahren deutlich entwickelt. Dieses Konzept bündelt verschiedene Maßnahmen und Bemühungen, z. B. Risikoanalysen und Präventionsschulungen für alle in der GOT tätigen Mitarbeitenden, der Ausbildung eines Mitarbeitenden als Präventionsfachkraft und die Erstellung eines umfassenden Verhal-

tenskodexes für unsere Einrichtung. In Zusammenarbeit mit Zartbitter e. V. wurde die Thematik ebenso mit den Besucher\*innen im Rahmen von Workshops in den Blick genommen, um auf allen Seiten eine Kultur der Achtsamkeit zu etablieren.

Seit 2014 besuchen zahlreiche neuzugezogene Kinder und Jugendliche mit Fluchtbiographie die GOT Elsaßstraße. Es liegt auf der Hand, dass viele von ihnen durch ihre unterschiedlichen Lebensgeschichten verschiedenste Probleme und Traumata zu bewältigen haben. Erschwert wurde die Beziehungsarbeit zudem durch Sprachbarrieren und häufige Umzüge. Dem erhöhten Unterstützungsbedarf dieser Zielgruppe wurde mit zahlreichen Projekten gerecht zu werden versucht. Über die AGOT NRW e. V., die Aktion Neue Nachbarn des Erzbistums Kölns, Sondermittel der Stadt Köln, Gelder des Sportamts, sowie anderweitige Stiftungsmittel und Spenden wurden in kurzer Zeit zahlreiche niederschwellige pädagogische Angebote – oftmals mit Schwerpunkt Sport und Musik und mit Unterstützung von Sprachmittelnden – initiiert, um die neuen Besucher\*innen anzubinden. Oftmals wurden durch Transferprojekte Kinder und Jugendliche aus den Unterkünften für Geflüchtete abgeholt, um den Zugang zu erleichtern. So wurden zahlreiche neue Kinder und Jugendliche bis heute zu Stammbesucher\*innen der Einrichtung, auch wenn der Weg dorthin nicht immer einfach war.

Einige Angebote richteten sich – vor allem zu Anfang – speziell an junge Menschen mit Fluchterfahrung, so dass ein Nebeneinander unterschiedlicher Gruppen in der Einrichtung entstand. Es kam zu Konflikten unter Kindern und Jugendlichen, eines Morgens war die Außenwand der Einrichtung sogar mit einem großen Hakenkreuz versehen. Viele Mitarbeitenden kamen in dieser Zeit

an ihre Grenzen. Immer wieder fühlten sich die Stammbesucher\*innen durch die „Neuen“ aus „ihrer“ GOT verdrängt und reagierten mitunter aggressiv und mit starken Vorbehalten auf neue Besucher\*innen. Hier war ein hohes Maß an Empathie-Vermittlung, Grenzsetzung, Aushandlungsfähigkeit und vor allem Wertschätzung gefragt.

Mit Hilfe einer Projektförderung durch den „AGOT Feuerwehrtopf“ konnte ein systemischer Anti-Gewalt- und Deeskalationstrainer diesen Prozess unterstützend gestalten und Diskriminierung entgegenreten. Durch verschiedene Methoden der konfrontativen Pädagogik, der professionellen Konfliktgestaltung, gruppenpädagogischer Interventionen und Einzelgesprächen konnte er die notwendigen Aushandlungsprozesse zwischen und innerhalb der verschiedenen Gruppen wertschätzend begleiten und initiieren. Er war in den Folgejahren maßgeblich daran beteiligt, ein gelingendes Miteinander als Grundlage herzustellen.

Die Zielgruppe hat sich nicht nur durch Kinder und Jugendliche im Kontext von Flucht und Migration verändert. Im Vergleich zu vor zehn Jahren ist die Besucher\*innen-Struktur in der GOT insgesamt deutlich vielfältiger geworden. Zum Teil mag dies an der zunehmenden Gentrifizierung liegen. Die Angebote sind aber ganz bewusst auf alle Kinder und Jugendlichen ausgerichtet, unabhängig ihrer sozioökonomischen Verhältnisse. Ziel dabei ist, unterschiedliche junge Menschen zusammenzubringen, Begegnungen zu ermöglichen und so mögliche Vorurteile abzubauen oder gar nicht erst entstehen zu lassen. Durch diesen Leitgedanken in Verbindung mit der oben beschriebenen sozialräumlichen Ausweitung der Einrichtung, die Kooperation mit der Lebenshilfe e. V. im Rahmen von Ferienprogrammen, so dass auch jungen Menschen mit Beeinträchtigung der Zugang zu den Angeboten



erleichtert wird, ist die deutlich gestiegene Vielfalt der Besucher\*innenstruktur zu erklären.

Rückblickend war vielleicht genau die Zeit der Zunahme von Besucher\*innen im Kontext Flucht und Migration ausschlaggebend, dass in der GOT neue Ansätze in die konzeptionelle und pädagogische Arbeit eingeflossen sind. Eine rassismuskritische und diskriminierungssensible Öffnung der Angebote steht heute im Fokus: Die bestehende gesellschaftliche Vielfalt gilt es anzuerkennen und Besucher\*innen vor Reduktionen und Abwertungen zu schützen. Da zahlreiche Kinder und Jugendliche von Integrationsforderungen betroffen sind und innerhalb dieser Forderungen eine Reduktion ihrer Identitäten und Biographien erfahren, werden Haltungen und Perspektiven, welche Prozesse des „Otherings“ unterlaufen, immer bedeutsamer für die pädagogische Angebotsgestaltung. Neuere desintegrative Perspektiven scheinen hier besonders geeignet, dieser Komplexität und der bestehenden gesellschaftlichen Vielfalt gerecht zu werden. Durch die Projektreihe „Vielfalt wir leben sie!“ der AGOT NRW e. V. konnten seit 2019 in der GOT Profil- und Basisprojekte umgesetzt werden, die sich genau mit diesen Ansätzen beschäftigen.

Im Jahr 2019 wurde mit dem Projekt „Konsens-Vielfalt“ erfolgreich gezeigt, wie solch ein Konsens nach außen getragen und aktive Identitätsarbeit durchgeführt werden kann. Ziel war es, junge, von struktureller Diskriminierung betroffene Menschen in ihrer Identitätsarbeit zu unterstützen, ihnen Räume zum Ausdruck, zum Verbündet-Sein, zur Solidarisierung und gegenseitiger Anerkennung zu bieten. Wesentlich dafür war vor allem die Mitarbeit der Besucher\*innen, als eigentliche Expert\*innen ihrer Lebenswelt. Sie sollten maßgeblich darüber mitentscheiden, wie ein solcher Konsens entwickelt und

final beschlossen wird, was durch verschiedene Settings umgesetzt wurde: Thematische Wochenendfahrten, Gruppenarbeiten, Exkursionen und Konzerte/Musikauftritte erwiesen sich als gewünschte Formate. Vor allem Handlungs- und Identifikationsräumen von Jugendkulturen (z. B.: Konzerte, Graffiti-Projekte, Social Media) kamen dabei besondere Aufmerksamkeit und Anerkennung zu.

Im Folgeprojekt „Ra(p)dikal Verschieden“ wurden Prozesse der Teilhabe und Mitbestimmung weiterentwickelt. So konnten Jugendliche, die bereits im Projekt „Konsens Vielfalt“ mitgewirkt und erste Kenntnisse in der Produktion von Beats und dem Abmischen von Gesang entwickelt haben, verstärkt Verantwortung in dem Projekt übernehmen und da, wo es möglich war, selbstständig und ohne enge pädagogische Begleitung Musik mit anderen Jugendlichen produzieren. Weiter wurden explizit Zugänge für Mädchen und junge Frauen geschaffen, in dem das Angebot gezielt zu Zeiten und in Räumen angeboten wurde, die einen geschlechtersensiblen Zugang (beispielsweise während des Mädchenstages) ermöglichten. Im Rahmen dieses Projektes bestand eine Kooperation mit dem Jugendtreff der Alten Feuerwache, welcher neben einer Hall of Fame (Graffitiwand) und einer Bühne (Selbstbühne) auch über ein Tonstudioangebot verfügt. Die Zusammenarbeit ermöglichte, durch ihren hohen kooperativen Praxisanteil, eine direkte Implementierung von Erkenntnissen und Handlungsempfehlungen auf der Praxisebene.

Aktuell befasst sich die konzeptionelle Ausrichtung der GOT Elsaßstraße mit dem Konzept einer desintegrativen Jugendarbeit, das vor allem durch das Projekt „Jugend ohne Leitkultur“, gefördert durch die AGOT NRW e. V., ermöglicht wird. Bereits seit 1954 besuchen vor allem junge Menschen die Ein-

richtung, die nicht zur sogenannten Mehrheitsgesellschaft gezählt werden, die, obwohl sie seit Jahren in der Kölner Südstadt leben, hier geboren wurden und aufgewachsen sind, als die „Anderen“ markiert werden. Sie alle sind seit jeher betroffen von Integrationsforderungen. Immer wieder erfahren sie eine Reduktion ihrer Identitäten und Verhältnisse durch das im Integrationsdenken angelegte „Othering“. Diese Markierung als „fremd“ und die damit einhergehende Verhandlung individueller Lebenslagen und -krisen als „Integrationsprobleme“, erschweren eine Bewältigung der bestehenden Verhältnisse und widersprechen zentralen Grundorientierungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, wie bspw. der Subjektorientierung und Selbstbildung. Integrationsdenken belässt Menschen in einem Status, in dem sie permanenten Forderungen und Erziehungsphantasien der vermeintlichen Mehrheitsgesellschaft ausgesetzt sind, ohne die Möglichkeit, diesen Status zu überwinden. Die einzigen Positionen, die hier erreichbar scheinen, sind die der gut integrierten und die der schlecht integrierten „Anderen“.

Offene Kinder- und Jugendarbeit, wie sie in der GOT Elsaßstraße verstanden wird, ist der Anerkennung von Vielfalt verpflichtet. Sie hat den Auftrag, Räume zu schaffen, in denen es gelingt, miteinander verschieden zu sein, in der alle und nicht nur einige sicher sind und mitgedacht werden. Seit 2021 soll dieses Verständnis methodisch und konzeptionell professionalisiert und anderen Akteur\*innen der Offenen Kinder- Jugendarbeit zur Verfügung gestellt werden. Konkret ist hiermit die Entwicklung eines „desintegrativen“ Handlungskonzeptes für das Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit nach §11, SGB VIII geplant. Dieser Prozess wird begleitet durch das Institut für non-formale Bildung der technischen Hochschule Köln.

Flankiert wird die Konzeption durch die in den letzten Jahren initiierten Jugend(sub)kultur-Angebote. Die etablierten Jugendsubkultur-Angebote, die junge Menschen in unserer Einrichtung zur Aushandlung von Identitäten und Vielfalt nutzen, sollen 2021 weiterentwickelt und noch stärker als bisher zur Sichtbarkeit desintegrativer Jugendarbeit beitragen. Die Kunstformen des Hip-Hops bieten jungen Menschen lebensweltnahe Widerstandsstrategien und Möglichkeiten des Empowerments.

Die Folgen des Corona Lockdowns, den damit verbundenen Einrichtungsschließungen und die anhaltenden Schutzmaßnahmen haben aber nun seit über einem Jahr einen gravierenden Einfluss auf die Angebotsgestaltung, den Alltag und die Wirkräume in der GOT Elsaßstraße. Der Kontakt zu zahlreichen Besucher\*innen ist erschwert und teilweise abgebrochen, andere Besucher\*innen sind deutlich geprägt von den Erfahrungen und Einschränkungen, denen sie im Kontext der Corona-Situation begegnen. Viele der Kinder und Jugendliche wirken angespannt, niedergeschlagen und orientierungslos.

Maßgeblich beschleunigt durch Corona, ist Digitalisierung zu einem neuen und wichtigen Querschnittsthema geworden. Bereits vor einigen Jahren konnten durch den LVR finanzielle Mittel zur digitalen Modernisierung akquiriert, sowie Förderungen durch die Telekom-Stiftung erhalten werden, so dass die GOT Elsaßstraße einen großen Fundus an modernen Endgeräten anschaffen konnte: WLAN in der Einrichtung, neue und leistungsstarke PCs für Musik- und Videobearbeitung, Tablets, Kameras, Spielkonsolen, eine Tonstudio-Ausstattung, benötigte Software – hier haben sich im Vergleich zu vor zehn Jahren völlig neue Welten aufgetan. Durch verschiedene Stiftungsmittel konnte sich die Einrichtung

zudem personell in diese Richtung weiterentwickeln, sei es durch Aufstockung von Mitarbeitenden, Fortbildungen oder durch externe Medienpädagog\*innen, die sowohl Besucher\*innen als auch das Team im Umgang mit Medien und Digitalisierung schulen.

Deutlich wird aktuell aber auch, dass wir in Zeiten von Corona-bedingten Vollschießungen die Besucher\*innen nicht ausschließlich auf digitalen Wegen erreichen können. Zu Beginn der Corona-Krise wurden etliche Angebote in sozialen Netzwerken gemacht, wie z. B. Sport-Tutorials, Koch- oder Kreativvideos. Nahezu alle Mitarbeitenden wurden auf die Schnelle zu Content-Creators und auch die, die vorab z. B. mit Instagram nichts „am Hut hatten“, können heute selbstverständlich Storys und Beiträge posten, Reels anfertigen, Videos bei Youtube hochladen, Gaming-Events streamen und sämtliche Webkonferenz-Systeme nutzen. Aktuell ste-

cken wir immer noch mitten in der Corona-Pandemie und konnten erste wichtige Erfahrungen sammeln. Zwar haben sich Angebote wie digitale Nachhilfestunden etabliert und werden sehr gut angenommen, aber wie können wir unsere gesamte Jugendarbeit auf innovative Weise digital und hybrid gemeinsam mit Besucher\*innen weiterentwickeln und technische, rechtliche und inhaltliche Herausforderungen annehmen? Wo verorten wir uns und welche Forderungen stellen wir? All das sind Fragestellungen, mit dem sich das Team aktuell beschäftigt, Angebote ausprobiert und neue - vor allem hybride - Angebote plant. Die Stärke der Jugendarbeit liegt in ihrer Vielfältigkeit und Flexibilität, daher sehen wir diese Entwicklung als spannende Chance für neue digitale und hybride Wege in der Jugendarbeit.

Im Zuge der Corona-Pandemie steht für das Team der GOT fest, dass Angebote der Offenen Jugendarbeit in den kommenden Jah-



ren wichtiger denn je sein werden. Folgen der Corona-Krise müssen aufgearbeitet werden. Junge Menschen kommen in der öffentlichen Debatte größtenteils als Schüler\*innen vor, ihre Interessen spielen nur eine untergeordnete Rolle. Und das ist nicht gerade zuträglich für das, was wir uns von jungen Leuten wünschen: Engagement und die Bereitschaft, sich einzubringen in Gesellschaft und Politik. Die bestehende gesellschaftliche Vielfalt, die sich auch in den Settings der

OKJA abbildet, gilt es anzuerkennen und vor Reduktionen und Abwertungen zu schützen. Die konzeptionellen Grundorientierungen der Subjektbildung und der Demokratiebildung positionieren die Offene Jugendarbeit aus unserer Sicht hier eindeutig und schaffen einen Bezugsrahmen, in dem die Anerkennung von Vielfalt, das Entstehen für eine plurale und widerstandsfähige Demokratie und der Kampf gegen Diskriminierung obligatorisch ist.

## AUTOR\*INNEN

### Tanja Anlauf

Einrichtungsleitung Jugendbereich Caritasverband – Sozialarbeiterin

[Tanja.Anlauf@caritas-koeln.de](mailto:Tanja.Anlauf@caritas-koeln.de)

### Jonas Buecker

Erziehungs- und Sozialwissenschaftler, angehender Sozialarbeiter, Systemischer Anti-Gewalt-Trainer, Theaterpädagoge; Teamleitung Jugendzentrum GOT, Elsaßstr. 43, 50677 Köln // 0221-326531 // [Ganzoffenetuer@caritas-koeln.de](mailto:Ganzoffenetuer@caritas-koeln.de); Steckepferd unserer Arbeit: Teilhabe im Veedel, GOT als Erfahrungsraum, Miteinander vielfältig sein

[Jonas.Buecker@caritas-koeln.de](mailto:Jonas.Buecker@caritas-koeln.de)

### Andrea Heinz

Fachreferentin, Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Offene Kinder- und Jugendarbeit NRW (LAG Kath. OKJA NRW)

Am Kielshof 2, 51105 Köln // 0221-899 933 -15

[a.heinz@lag-kath-okja-nrw.de](mailto:a.heinz@lag-kath-okja-nrw.de)

## Literatur

ICKING, MARIA UND ULRICH DEINET (2020): **Offene Kinder- und Jugendarbeit und Schule in NRW – Ergebnisse einer erneuten Bestandsaufnahme.** In: [sozialraum.de](http://sozialraum.de) (12) Ausgabe 1/2020).

DÖHRING, NICOLA: **Professionalisierung und Kommerzialisierung auf YouTube.** In: Maerz, Zeitschrift für Medienpädagogik, 4/2014, S.24 – 31

## Entwicklungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit auf Bundesebene der letzten zehn Jahre

Die 2010er Jahre bilden (beispielsweise durch den 15. Kinder- und Jugendbericht zur „Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland“ und den 16. Kinder- und Jugendbericht zum Thema Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter) eine Dekade, in der die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) durchaus an Aufmerksamkeit und fachlichem Stellenwert gewonnen hat. So ließe sich aus verschiedenen Passagen beider Berichte doch schließen, dass die Offene Jugendarbeit ein zentrales Angebot für die Entwicklung junger Menschen zu verantwortungsvollen und selbstbestimmten Persönlichkeiten ist oder zumindest sein könnte.

### Rahmenbedingungen

Diese fachliche Aufmerksamkeit korrespondiert allerdings nicht mit der Entwicklung der Rahmenbedingungen für die OKJA in den letzten Jahrzehnten. Im Vergleich zu anderen Feldern der Kinder- und Jugendhilfe sind die Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit in den letzten 19 Jahren bundesweit zwar kontinuierlich gestiegen, allerdings deutlich weniger als andere Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe. So verzeichnet die Kindertagesbetreuung einen Zuwachs von 2000–2019 um 26,7 Mrd. EUR, die Hilfen zur Erziehung um 8,1 Mrd. EUR und die Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit lediglich 1,2 Mrd. EUR (OLSZENKA/MEINER-TEUBNER 2021, S. 2).

2019 betrug der Anteil der Jugendarbeit an den öffentlichen Ausgaben für die Jugendhilfe 3,8%, auch wenn von 2018–2019 eine Steigerung der Ausgaben für die Jugendarbeit von 4,5% festzustellen ist, die „damit über der Preissteigerungsrate von 2,2% und auch über der Tarifsteigerung bei den Personalkosten in Höhe von 3,5%“ (ebd., S. 5) liegt.

Auch die Anzahl der offenen Angebote hat von 2015 bis 2019 bundesweit zugenommen. So werden mit bundesweit 24.323 offenen Angeboten fast eine Million Stammesbesucher\*innen erreicht, die diese Angebote regelmäßig nutzen und damit ca. 200.000 junge Menschen mehr als 2015. Die Angebotsaufwüchse sind jedoch im Wesentlichen bei den Abenteuerspielplätzen und Jugendfarmen (+199), Spiel- und Sportmobilen (+206), der mobilen Jugendarbeit (+304) sowie sonstigen aufsuchenden Angeboten (+1244) festzustellen. Angebote von Jugendzentren, -clubs und -treffs sind dagegen seit 2017 sogar leicht rückläufig (-85) (ebd., S.12). Außerdem sagen diese bundesweiten Zahlen meist wenig über die regionale Verteilung. So variieren die Ausgaben je Bundesland und Größe der Kommune (MÜHLMANN/POTHMANN 2019).

### Fachlichkeit und Konzeption

Spricht man nun mit Kolleg\*innen aus der Fachpraxis, berichten diese über eine Verdichtung des Arbeitsalltags und viele Kinder- und Jugendarbeiter\*innen arbeiten mit dem stän-

digen Gefühl der Sorge, dass ihre Leistungen das Einsparungspotenzial kommunaler Haushalte werden, sobald sich die Bedingungen in ihrer Kommune verschlechtern (SCHUHMACHER ET AL 2021). Obwohl es sich bei der Offenen Kinder- und Jugendarbeit um eine Pflichtaufgabe im Rahmen des §11 SGB VIII handelt, wird sie von vielen kommunalen Finanzverantwortlichen vor dem Hintergrund der Ausweitung von Kindertagesbetreuung und Leistungen der Erziehungshilfe aus Einsparungsgründen als ‚freiwillige‘ Aufgabe abgewertet. So wird kurzerhand aus dem freiwilligen Angebot für junge Menschen eine freiwillige Aufgabe des öffentlichen Trägers, obwohl diesem eine „Bereitstellungsverpflichtung“ (FIESELER U. A. 2004) zukommt. Der Versuch einer möglichen rechtlichen Klarstellung und Stärkung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Rahmen des Reformprozesses des SGB VIII war diesbezüglich leider nicht von Erfolg gekrönt.

Unter dem Eindruck des ständigen Legitimationsdrucks, entwickelte sich vielerorts auf der Ebene des Führungspersonals wie auch bei einigen Fachkräften der Versuch, durch eine ‚konzeptionelle Verzweckung‘ der OKJA mehr Anerkennung und dauerhafte finanzielle Absicherung zu erhalten. Diese Verzweckung äußert sich beispielsweise durch unmittelbare Leistungen für und in Schule oder konkrete Beratungsleistungen zur beruflichen Entwicklung und Qualifizierung. So liegt der Anteil der Angebote in Kooperation mit mindestens einer Schule 2017 bei knapp 30% (MÜHLMANN/POTHMANN 2019). Fragen von Nutzbarkeit und Wirksamkeit ließen Prinzipien wie Partizipation, Selbstbestimmung und Selbstorganisation in den Hintergrund geraten.

Als Lösung dieses fachlichen wie konzeptionellen Dilemmas wurden mancherorts Prozesse der Qualitätsentwicklung in Gang gesetzt, mit dem Versuch, die ursprüngli-

chen Prinzipien der OKJA mit den aktuellen Anforderungen zu verbinden und dabei insbesondere verbindliche strukturelle Qualitätsstandards oder zumindest -merkmale sicherzustellen und mit verbesserten strukturellen Rahmenbedingungen zu verbinden. Diese Standards bzw. Merkmale sollten sowohl fachliche und konzeptionelle Anforderungen und Planungsprozesse wie auch konkrete personelle und finanzielle Ausstattung anhand von erreichten bzw. zu erreichenden jungen Menschen enthalten. Aus bundesweiter Sicht wären entsprechende Qualitätsentwicklungsprozesse und die Verbindung mit einer verbindlichen, bedarfsorientierten Jugendhilfeplanung ein sinnvolles Instrument, die OKJA als sozialräumliche Pflichtleistung für junge Menschen zu stärken. Hier werden beispielsweise die zukünftigen Erfahrungen mit neuen qualitativen wie quantitativen Standards als Grundlage der Jugendhilfeplanung in Berlin interessant werden.

## **Auswirkungen der Pandemie**

Wird derzeit über aktuelle Entwicklungen in unserem Arbeitsfeld gesprochen, denken die meisten zunächst an die Corona-Pandemie. Und dies nicht zu Unrecht, handelt es sich doch um eine für die OKJA historisch neue Situation. Einrichtungen mussten ihre Präsenzangebote einstellen, durften zwischenzeitlich wieder öffnen und der Alltag ist seitdem von einer sehr geringen Planungssicherheit geprägt. In dieser gesellschaftlichen Krise zeigt sich aber, dass die Offene Jugendarbeit eines der Felder ist, das kreativ und flexibel auf aktuelle Fragen Antworten findet. Auf Grund ihrer Offenheit und Freiwilligkeit ist das Handeln unter Bedingungen der Ungewissheit eigentlich nichts Neues für die Mitarbeitenden. So können wir einen enormen Digitalisierungsschub

feststellen, indem sich viele Einrichtungen und Teams innerhalb kürzester Zeit auf neue – eben virtuelle – Kommunikationswege umgestellt haben. Vielleicht ist dies auch eine Entwicklung, die schon länger überfällig war, verbringen doch die Adressat\*innen der Kinder- und Jugendarbeit große Teile ihrer Freizeit in ihren virtuellen Sozialräumen und machen dort ebenso Erfahrungen, die wir als Bildungsassistent:innen aufgreifen können (SCHWERTHELM 2020).

Aber wir wollen nicht alles schön reden: viele Einrichtungen können unter den jetzigen Schutzmaßnahmen nur einen Bruchteil ihrer Besucher:innen erreichen und Studien der Jugendforschung (ANDRESEN U. A. 2020) bestätigen, wie junge Menschen unter der aktuellen Situation leiden und wie dringend sie Angebote wie die der OKJA brauchen könnten; zur Bewältigung ausgeprägter Problemlagen, aber auch und vor allem zur unverzweckten und nicht an gesellschaftlichen Erwartungen orientierten Freizeitgestaltung. Die Studien zeigen, dass junge Menschen nicht länger auf ihre Rolle als Schüler:innen reduziert werden wollen. Vielmehr möchten sie ihre eigenen Interessen verfolgen und sich auch in die Mitgestaltung der Gesellschaft als Bürger:innen einbringen (ebd.). Zu der Frage, wie dies gelingen kann, hat die OKJA viel beizutragen und da wir hier nicht nur über Corona schreiben wollen, erlaubt uns dies eine Überleitung zum 16. Kinder- und Jugendbericht.

## **Potenziale und Herausforderungen**

Denn für die Entwicklungen in der OKJA auf Bundesebene kann der 16. Kinder- und Jugendbericht als Meilenstein gelesen werden, bestätigt er doch das enorme Potenzial des Handlungsfeldes für eine lebensweltorientierte Demokratiebildung und

politische Bildung junger Menschen. Und damit nicht genug. Er spricht politischen Entscheidungsträger:innen Empfehlungen aus, welche die Fachpraxis schon lange fordert: 1. eine weniger projektorientierte und zeitlich begrenzte Förderung der Regelstrukturen und 2. eine erweiterte Perspektive auf Demokratiebildung über Extremismus- und Radikalismusprävention hinaus (DEUTSCHER BUNDESTAG 2020, S. S. 411). Angesprochen ist damit eine ganzheitliche Demokratiebildung, die in den Alltag von Kinder- und Jugendeinrichtungen integriert ist, freiwillig aufgesucht werden kann und junge Menschen als Bürger:innen der Gesellschaft adressiert (STURZENHECKER 2013). Gleichwohl – das soll hier nicht verschwiegen werden – identifiziert der Bericht aber auch Entwicklungsbedarfe der Demokratiebildung in der OKJA. Dazu zählt eine stärkere strukturelle Verankerung von demokratischer Partizipation, damit die Antwort auf die Frage, wer sich wann und wozu beteiligt, nicht mehr so stark abhängig von der jeweiligen Situation und der jeweiligen Fachkraft ist (SCHWANNENFLÜGEL/SCHWERTHELM 2021).

Zukünftig geht es damit also auch um die konkrete Verwirklichung demokratischer Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen, und das nicht nur in unseren Einrichtungen, sondern in allen sie betreffenden Fragen, in der Kommune, dem Land und der gesamten Gesellschaft. Nicht nur die Realisierung ihres „Rechts auf politische Bildung“, wie es im Jugendbericht steht, sondern ihres Rechts auf demokratische Teilnahme und Teilhabe rückt damit in den Fokus. Mit ihren fachlichen Konzepten, ihrem gesetzlichen Auftrag und ihren Strukturmerkmalen ist die OKJA im besonderen Maße dazu geeignet, einen erheblichen Teil dazu beizutragen. Dass dies in Zukunft auch deutlicher von der Politik anerkannt wird, dafür setzt sich die BAG OKJE ein.

So hat die BAG OKJE den Reformprozess des Kinder- und Jugendhilfegesetzes an vielen Stellen genutzt, um auf die spezifischen Stärken unseres Arbeitsfeldes aufmerksam zu machen und gleichzeitig auf die finanzielle Marginalisierung innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe hinzuweisen. Zu juristischen Reformen hat dies noch nicht geführt, aber der OKJA wird auf Bundesebene mehr und mehr Gehör geschenkt und sie ist als Expertin für die Lebenswelten und Demokratiebildung Heranwachsender gefragt. Mit der SGB VIII Reform wird sich aller Voraussicht nach jedoch eine Änderung ergeben. Vorgesehen ist ein neuer Passus im Jugendarbeitsparagraf § 11 SGB V III, der da lautet: „Dabei sollen die Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Angebote für junge Menschen mit Behinderungen sichergestellt werden.“ Fachlich entspricht dies dem Selbstverständnis einer offenen, diversen, inklusiven und demokratischen Offenen Kinder- und Jugendarbeit, deren Grundprinzip es schon immer war, gemeinsam mit den Adressat:innen zu klären, was man wie zusammen machen möchte und was es dafür braucht. Dass die OKJA in der Praxis jedoch nicht immer diesem Selbstverständnis genügen konnte, wissen wir aus unterschiedlichen Studien, die beschreiben, dass OKJA nicht immer so offen ist, wie sie es sich selbst vornimmt (CLOOS U. A. 2007; SCHMIDT 2014; VOIGTS 2014). Insofern stellen wir uns vor, dass der neue Passus ein Anreiz sein kann, fachlich und baulich darüber nachzudenken, wie die OKJA ihre Offenheit selbstkritisch reflektieren und erweitern kann. Da wir aber erwarten, dass solche Weiterentwicklungen – besonders die baulichen – nicht ohne zusätzliche Ressourcen umsetzbar sind, nutzen wir jede Gelegenheit, um darauf hinzuweisen, dass die finanzielle Absicherung der OKJA damit einhergehen müsste.

Diese finanzielle Absicherung des Feldes scheint aus einem weiteren Grund not-

wendiger denn je: Eine von der BAG OKJE in Auftrag gegebene Studie zu politischen Interventionen im Arbeitsfeld belegt die vielschichtigen Einflussnahmen, Infragestellungen und Angriffe politischer Akteure auf Einrichtungen, Angebote und Fachkräfte. Es sind vor allem politische Interventionen von rechts, die den Kern der OKJA sowie den vorpolitischen Konsens der Gesellschaft infrage stellen und demokratie- und menschenrechtsorientierte Bereiche zu begrenzen versuchen. In der letzten Ausgabe der OJA konnten Sie bereits eine Zusammenfassung der Ergebnisse lesen und nun ist auch der Abschlussbericht „Stay with the Trouble“ (SCHUHMACHER U. A. 2021) erschienen. Die darin entwickelten Handlungsempfehlungen nehmen wir zum Anlass, um das Arbeitsfeld im Umgang mit diesen Interventionen nachhaltig zu stärken.

Zur Unterstützung der Interessen vor Ort in den Kommunen und Landkreisen und der besseren Sichtbarmachung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit wird seit Mitte des Jahrzehnts auf der Bundesebene eine positive Entwicklung sichtbar. Nachdem eine starke bundesweite Vertretung zuvor schmerzlich vermisst wurde, haben verschiedene Initiativen und Netzwerke eine Entwicklung ausgelöst, die u. a. zur Stärkung und einer wesentlich verbesserten finanziellen Unterstützung der BAG OKJE führte. Längst nicht vergleichbar mit den Möglichkeiten und der Reichweite anderer Arbeitsfelder, aber erste Entwicklungsschritte, die sich auch durch ein größeres Interesse und die Bereitschaft zur Mitwirkung an überregionalen Fachaustauschen und Netzwerken bemerkbar macht.

Hierzu zählt insbesondere der sich in der Corona-Pandemie entwickelnde Bundesweite Fachaustausch von Netzwerker\*innen und Schlüsselpersonen der OKJA aus den Bundesländern, regionalen Zusammenschlüssen



und bundesweiten Trägern. Dieser Fachaus-tausch wird von der BAG OKJE organisiert, ist seit gut einem Jahr über zehn Mal zusam-mengekommen und dient im Wesentlichen dem Austausch und der gegenseitigen Infor-mation über die jeweilige Situation und die fachlichen und strukturellen Bedingungen.

Bereits vor zwei Jahren (also vor der Corona-Zeit) hat sich als Resultat des Bun-deskongresses Kinder- und Jugendarbeit im Jahr 2016 das Bundesnetzwerk Kinder- und Jugendarbeit im März 2019 gegründet. Das Netzwerk umfasst alle wesentlichen Arbeitsfelder und bundesweiten Organisa-tionen der Kinder- und Jugendarbeit. Bisheriger Schwerpunkt war die Ermöglichung und Vorbereitung des nächsten Bundes-

kongresses, der im Herbst d. J. vom 21. – 23. September stattfindet, sowie der fachliche Austausch unter den Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit mit gemeinsamen Po-sitionierungen, wie z. B. zur Situation von Kindern und Jugendlichen in der Pandemie. Zukünftige Aufgabe des Netzwerkes wird es sein, durch eine intensivere Zusammenar-beit der Arbeitsfelder der Kinder- und Ju-gendarbeit die Rahmenbedingungen und Angebote für Kinder und Jugendliche von der Bundesebene bis zu den Aktivitäten vor Ort zu verbessern.

Kurz: Es entwickelt sich viel in der Offen-ten Kinder- und Jugendarbeit und wir freuen uns in diesem Heft auf die Berichte zu den Entwicklungen aus den Ländern.

ANDRESEN, S./ LIPS, A./ MÖLLER, R./ RUSACK, T./ SCHRÖER, W./ THOMAS, S./ WILMES, J. (2020). **Er-fahrungen und Perspektiven von jungen Men-schen während der Corona-Maßnahmen**. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie JuCo. Hildes-heim: Universitätsverlag Hildesheim.

CLOOS, P./KÖNGETER, S./MÜLLER, B./THOLE, W. (2007): **Die Pädagogik der Kinder- und Jugendar-beit**. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

DEUTSCHER BUNDESTAG (2020): **Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe**. 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Drucksache 19/24200, 19. Wahlperiode. Berlin, 11.11.2020.

FIESELER, G./SCHLEICHER, H./BUSCH, M. (2004): **Kinder- und Jugendhilferecht. Gemeinschafts-kommentar zum SGB VIII (GK – SG VIII)**. Neuwied: Luchterhand Verlag.

MÜHLMANN, TH./POTHMANN, J. (2019): **Statistik der Kinder- und Jugendarbeit – Potenziale noch nicht ausgeschöpft**. In: Kommentierte Daten der Kinder- & Jugendhilfe, Heft 1, S. 1 – 7.

OLSZENKA, N./ MEINER-TEUBNER, CH. (2021): **Er-neuter Höchstwert – Ausgaben der Kinder- und Jugendhilfe weiter gestiegen**. In: Kommentierte Daten der Kinder- & Jugendhilfe, Heft 1, S. 1 – 5

SCHMIDT, H. (2014): ‚Das Gesetz bin ich‘. Verhand-lungen von Normalität in der Sozialen Arbeit. Sprin-ger VS. Wiesbaden.

SCHUHMACHER, N./SCHWERTHELM, M./ZIMMER-MANN, G. (2021): **Stay with the Trouble**. Politische Interventionen im Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Bundesarbeitsgemeinschaft Of-fene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. (Hrsg.). Tb-Verlag. Tübingen.

SCHWANENFLÜGEL, L. v./ SCHWERTHELM, M. (2021): **Partizipation – ein Handlungskonzept für die Offene Kinder- und Jugendarbeit**. In: DEI-NET, U./STURZENHECKER, B./SCHWANENFLÜGEL, L. v./ SCHWERTHELM, M. (Hrsg.): **Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit**. 5., völlig erneuerte und erweiterte Auflage. Wiesbaden. S. 985 – 999.

SCHWERTHELM, A. (2020): **Virtuelle Sozialräume gegen soziale Isolation – Und das ist „heftig“? Wie junge Menschen in virtuellen Räumen soziale Kon-takte aufrechterhalten und Erwachsene aus Lange-weile spielen**. In: FORUM – KINDER- UND JUGEND-ARBEIT, Heft 3, S. 39 – 40.

STURZENHECKER, BENEDIKT (2013): **Demokratie-bildung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit**. In: DEINET, ULRICH/STURZENHECKER, BENEDIKT (HRSG.): **Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit**, 4. völlig überarbeitete und aktualisierte Neu-auflage. VS Verlag, Wiesbaden, S. 325 – 338.

VOIGTS, G. (2014): **Projekt „Auftrag Inklusion: Perspektiven für eine neue Offenheit in der Kinder- und Jugendarbeit“**. In: DEUTSCHE JUGEND, Heft 11, S. 469 – 476.

# Streetdance in Baden-Württemberg

## Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e.V.

Der Fotobildband zeigt die Streetdancer in Aktion: im Alltag, beim Training, bei Shows und Contests. Auch die Orte, an denen diese besondere Form der Jugendkultur zu finden ist, werden ins Bild gerückt: die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg. In kleinen Texten, Statements und Geschichten erzählen Tänzer/innen und Mitarbeiter/innen von ihrer Leidenschaft. Sie geben Einblick in ihre Erfahrungen, ihre Ideen, in Schwierigkeiten und Erfolge und in das, was sie immer wieder am Streetdance begeistert.

108 Seiten, Preis: 5,- € zzgl. Versandkosten

### Bezug:



**Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten  
Baden-Württemberg e.V.**

Siemensstr. 11 · 70469 Stuttgart

Tel.: 0711-896915-0 · Fax: 0711-896915-88

**E-Mail: [info@agjf.de](mailto:info@agjf.de)**

[www.agjf.de/index.php/shop.html](http://www.agjf.de/index.php/shop.html)

[www.streetdance-bw.de](http://www.streetdance-bw.de)



# IMPRESSUM

Die Bundesarbeitsgemeinschaft **Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. (BAG OKJE e.V.)** ist seit 2005 Herausgeber der seit 1991 regelmäßig erscheinenden Fachzeitschrift **OFFENE JUGENDARBEIT**.

In ihr werden aktuelle Themen und Entwicklungen zur Kinder- und Jugendarbeit, vor allem in Kinder- und Jugendhäusern, Jugendzentren usw. diskutiert und beispielhafte Praxismodelle vorgestellt.

**Herausgeber: Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. (BAG OKJE e.V.)**, Lehderstr. 117, 13086 Berlin, Telefon: 030-32599 200 (allgemein), Telefon: 030-32599 202 (speziell für OJA-Bestellungen), Fax: 030-32599 298, E-Mail: info@bag-okje.de (für Anfragen an die BAG OKJE im allgemeinen), E-Mail: oja@bag-okje.de (für Anfragen, Bestellungen etc. zur OJA), Ansprechpartner: Volker Rohde • **Verlag:** tb-verlag, Burkhard Fehrlen, Hegelstr. 48, 72072 Tübingen, www.tb-verlag.de, E-Mail: bfehren@t-online.de, ISSN 0940-2888 • **Gestaltung:** KOHLERDESIGN, www.kohler-design.de • **Druckauflage:** 1.500 Exemplare, 4 x jährlich • **PDF-Abonnten:** ca 5.000 • **LeserInnenkreis:** Träger und MitarbeiterInnen Offener Kinder- und Jugendeinrichtungen, DozentInnen, StudentInnen, Kommunale Jugendpflege • **Internet:** www.offene-jugendarbeit.net • **Redaktion:** Thea Koss, Burkhard Fehrlen • **Anzeigen:** Volker Rohde (BAG), Anzeigen- und Beilagenpreise auf Anfrage. Falls Sie Fragen haben, ist Volker Rohde Ihr Gesprächspartner, Telefon: 030-32599 200, E-Mail: info@bag-okje.de

**OFFENE JUGENDARBEIT** erscheint viermal jährlich, Einzelpreis Druckausgabe **6,- €** (zzgl. Versandkosten), Jahresabonnement **15,- €** (inkl. Versandkosten), Zeitschrift als PDF **3,- €**, Bestellung unter [www.tb-verlag.de](http://www.tb-verlag.de). Für Mitglieder der BAG OKJE e.V. ist der Gesamtbezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Kündigungen sechs Wochen vor Ablauf des Jahresabonnements. Nachdruck von Beiträgen nur mit Genehmigung der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Zurücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beigelegt ist. Die Zeitschrift kann bezogen werden über die BAG OKJE e.V., über den Verlag oder den Buchhandel. Alle Rechte sind vorbehalten.

Die Herausgabe der Zeitschrift wird finanziell gefördert durch das  
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend